



Landtag von Baden-Württemberg

111. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. November 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:04 Uhr

Mittagspause: 14:12 bis 15:18 Uhr

Schluss: 17:43 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 6603
- Begrüßung einer Delegation aus der Region Kanagawa (Japan) unter der Leitung von Herrn Shigeyuki Mukasa, Präsident des Parlaments der Präfektur Kanagawa 6620
- Absetzung von Tagesordnungspunkt 4 6658
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16)** – Drucksache 15/5959
- Allgemeine Aussprache**
- b) Erste Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – **Haushaltsgesetz 2015/16** – Drucksache 15/5960 6603
- Abg. Peter Hauk CDU 6603, 6638, 6648
- Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 6615, 6641
- Abg. Claus Schmiedel SPD 6621, 6642
- Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 6628, 6644
- Minister Dr. Nils Schmid 6633, 6646
- Beschluss 6649
2. **Regierungsbefragung**
- 2.1 **Musikhochschulen** 6649
- Abg. Sabine Kurtz CDU 6649, 6651, 6652
- Ministerin Theresia Bauer 6649, 6650, 6651, 6652
- Abg. Helen Heberer SPD 6650, 6652
- Abg. Manfred Kern GRÜNE 6652
- 2.2 **ÖPNV-Pakt für die Region Stuttgart** 6653
- Abg. Andreas Schwarz GRÜNE 6653, 6656
- Minister Winfried Hermann 6653, 6654, 6655, 6656, 6657
- Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP 6654, 6656
- Abg. Manfred Hollenbach CDU 6654, 6656
- Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE 6655, 6657
- Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 6655
3. Aktuelle Debatte – **Grün-Rot baut die Kleinkindbetreuung weiter aus** – beantragt von der Fraktion GRÜNE zurückgezogen (6658)
4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – **Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010** – Drucksache 15/5099 abgesetzt (6658)
5. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG)** – Drucksache 15/5521
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Drucksache 15/5969 6658
- Beschluss 6658
6. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)** – Drucksache 15/5637

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/6084.	6658	Ministerin Katrin Altpeter	6664
Abg. Klaus Herrmann CDU.	6659	Beschluss	6664
Abg. Muhterem Aras GRÜNE.	6659	9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 15/5789	
Abg. Klaus Maier SPD.	6660	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/6048	6665
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	6661	Abg. Wolfgang Reuther CDU	6665
Staatssekretär Ingo Rust.	6662	Abg. Reinhold Pix GRÜNE.	6666
Beschluss	6662	Abg. Hans-Peter Storz SPD	6667
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes – Drucksache 15/5718		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	6668
Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/5939.	6662	Minister Alexander Bonde	6669
Beschluss	6663	Beschluss	6671
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz – BWPatMobG) – Drucksache 15/5757		10. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbezahlungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/5933	6672
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Drucksache 15/5970.	6663	Ministerin Theresia Bauer (zu Protokoll)	6673
Abg. Dr. Marianne Engeser CDU	6663	Abg. Andreas Deuschle CDU (zu Protokoll)	6674
Abg. Bärbl Mielich GRÜNE	6663	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE (zu Protokoll)	6675
Abg. Florian Wahl SPD	6664	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP (zu Protokoll)	6675
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6664	Beschluss	6673
		Nächste Sitzung	6676

Protokoll

über die 111. Sitzung vom 12. November 2014

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 111. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

(Zuruf: Helau!)

Urlaub für heute habe ich niemandem erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Kollege Halder.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Frau Staatsrätin Gisela Erler.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe Mitglieder der Landesregierung, wir haben heute eine Premiere.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ab sofort werden unsere Plenarsitzungen im Internet zusätzlich zum bisherigen Livestream in einer barrierefreien Version übertragen. Das bedeutet, dass nun auch hör- und sehgeschädigte Menschen die Möglichkeit haben, Debatten und Gesetzesberatungen live über das Internet mitzuverfolgen. Damit wird der Landtag von Baden-Württemberg seinem Anspruch, ein bürgernahes Parlament zu sein, noch besser gerecht. Politische Teilhabe muss für alle Menschen möglich sein. Deshalb ist dieser gleichberechtigte Zugang zu parlamentarischen Informationen unerlässlich. Ich bin dankbar, dass wir das heute so einführen können.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959**

Allgemeine Aussprache

- b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2015/16 – Drucksache 15/5960**

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Baden-Württemberg kann es besser“, das waren Ihre Worte, Herr Finanzminister, bei der Einbringung des Doppelhaushalts in der vergangenen Woche; das war die Kernaussage. In der Tat: Baden-Württemberg kann es besser. Aber dazu bedarf es erst eines Regierungswechsels in zwei Jahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In Ihrer Rede, Herr Minister Schmid, haben Sie das Land als führend in vielen Bereichen dargestellt. Das freut uns. Es wundert uns aber auch gleichzeitig. Denn nach dem Regierungsantritt haben Sie noch alles verteufelt und schlechtgemacht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Alles?)

was Sie vorgefunden haben. Jetzt frage ich Sie: Wurde dieser Vorsprung in allen von Ihnen angesprochenen Bereichen ausschließlich von Grün-Rot in den letzten drei Jahren erarbeitet? Ist die hohe Zahl von Patenten, die Sie mit Bewunderung angesprochen haben, etwa das Ergebnis Ihrer Regierungsarbeit in den letzten drei Jahren?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Fehlanzeige, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt haben Sie sich, damit Sie als Finanzminister noch einen runden Schlusspunkt setzen können, dazu aufgerafft, für das Jahr 2016 endlich die Nullneuerschuldung zu erreichen. Endlich! Aber wann soll man denn die Nullneuerschuldung erreichen, wenn nicht in diesen Zeiten, in denen die Steuereinnahmen sprudeln? Doch nicht erst zum letztmöglichen Zeitpunkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Wir sagen Ihnen klar: Wir wollen die Nullneuerschuldung jetzt und nicht erst 2016.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Meine Damen und Herren, es ist doch ein Ausdruck der Verantwortungslosigkeit, in dieser wirtschaftlich hervorragenden

(Peter Hauk)

Situation jetzt wieder Schulden zu machen. Wir haben in den Jahren 2008 und 2009 die Nettounll

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber wie?)

bei 25 % weniger Steuereinnahmen geschafft

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und die Infrastruktur kaputtgehen lassen!)

und damals trotzdem noch einen Pensionsfonds mit einem Volumen von 500 Millionen € gegründet. Es sind doch Ammenmärchen, die Sie verbreitet haben, dass wir schlecht dagestanden hätten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg kann schon früher in die Schuldentilgung einsteigen – nicht erst 2020. Die mittelfristige Finanzplanung ist viel zu wenig ambitioniert. Wir sehen es doch: Im Jahr 2013 haben es elf von 16 Ländern in Deutschland geschafft, Schulden zurückzuzahlen. Baden-Württemberg findet sich hier in einer Reihe mit Hamburg, Bremen und dem Saarland – seitenverkehrt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts gegen Hamburg!)

Wir tragen die rote Laterne. Das ist nicht der Anspruch, den ich mit Baden-Württemberg verbinde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann bekommen wir von Ihnen, Herr Minister Schmid, einen Haushalt hingeworfen – so sage ich einmal – mit wenig Ambitionen, mit wenig Herzblut. Man spürt doch regelrecht – übrigens auch an Ihrer Rede in der vergangenen Woche –, dass da nichts brennt für das Land.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo brennt's?)

Ihnen fehlt die Leidenschaft, Ihnen fehlt das Gespür

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– ja, das ist so –, Ihnen fehlen die Ambitionen, und zwar nicht nur in Bezug auf die Zahlen, sondern auch auf die politische Umsetzung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Dann erzählen Sie uns die Mär von der angeblichen Deckungslücke. Wir haben in Baden-Württemberg – das muss man einmal sagen – immer noch die drittgeringste Verschuldung aller Länder in Deutschland.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ohne Pensionen!)

– Damit Sie es endlich einmal kapieren, wie das mit den Pensionen funktioniert, sage ich Ihnen: Alle Länder haben Pensionsverpflichtungen. Bei den Pensionen ist es wie bei der Ren-

te. Es handelt sich um einen Generationenvertrag: Mit den laufenden Steuereinnahmen werden die aktuellen Pensionen bezahlt, wie mit den laufenden Beiträgen die aktuellen Renten bezahlt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie werden sich wundern in den nächsten zehn Jahren!)

So ist die Systematik. An dieser Systematik werden Sie auch nichts ändern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie werden sich noch wundern!)

Deshalb ist es doch ein Popanz, so zu tun, als wäre Baden-Württemberg total überschuldet und hätte strukturelle Deckungslücken.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Was sagt der Rechnungshof?)

Es ist uns jedes Mal gelungen, einen vorliegenden Haushalt auch strukturell auszugleichen. Aber Ihnen ist dies in den letzten Jahren nicht gelungen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Infrastruktur!)

Sie haben Schulden aufgenommen, Sie haben Schulden gemacht wie die Sautreiber,

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Wo sind wir denn?)

und das in einer Phase, in der es Geld zum Dach hineinregnet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat die drittgeringste Verschuldung aller Länder in Deutschland. Selbst fünf Jahre Grün-Rot bis 2016 konnten dem guten dritten Platz voraussichtlich nichts anhaben, obwohl sich der Schuldenberg bei Ihnen in dieser Zeit deutlich erhöht hat. Eines darf man nicht vergessen: Unsere Kommunen sind die am besten ausgestatteten in Deutschland;

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

sie weisen die geringste Verschuldung auf und erhalten die höchsten Finanzausweisungen – 23 % des Landesanteils nach dem Finanzausgleichsgesetz. Damit können sich unsere Kommunen im Bundesvergleich messen lassen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber erst seit 2011!)

Die Gemeinden und das Land sind gemeinsam stark.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt, meine Damen und Herren, nenne ich ein paar Zahlen: Der letzte Haushalt, den noch die CDU in Regierungsverantwortung aufgestellt hatte, war der Dritte Nachtragshaushalt 2011. Mit diesem Haushalt wurde im Februar 2011 eine mittelfristige Finanzplanung für die Planjahre 2013/2014 vorge-

(Peter Hauk)

legt. Diese ging damals von Steuereinnahmen für das Jahr 2013 von 26,4 Milliarden € aus. Tatsächlich lagen die Steuereinnahmen für das Jahr 2013 bei 29,8 Milliarden €. Das waren 3,4 Milliarden € mehr als eingeplant. Für das Jahr 2014 wurden 27,4 Milliarden € eingeplant, während das Ist 31,1 Milliarden € beträgt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Das sind 3,7 Milliarden € mehr. Für das Jahr 2015 stehen Ihnen Steuereinnahmen in Höhe von 32,7 Milliarden € zur Verfügung.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gibt es eigentlich auch eine Ausgabenseite?)

Ursprünglich waren 31,7 Milliarden € eingeplant – ein Plus von 1 Milliarde €. Für das Jahr 2016 werden es 33,6 Milliarden € sein. Eingeplant waren 32,9 Milliarden €.

Nun stelle ich Planzahlen und Istzahlen gegenüber: 3,7 plus 3,4 plus 1 plus 0,7 – jeweils in Milliarden Euro – sind nach einer einfachen Rechnung in diesen vier Jahren 8,8 Milliarden € mehr – netto, nicht brutto.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Wohlgemerkt, das ist Geld, das Ihnen dank eines soliden, von der CDU in der Vergangenheit vorgelegten Haushalts und der derzeit tollen Konjunktur zur Verfügung steht: 8,8 Milliarden €.

(Beifall bei der CDU)

Das liegt auch daran – jetzt kommt die Besonderheit für Baden-Württemberg –, dass das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg stärker gewachsen ist als im bundesdeutschen Durchschnitt und wir deshalb in der Vergangenheit immer höhere Steigerungsraten bei den Steuereinnahmen hatten.

Es sind drei Faktoren, die das Geld wie Heu hereinkommen lassen.

Erstens: Die Unternehmen im Land zahlen so viel Steuern wie nie, weil es ihnen gut geht, weil sie exportieren, weil sie für den Inlandskonsum produzieren, weil die Wirtschaft brummt. Die Unternehmensteuern fließen also – Gott sei Dank –, und die Zahlungseingänge für die Kommunen genauso wie für das Land sind so hoch wie nie.

Zweitens: Die baden-württembergischen Arbeitnehmer verdienen so viel wie nie, und wir haben Vollbeschäftigung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da kann man reagieren! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Bei einer Arbeitslosenquote von 3 % haben wir faktisch in manchen Regionen Bedarf an Arbeitnehmern – ohne die Möglichkeit, jemanden zu finden. Das heißt, so viele Menschen wie nie arbeiten in Deutschland, so viele Menschen wie nie zahlen hier von ihrem Einkommen Steuern an die Kommunen, den Bund und das Land. Damit ist die Arbeitskraft, mit der Baden-Württemberg ausgezeichnet ausgestattet ist und die hervorragend zu den Steuereinnahmen beiträgt, der zweite Faktor.

Drittens: Jetzt wird auch klar, weshalb Sie nicht bereit waren, die kalte Progression abzuschaffen, als Sie vor zwei Jahren die Gelegenheit dazu hatten. Der Deutsche Bundestag hat damals mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen, die kalte Progression abzumildern. Der Gesetzesvorschlag war im Bundestag verabschiedet und lag dem Bundesrat vor. Die Regierung unter Winfried Kretschmann und Nils Schmid hat ihn eiskalt abgelehnt. Sie profitieren doch von der kalten Progression mit am meisten,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das schädigt die Facharbeiter!)

weil die Bevölkerung in Baden-Württemberg im Durchschnitt den höchsten Verdienst hat und deshalb immer unter die kalte Progression fällt. Vor allem darüber schöpfen Sie das Geld der Arbeitnehmer ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt im Klartext – damit es in Ihre Köpfe geht –: Die baden-württembergischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die gleiche Kaufkraft,

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

aber Sie nehmen höhere Steuern ein, und Sie wollen auch höhere Steuern einnehmen. Sie bekennen sich dazu und sagen ganz klar: „Grün und Rot wollen die kalte Progression nicht abschaffen.“ Sie haben es in der Vergangenheit immer abgelehnt, sie abzuschaffen, und haben vor zwei Jahren die Chance verpasst, im Bundesrat kein Veto einzulegen. Herr Kretschmann, hätten Sie damals in dieser Frage genauso von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht wie beim Thema Asyl, der Beifall der gesamten Bevölkerung wäre Ihnen sicher gewesen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Trotz dieser unglaublichen Finanzmittel sind es mit diesem neuen Haushalt 3,8 Milliarden € Schulden, die Sie, die grün-rote Landesregierung, in der Summe on top aufnehmen.

Man könnte fragen: Wie hätten wir es machen sollen? Die Frage haben Sie sich wahrscheinlich oft gestellt. Mit dem Thema Sparen haben Sie es nicht so. Denn das Sparen ist Ihnen verleidet; da muss man ja unangenehme Wahrheiten verkünden. Sie wollen gegen Ende dieser Legislaturperiode – das ist doch offensichtlich – noch etwas bewirken. Selbst im Straßenbau geht heute etwas, wobei ich zu der Methode nachher noch komme. Im Hochschulbau werden etwa Hochschulpakete geschlossen. Jetzt wird das Füllhorn über Baden-Württemberg ausgeschüttet,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

weil Sie mit Angst und Bangen den März 2016 vor sich sehen. Sie fürchten, dass sich in der Bevölkerung ein Aufstand gegen Ihre Politik breitmacht. Das ist doch der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie meinen, Herr Ministerpräsident, mit Geld ließen sich die Menschen kaufen. Ihre Politik haben die Menschen durch-

(Peter Hauk)

schauf. Ihre Politik der Bevormundung, Ihre Politik der Gängelung, Ihre Politik des Aufzwingens eines grünen und eines roten Willens haben die Menschen durchschaut – nicht nur beim Bildungsplan, sondern auch in allen anderen Bereichen des täglichen Lebens und des Regierungshandelns.

Heute Abend diskutieren wir über die Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes. Die betreffenden Vorschriften stellen eine Bevormundungspolitik par excellence dar, weil Sie den Menschen selbst nichts zutrauen und ihnen kein Vertrauen schenken. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Der zentrale Punkt Ihrer Politik ist doch: Sie trauen den Menschen in diesem Land, den Bürgerinnen und Bürgern, auch denen, die Sie gewählt haben, eigentlich nichts zu. Denn Sie wissen es ja besser. Sie sind die Gutmenschen, Sie sind die Besserwisser der Nation, die den Menschen ihren Willen aufzwingen wollen. Das ist die klare Botschaft, die letztendlich auch aus diesem Haushalt spricht. Das ist eine Politik, die die Menschen nicht gutheißen werden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

„Wie hätten wir es denn machen sollen?“ Wenn Sie schon nicht sparen wollen – sparen heißt ja, Ausgaben zu reduzieren –, dann hätten Sie, Herr Finanzminister, doch wenigstens den Zuwachs gebremst. Sie haben jetzt Jahr für Jahr Steuermehreinnahmen in ungeahnter Höhe. Die Steigerungsraten der Steuereinnahmen liegen bei 3 %, 4 % und 5 % jährlich. Hätten Sie doch wenigstens die Einnahmewachse nicht gänzlich verausgabt! Das wäre schon einmal etwas gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Damit wäre der Anstieg des Haushaltsvolumens nämlich auch faktisch gebremst worden, und Sie hätten auch strukturell einiges für den Haushalt getan.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt muss man fragen: Was sagt denn dieser Haushalt noch aus? Mit dem Haushalt wird dem Parlament vorgeknallt – da muss man sich eigentlich dafür schämen, in diesem Parlament zu sein –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt hört es aber auf!)

dass Sie im Jahr 2015 768 Millionen € neue Schulden aufnehmen, und dies in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen – Gott sei Dank, dank der Schaffenskraft der Menschen in diesem Land – noch sprudeln und in der die Steuern fließen.

Dann kommt noch eine Frechheit hinzu: Sie lassen sich in § 4 Absatz 1 des Staatshaushaltsgesetzes – ich zitiere die Nummer 2; das ist gar nicht groß plakativ; das sieht die Öffentlichkeit gar nicht, deshalb muss man es einmal erwähnen – ermächtigen, folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des vorangegangenen Haushaltsjahres nicht aufgenommen wurden und zur Deckung benötigt werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Hört, hört!)

Das ist doch der Gipfel! Sie planen 768 Millionen € neue Schulden ein, und dann kommen in der Summe noch 1,5 Milliarden € aus alten Kreditermächtigungen hinzu, die Sie noch nicht in Anspruch genommen haben, weil die jeweiligen Haushaltsjahre gut abgeschlossen wurden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nach der letzten Steuerschätzung vom November wird es voraussichtlich auch in den Jahren 2016, 2017 und 2018 nicht schlecht laufen. Es ist doch der Gipfel, dass Sie sich in einer solchen Zeit nicht nur, wie im aktuellen Haushalt ausgewiesen, zur Aufnahme von 768 Millionen €, sondern einschließlich der Ermächtigungen aus den vorausgegangenen Haushaltsjahren zur Aufnahme von insgesamt 2,2 Milliarden € an neuen Schulden ermächtigen lassen. Das ist ein Skandal, der zum Himmel schreit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der nächste Skandal – da frage ich auch die Parlamentarier der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, ob sie sich das gefallen lassen – sind die Rücklagen, die eingestellt und im Haushalt ausgewiesen werden. Zahlenmäßig sind sie zwar beziffert, aber nicht hinsichtlich der Destination. Ausgewiesen ist eine allgemeine Rücklage für Sanierungen in Höhe von 269 Millionen €. Das ist allgemein gehalten. Der Finanzminister spricht einmal von Hochbau, aber dabei muss man sehen: Die Hochbaumittel sind in den letzten Jahren gerade einmal um 20 % angestiegen –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war auch nötig! – Weitere Zurufe von der SPD)

aber nicht mehr. Herr Schmiedel, das sind keine dreistelligen Millionensummen. Auch das muss man einmal sehen. Am stärksten steigen die Hochbaumittel im nächsten Jahr, nämlich um 10 %. Das ist die Hälfte des Gesamtanstiegs.

Nun komme ich zum Thema „Infrastruktur und Straßenbau“. Die Erhaltung von Straßen und dergleichen mehr ist wichtig. Prima. Alle gingen davon aus, dass im Straßenbauhaushalt wieder 100 Millionen € enthalten seien. Fehlanzeige! 80 Millionen € waren es.

(Zuruf von der SPD: Ach was!)

Jetzt musste der Koalitionsausschuss von SPD und Grünen offensichtlich gestern noch einmal nachbessern, konkret mit weiteren 50 Millionen €. So kann man natürlich auch Politik machen, indem man Haushaltsansätze zunächst gegenüber dem bisherigen Ist kürzt, um dann wieder die Wohltaten zu verkünden und zu sagen: „Die SPD ist die Straßenbaupartei; wir erhöhen die Mittel um 50 Millionen € und verwenden das Geld für Brückensanierungen und dergleichen mehr.“ Das ist doch eine Politik, die durchsichtig ist, die taktisch angelegt ist und die letztendlich jeder Realität entbehrt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sollen wir jetzt Straßen bauen oder nicht?)

Meine Damen und Herren, das sind die berühmten Sanierungen.

(Peter Hauk)

Dann stehen allgemein – auch das ist interessant – 700 Millionen € zur Absicherung von Haushaltsrisiken im Haushalt. Es ist ja in Ordnung, wenn ein Finanzminister für die Zukunft vorbaut, aber diese Vorsorge einzupreisen und ihm seitens des Parlaments die Verfügungsgewalt über diese 700 Millionen € zu übertragen, das ist der Gipfel der Unverschämtheit. Das gab es in keinem Jahr der Regierung von CDU und FDP/DVP, nicht einmal in Jahren der Großen Koalition. Das ist ein Selbstbedienungsladen pur für die Regierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch
CDU: Unglaublich!)

Wir werden uns deshalb auch erlauben, diese Mittel zur Absicherung allgemeiner Haushaltsrisiken in Höhe von 700 Millionen €, die Sie nicht näher benannt haben – jedenfalls im Haushalt ist davon nichts zu lesen –, zur Deckung für unser Konzept heranzuziehen.

Der dritte Punkt, der nicht näher definiert ist, sind 793 Millionen € im Jahr 2015 und 902 Millionen € im Jahr 2016 globale Mehrausgaben für das Personal.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unglaublich!)

Mit globalen Minderausgaben hatten wir es in der Vergangenheit schon zu tun, aber dass sich die Regierung aus der Hosentasche heraus einfach einmal eine globale Mehrausgabe genehmigt, ohne das Parlament zuvor im Einzelfall zu fragen, das ist der Gipfel der Unverschämtheit. 793 Millionen € und gut 900 Millionen €, einfach einmal so pauschal im Haushalt drin! Dafür nehmen wir dann im nächsten Jahr in der Summe noch einmal Schulden von 768 Millionen € auf.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Unglaublich!)

Das ist doch eine unglaubliche Situation, eine Trickserei. So hat man früher auf den Pferdemarkten in Schwäbisch Hall und wo auch immer nicht verhandelt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Täuschen und im Tricksen sind Sie groß, im Setzen echter Schwerpunkte herrscht allerdings Fehlanzeige. Wirtschaftspolitisch haben Sie nichts zu bieten. Das Land Baden-Württemberg besteht bekanntlich nicht nur aus Stuttgart und den Ballungsräumen – Gott sei Dank auch aus diesen –, sondern auch aus großflächigen ländlichen Räumen. Der ländliche Raum hat in Ihrer Rede nicht einmal eine Erwähnung gefunden. Er findet in der Haushaltsrede keinen Niederschlag, auch in der Haushaltspolitik nicht – ganz zu schweigen von der Landwirtschaftspolitik. Minister Schmid würde ja bekanntlich eh gern einmal ein Schwarzwaldtal zuwachsen lassen.

(Unruhe bei der SPD)

Keine Sorge: Das wird mit Ihrer Politik geschehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nationalpark!)

Da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

Unter diese wichtige Aufgabe fällt natürlich auch die Erschließung der Regionen mit einem Breitbandanschluss, der eine Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s ermöglicht. Ihre ganzen Vorstellungen zum Thema „Industrie 4.0“ nützen über-

haupt nichts, wenn nicht über die Breitbandinfrastruktur die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Auf diesem Gebiet brauchte es dringend größere Anstrengungen, um das ganze Land zu erschließen, als Sie in diesem Haushalt mit Ihren 34 Millionen € dafür bereitstellen.

Meine Damen und Herren, jetzt muss man sagen: Wir sind besser als die Bayern. Wir haben eine bessere Ausgangslage. Gott sei Dank ist das so. Das ist erstens deshalb der Fall, weil bei uns früher als in Bayern und in anderen Flächenländern Unternehmen investiert haben – auch in den Breitbandausbau –, und das ist zweitens deshalb der Fall, weil die Vorgängerregierung hier im Land bereits in der Vergangenheit einen Schwerpunkt im Bereich des Breitbandausbaus gelegt hat

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

und das Niveau deshalb ein ganz anderes ist.

Jetzt kann man sagen: Den Mitteleinsatz von Bayern brauchen wir nicht – das stimmt auch völlig –, die 1,5 Milliarden €, die die Bayern innerhalb von fünf Jahren hierfür bereitstellen, brauchen wir in Baden-Württemberg gewiss nicht. Aber man braucht mit intelligentem Einsatz und mit intelligenten Konzepten bestimmt ein Viertel bis ein Drittel davon, um Baden-Württemberg auf einen Stand zu bringen, dass überall eine Übertragungsrate von 50 Mbit/s möglich ist. Das ist die Herausforderung, und dieser Herausforderung haben Sie sich nirgendwo gestellt. Davon ist nicht ansatzweise etwas zu spüren. Ihr Minister zieht mit einer Lustlosigkeit sondergleichen durch die Lande und verkündet Sprechblasen, aber es geschieht nichts in diesem Land. Das ist doch die traurige Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Mittlerweile protestieren die Tierschützer gegenüber der CDU gegen das verunglückte Jagdgesetz, bei dem man der Fuchslobby nachgeben würde, und dergleichen mehr.

Ich sage Ihnen einmal zum Naturschutzbereich und zum Tierschutzbereich: Sie kümmern sich um zehn Katzen, die vielleicht – vielleicht; das ist eine rein geschätzte Zahl – von einem Jäger erlegt werden, weil sie Singvögel wildern. Aber die Tausende von Tieren, die täglich auf den Straßen transportiert werden, die sind Ihnen wurstegal.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ach!)

Sie tun überhaupt nichts in der Frage der Schlachtstättenförderung, in der Frage der Investitionsförderung für Schlachtbetriebe,

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

um Baden-Württemberg gegenüber anderen Standorten wettbewerbsfähig zu machen.

(Zuruf des Ministers Alexander Bonde)

– Jetzt seien Sie einmal ruhig! Sie haben hier von der Regierungsbank aus überhaupt nichts zu melden. Von dort gibt es keine Zwischenrufe

(Glocke des Präsidenten)

(Peter Hauk)

von Nichtparlamentariern, um das einmal klar zu sagen, Herr Bonde.

(Beifall bei der CDU – Zustimmung des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ganz ruhig bleiben, ganz ruhig bleiben! Im Augenblick reden nicht Sie. Bleiben Sie einmal ganz ruhig.

Nein, Sie tun überhaupt nichts, um die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Landwirtschaft in dem Globalisierungsprozess, in dem wir uns befinden, zu stärken. Da hätte ich erwartet, dass etwas passiert, dass Zeichen gesetzt werden, dass Investitionen gefördert werden, dass Sie gemeinsam mit der Industrie, gemeinsam mit dem Gewerbe, übrigens auch gemeinsam mit der Landwirtschaft Anschubfinanzierungen leisten. Aber völlige Fehlanzeige.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stattdessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kaprizieren Sie sich auf den Nationalpark. Nur wenige Worte dazu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist denn Ihr Nationalpark abgeblieben?)

Stellen für 90 Mitarbeiter wurden hier einmal vom Landtag unter der Verantwortung der Grünen und der SPD pauschal genehmigt. Das sind die Stellen. Die wurden genehmigt, ohne dass für irgendjemanden eine Stellenbeschreibung vorlag. Dann muss man sich nicht wundern, wenn dabei solche Konvolute herauskommen, dass ein Wildtiermanager, der für das Wildtiermanagement im Nationalpark zuständig ist, im September einen Aprilscherz veröffentlicht, bei dem sich die geneigten Leser, die davon etwas verstehen, fragen müssen, ob es denn ein solcher war. Das ist die Geschichte von der Synchrondoublette auf Rotwild im Nationalpark Schwarzwald.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt kenne ich das Wort „Dublette“ eigentlich aus dem Tanz, aus dem Ballett. Aber die Synchrondoublette kennt man auch als Jäger. Das bezeichnet man so, wenn man zwei Schüsse schnell hintereinander abgibt.

Die Motivlage – jetzt muss man einmal sagen: damit beschäftigen sich die Mitarbeiter des Nationalparks, Herr Bonde; das ist Ihr Verantwortungsbereich – ist die, dass bei der Jagd auf Hirsche – so wörtlich zitiert – „keine Zeugen hinterlassen werden“.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

So weit, so gut. Warum? Ich zitiere:

Das Entnehmen von einzelnen Individuen wie z. B. Kälbern sollte möglichst immer zusammen mit dem Muttertier erfolgen, um dieses Tradieren von schlechten Erfahrungen auf den Nachwuchs zu vermeiden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie lautet das Thema?)

– Haushalt hat immer etwas mit Umsetzung in konkrete Politik zu tun.

Das sind die Konvolute konkreter Politik, die Sie mit Ihren Stellen zum Nationalpark geschaffen haben.

(Abg. Helen Heberer SPD: Das hat den Charakter einer Fastnachtsrede! Wir regen uns über den Stil der Rede auf! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dann wird über drei Seiten hinweg beschrieben, dass Fortbildungen gemacht werden und wie die zu erfolgen haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat mit Stellenaufblähung zu tun!)

Das ist so lächerlich, Herr Schmiedel, dass Sie sich darüber aufregen, und das ist so lächerlich, dass sich jeder darüber aufregt, der ein solches Konvolut zu Gesicht bekommt. Das hat doch mit einer seriösen Politik nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein letztes Wort zum Thema Landwirtschaftspolitik. Ihnen ist die Kreativität ausgegangen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die hatten noch nie eine!)

Sie haben jetzt Ihre Klientel bedient, alles ist prima. Das kann man allein schon daran ermesen, dass 28 % der gesamten Fördermittel in Ihrem Haushalt – die sind nicht Ihnen zu verdanken, sondern hauptsächlich der Europäischen Union –

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

gerade einmal den 7 % der Landwirte zugutekommen, die Biobauern sind, die Ökobauern sind. Der Rest muss sich mit einem deutlich geringeren Anteil begnügen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist glatte und pure Klientelpolitik. Eine solche Politik tragen wir nicht mit. Wir brauchen Wettbewerbsfähigkeit in Baden-Württemberg für die Landwirtschaft in allen Bereichen, nicht nur bei den Bio- und Ökoprodukten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat auch den wirtschaftspolitischen Ansatz nicht verstanden. Wirtschaftspolitik bedeutet doch eigentlich in erster Linie Infrastruktur- und Verkehrspolitik. Beim Thema Breitband und beim Thema Straßenbau ist glattes Versagen festzustellen. Glattes Versagen!

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Was haben Sie nicht alles versprochen? Was hat die SPD nicht alles versprochen? Sie hat versprochen, dass alles besser würde, wenn sie einmal regiert.

Der erste große Fehler war schon einmal, einen Minister zuzulassen, der nicht der SPD angehört, Herr Kollege Schmiedel.

(Peter Hauk)

del. Das war ein kapitaler Fehler. Den können Sie auch nicht mehr gutmachen. Aber gut.

Jetzt schauen wir uns doch einfach einmal an, was im Straßenbau passiert ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nichts! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Mehr als bei der CDU!)

Bei den Landesstraßen erfolgte 2011 noch eine Steigerung gegenüber 2010 um 14,6 %. Das ging aber auf den Dritten Nachtrag zum Haushalt zurück, den die alte CDU-FDP/DVP-Regierung vorgelegt hat. Ich trage jetzt nur die Steigerungsraten vor. Im Jahr 2012 haben Sie auf diese Zahl von 2010/2011 noch einmal 0,5 % draufgesattelt. Dann ging es plätschernd so weiter. Jetzt haben wir in der Summe eine Steigerungsrate gegenüber 2011 von gerade einmal 10,69 %.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das sind die Haushaltsansätze. Bei round about 100 Millionen € sind 10 % 10 Millionen €. Jetzt sagen Sie mir einmal, wo die Offensive für den Straßenbau, für die Infrastruktur in Baden-Württemberg losging! Meine Damen und Herren, das ist doch keine Offensive. Sie geraten damit angesichts steigender Preise, steigender Baukosten in eine Defensive, und die Landesregierung gerät in eine politische Defensive, weil dieser Minister Radwege baut, aber nichts anderes – wenn überhaupt.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Er betreibt aber keinen Straßenbau, weil er Planungen verhindert und – darüber werden wir auch diskutieren – weil er einen Planungsstopp verursacht, weil er einen Planungsstopp für Straßen anordnet, die zwingend notwendig sind. Sie haben nicht kapiert, dass Straßenbau in diesem Land eben auch Wirtschaftspolitik ist; ohne ihn geht es nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schwarz?

Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Hauk, Sie haben den Straßenbau angesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass die Vorgängerregierung die Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau auf Pump finanziert hat, also kreditfinanziert hat, und

(Zuruf von der CDU)

jährlich 23 Millionen € zurückzuzahlen waren?

(Anhaltende Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schwarz hat das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich stelle meine Frage jetzt noch einmal.

(Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schwarz hat das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ist Ihnen bekannt, dass die Vorgängerregierung die Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau auf Pump finanziert hat, also kreditfinanziert hat, und 23 Millionen € pro Jahr zurückzuzahlen waren? Und ist Ihnen –

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war ein Rohrkrepiere, Herr Schwarz! Setzen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Ich stelle die Frage jedes Mal von vorn.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Hauk, ist Ihnen bekannt, dass die Vorgängerregierung die Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau auf Pump finanziert hat, also auf Kredit finanziert hat,

(Lachen bei der CDU)

und jedes Jahr 23 Millionen € zurückzuzahlen waren?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Zum Glück zahlen wir etwas zurück! Ihr macht doch nur Schulden! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch einmal!)

Ist Ihnen weiter bekannt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass in diesem Jahr mit 125 Millionen € so viel Geld wie noch nie für den Erhalt der Landesstraßen in den Haushalt eingestellt worden ist?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: 2,2 Milliarden € Schulden!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Schwarz, könnten Sie die Frage zur besseren Verständlichkeit vielleicht wiederholen?

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Nein. – Um es klar zu sagen: Natürlich ist mir bekannt, dass wir verschiedene Straßenbauprogramme hatten. Wahr ist – das will ich offen zugeben –, dass wir natürlich immer versucht haben, in manchen Bereichen von Haushalt zu Haushalt über die Runden zu kommen.

(Lachen und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber wahr ist auch – Moment, Herr Schwarz! –: Das Ergebnis zählt. Sie haben dieses Ergebnis aber nicht. Sie haben vielmehr fiktive Zahlen aufgeführt, die Sie nicht erreichen, die Sie nicht umsetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es!)

In Baden-Württemberg ist zu Zeiten der CDU-FDP/DVP-Regierung gebaut worden. Da gab es neue Straßen. Derzeit gibt es keine neuen Straßen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Peter Hauk)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb ist das Thema Straßenbau, auch wenn Ihnen das jetzt nicht sonderlich gefällt, Teil einer aktiven Wirtschaftspolitik, die man betreiben muss und die für die Infrastruktur des Landes letztlich unerlässlich ist.

Es gibt weiter das für die Infrastruktur und für einen aktiven Wirtschaftsstandort zentrale Thema Bildung. Was haben Sie im Bereich der Bildung vorzuweisen?

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

– Ja, genau. Das Gelächter aufseiten der grünen und der roten Abgeordneten ist vollkommen berechtigt.

Was haben Sie denn vorzuweisen? Chaos pur.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Grünen und SPD: Gehen Sie einmal raus in die Schule! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie waren schon länger nicht mehr in einer Schule!)

Wir haben jetzt also einen neuen Schultyp. Herr Schmiedel, Frau Sitzmann und die grünen Vordenker der Gemeinschaftsschule haben immer und überall verkündet, grundsätzlich wollten sie Schulentwicklung von unten.

Jetzt gibt es aber Leute, die etwas anderes als Ihren Typ der Gemeinschaftsschule wollen. Dies wird abgebügelt. Sie greifen in der Beamtenschaft und im Regierungsapparat durch wie keine Regierung vor Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In einer unverschämten Art und Weise werden in diesem Fall die Schulämter angewiesen, keine anderen Formen der Schulentwicklung zuzulassen als nur die Gemeinschaftsschule.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Blödsinn! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Ist das etwa Schulentwicklung von unten? Sie lehnen Verbundschulen in den verschiedensten Formen rundweg ab. Bisher ist keine einzige genehmigt worden. Daran merkt man: Ihre Worte sind hohle Phrasen, die Sie den Menschen vorgaukeln. Sie brechen aber sofort in sich zusammen, wenn man sie austestet, weil nichts geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Boser?

Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Herr Hauk, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Wollen Sie tatsächlich behaupten, dass es in Baden-Württemberg keine neuen Verbundschulen gibt? Wie erklären Sie sich dann, dass es sogar Verbundschulen gibt, die aus Realschule und Gemeinschaftsschule bestehen?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zum Beispiel, Herr Hauk! Da sind Sie wieder nicht informiert! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Boser, ich behaupte, dass es keine neue Schulentwicklung ohne Gemeinschaftsschule gibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, genau!)

Der Skandal hier im Land ist, dass Sie nur das, was Ihrer Ideologie entspricht, zulassen. Wenn keine Gemeinschaftsschule dabei ist, wird es nach Ihrer Ideologie einfach nicht zugelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben gerade eine Falschaussage getätigt! Was soll das denn? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Boser?

Abg. Peter Hauk CDU: Ja.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Entschuldigen Sie, Herr Hauk. Ich habe aber die Antwort auf meine Frage nicht verstanden. Wollen Sie tatsächlich behaupten, es gäbe keine Verbundschulen und auch keine Verbundschulen aus Gemeinschaftsschule und Realschule?

Abg. Peter Hauk CDU: Ich sage Ihnen: Es gibt keine Verbundschulen ohne Gemeinschaftsschulen, ohne dass Sie das Element der Gemeinschaftsschule zulassen. Denn Sie lassen nur Gemeinschaftsschulen zu.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

– Sorry, Sie stellen die Frage, aber ich gebe die Antwort. Das muss man schon einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie brauchen Nachhilfe!)

Sie lassen doch nichts zu, was nicht Gemeinschaftsschule heißt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt steht eine Änderung der Schulhausbaurichtlinie an.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sie können noch nicht einmal Fragen beantworten! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist eine der vielen Richtlinien, bei denen das Parlament auch selbst entscheiden könnte, wie mit dem Geld umgegangen wird, das in den Investitionstopf hineingegeben wird. In diesem Änderungsentwurf der Schulhausbaurichtlinie, die nächstes Jahr in Kraft treten soll, steht, dass natürlich nur Schulhausbauten genehmigt werden, die dem pädagogischen Konzept der Landesregierung entsprechen, das heißt, die der Landesregierung gefallen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Damit ist der Willkür erneut Tür und Tor geöffnet, dass nur die Kommune, nur der Schulträger Zuschüsse zum Schulhaus-

(Peter Hauk)

bau erhält, deren bzw. dessen Konzept gefällt. Der Schulträger, dessen Konzept nicht gefällt, erhält kein Geld.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das neutrale Schulpolitik? Ist das Schulentwicklung von unten? Was Sie hier betreiben ist Gesinnungsschulentwicklung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl, so ist es!)

Diese Gesinnungsschulentwicklung hat nichts mehr mit Schulentwicklung zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Darin kommt jedoch Ihr allgemeiner Anspruch zum Ausdruck, Sie wüssten es schon besser als die Menschen in Baden-Württemberg. Da Sie es besser wüssten, könnten Sie sie auch bevormunden und könnten ihnen letztlich auch aufzwingen, was zu passieren habe.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Peter Hauk CDU: Ja.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Hauk. – Sie haben gesagt, dass Förderbeträge nach der Schulhausbaurichtlinie nur nach Gefallen möglich seien und vom pädagogischen Konzept abhängen. Das Neue ist doch vielmehr, dass nun in die Schulhausbaurichtlinie aufgenommen worden ist, dass die Weiterentwicklung des pädagogischen Konzepts zur weiteren Förderung führen kann. Das ist neu in der Schulhausbaurichtlinie. Ich möchte Sie fragen, wie Sie dazu stehen. Lehnen Sie das ab?

Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich nicht. Die Weiterentwicklung des pädagogischen Konzepts in Ihrem Sinn, wie Sie es meinen, wie Sie es angelegt haben, entspricht immer einer Weiterentwicklung in Richtung einer Gemeinschaftsschule. Das lehnen wir ab. Das ist der ganz entscheidende Punkt: Sie lassen nichts anderes zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es!)

Herr Lehmann, in diesem Fall gilt Pars pro Toto für die grüne Fraktion. Erlauben Sie doch den Wettbewerb. Wenn Sie so sicher sind, dass Ihr Konzept gut ist, dann erlauben Sie doch den Wettbewerb. Stellen Sie die Gemeinschaftsschulen den anderen Schularten gleich. Dann schauen wir einmal, wer sich für eine Gemeinschaftsschule entscheidet.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er hat das pädagogische Konzept der Grünen nicht verstanden!)

Ich habe in Baden-Württemberg noch keinen Bürgermeister und noch keinen Gemeinderat getroffen, der die Gemeinschaftsschule wegen des pädagogischen Konzepts gewählt hat – noch nie und nirgendwo.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Noch nirgendwo, Herr Fulst-Blei. Weder in Adelsheim noch irgendwo sonst in Baden-Württemberg. Das waren doch alles letztendlich nur Überlebensentscheidungen, um den Standort zu halten, weil bekannt war, dass keine andere Form genehmigt würde.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau so ist es!)

Letztendlich wurde also ein Lockvogelangebot gemacht. Das ist doch die Wahrheit. Dieser müssen Sie letztlich auch ins Auge sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wirtschaftspolitik heißt auch, den Arbeitsmarkt zu beleben. Das heißt, Arbeitskräfte, die in Baden-Württemberg gebraucht werden, müssen auch zur Verfügung gestellt werden, und zwar im Ausbildungssystem. Was machen Sie an den beruflichen Schulen? Kürzungen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was? – Weitere Zurufe)

– Die haben Sie zurückgenommen. Herr Schmiedel bläst gerade die Backen auf. Es stimmt, Sie wollten kürzen. Dann haben Sie dies aber zurückgenommen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist Ihre bewährte Politik: Erst einmal werden Kürzungen angedroht, dann wird wieder aufgestockt. So funktioniert das bei den Grünen und der SPD in diesem Bereich.

(Abg. Martin Rivoir SPD: So haben Sie das immer gemacht!)

Was passiert denn? Der Klassenteiler liegt bei 16 Schülern. Die Ausbildung zu Handwerks- und Industrieberufen findet in der Fläche nicht mehr statt. Das heißt, wir müssen uns überlegen: Anstatt Lehrer in den Gemeinschaftsschulen zu bunkern, sollten Lehrer lieber für kleinere Klassen in der Berufsausbildung gebunkert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen für die Handwerks- bzw. Industrieberufe auch eine Ausbildung vor Ort. Sonst gehen die jungen Menschen gleich in die Ballungsräume. Das kann doch nicht die Zielsetzung sein. Wir wollen, dass sich das Land gleichmäßig entwickelt. Gleichmäßige Entwicklung heißt auch kleinere Klassen in der Berufsausbildung, in der dualen Ausbildung. Die duale Ausbildung wird von dieser Landesregierung sträflich vernachlässigt. Sie wird jedenfalls nicht dem Anspruch gerecht, damit eine aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir haben die besten Zahlen!)

Nun gibt es in Baden-Württemberg die besondere Situation, dass sich jeden Monat Tausende von Flüchtlingen – am Jahresende werden es wahrscheinlich über 30 000 sein – um Asyl bewerben. Die Flüchtlinge kommen nach Deutschland, also auch nach Baden-Württemberg.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Peter Hauk CDU: Nein, jetzt würde ich meine Ausführungen gern im Zusammenhang machen.

Sie erhöhen zwar die Mittel für die Asylbewerber. Damit werden Sie den Forderungen der Kommunen ein Stück weit gerecht. Das ist auch notwendig, denn es ist eine staatliche Aufgabe. Die Umsetzung kommt aber wieder viel zu spät. Im Frühjahr haben wir bereits gefordert, dass wir neben der LEA in Karlsruhe noch drei Erstaufnahmestellen brauchen, sodass wir insgesamt mindestens vier haben. Was ist denn bisher passiert? Jetzt, erst vor Kurzem, wurde beschlossen, dass es weitere Erstaufnahmestellen gibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau, nach der Kommunalwahl! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Dies wurde also erst mit einem halben Jahr, Dreivierteljahr Verzögerung beschlossen. Die Zeit dazwischen fehlt nun und muss irgendwie kompensiert werden, was jedoch schwierig ist.

Es war dann klar, dass der Deutsche Bundestag vor allem zu dem Bereich der sicheren Herkunftsländer Gesetze beschließen wird. Herr Ministerpräsident, ich lobe Sie in dieser Frage ausdrücklich. Ich glaube aber, dass das taktisch motiviert war – um das einmal offen anzusprechen. Uns wird suggeriert, da sitze ein bürgerlicher Ministerpräsident, der grüne Parteitag halte still und ertrage ihn, es sei alles wunderbar. Da er ganz bürgerlich sei, dürften die Asylbewerber zu uns kommen, aber die, die aus sicheren Herkunftsländern kämen, dürften eigentlich nicht hier sein. Da hat der grüne Ministerpräsident Kretschmann zugestimmt.

Schauen wir uns doch einmal an, was passiert. Zu den Rückführungen in Baden-Württemberg – man nennt das wenig euphemistisch „Abschiebungen“ –: Im letzten Jahr hatten 14 376 Menschen keinen Asylanspruch, auch keine Duldung und deshalb auch nichts in Baden-Württemberg bzw. Deutschland verloren. Wenn man diesen Anspruch dann auch durchsetzen will, kann man nicht nur 975 Menschen – das entspricht 6,8 % – in ihre Heimat zurückführen.

(Zuruf des Ministers Reinhold Gall – Zurufe von den Grünen)

Dann muss man 14 376 Menschen in ihre Heimat zurückführen. Die, die keinen Asylanspruch haben, kann man auch nicht hier belassen. Da müssen Sie einfach konsequent handeln.

Sie handeln aber nicht konsequent in dieser Frage. Die Zustimmung im Bundesrat und das Einheimsen der Lorbeeren aus dem bürgerlichen Lager haben Ihnen wohl gefallen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber die Wahrheit wird konkret!)

Vielleicht war der Protest der Grünen Jugend sogar auch bestellt. Wer weiß? Aber gab es eine Konsequenz in der Abschiebung? Fehlanzeige. Frau Krebs schüttelt zu Recht den Kopf. Die Zahlen stimmen und sind nachprüfbar.

Da kann ich nur sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Werden Sie Ihren Ansprüchen gerecht. Tun Sie etwas. Tun Sie auch etwas für die Integration. Tun Sie etwas dafür, dass die Integration in die Betriebe möglich wird. Schließlich haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat Änderungen in der Asylgesetzgebung zur früheren Arbeitsaufnahme nach drei Monaten vorgenommen. Tun Sie etwas dafür, dass überall verpflichtende und nicht nur freiwillige Deutschkurse angeboten werden.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Tun Sie etwas dafür, dass die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt. Wir brauchen Arbeitskräfte – das ist ja unbestritten –, und wir wollen, dass die Menschen, die ein Bleiberecht in Deutschland haben, auch integriert werden.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Insofern ist es auch unser Herzensanliegen, dass Sie etwas dafür tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Aber lassen Sie den Missbrauch nicht ausufern. Denn der Missbrauch vergiftet das politische Klima, und das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sie vergiften das politische Klima!)

Sie werden ein Problem bekommen, wenn der Missbrauch weiterhin so möglich ist und Sie die Zügel in der Frage der Rückführung auch in sichere Herkunftsländer nicht anziehen. Dies gilt übrigens auch für die Rückführung von EU-Staatsangehörigen, die hier kein Bleiberecht haben; auch in diesem Bereich gibt es Defizite en masse. Wenn Sie da nicht die Zügel anziehen, wird eine Missbrauchsdiskussion

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie haben doch keine Ahnung!)

auf Sie zukommen, und die jetzt in Baden-Württemberg Gott sei Dank vorhandene Bereitschaft, die Menschen aufzunehmen und den Menschen bei der Integration zu helfen, wird unter Umständen verloren gehen und umschlagen. Insofern sollten Sie nicht mit dem Feuer spielen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie spielen mit dem Feuer!)

Denn das ist letztendlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Derzeit spielen Sie mit dem Feuer,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein, Sie!)

wenn Sie das Asylrecht nicht konsequent umsetzen. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Wirtschaft gehört auch eine sichere Energieversorgung. Diese wackelt al-

(Peter Hauk)

lerdings. Was haben Sie nicht alles angekündigt! Was hat man dem Umweltminister nicht alles zugetraut! Er sei schließlich ein fachlich kompetenter Mensch. Das mag ja sogar sein. Aber bei der Regierung ist man schon froh, wenn man sich mit ihr sachlich kompetent austauschen kann. Das ist dann schon einmal ein Gewinn. Das heißt aber noch nicht, dass er eine sachlich kompetente Politik macht.

Was hat er bisher getan? Der Haushaltsansatz für die Investitionen in die Energiewende wird nun wieder zurückgenommen. Nordrhein-Westfalen hat, glaube ich, 100 Millionen € investiert, aber die kann man nicht zum Maßstab nehmen; denn erstens ist Nordrhein-Westfalen viel größer, und zweitens hat Nordrhein-Westfalen eine noch ausuferndere Verschuldung.

Ihr Flaggschiff war das Thema Windkraftausbau. Mit ihm sind Sie zu Beginn dieser Legislaturperiode vollmundig angetreten und haben gesagt: Wir brauchen 1 000 neue Windräder in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 1 200!)

Kollege Zimmermann hat immer gesagt, es reiche, wenn es zehn werden. Aber auch das ist eine Einzelmeinung. Wir sagen auch, dass wir die erneuerbaren Energien brauchen. Was haben Sie gemacht? Sie haben das Landesplanungsgesetz geändert.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war der größte Fehler!)

Sie haben im Investitionsbereich Änderungen vorgenommen. Wie sah das Ergebnis aus, meine Damen und Herren? Keine Landesregierung hat, seit die Windkraft in Deutschland wirtschaftlich genutzt und gefördert wird, so wenige Windräder gebaut wie die jetzige Landesregierung von Baden-Württemberg. Das ist die schmachvolle Bilanz einer rot-grünen Regierung der letzten drei Jahre auf einem Feld, auf dem Sie eigentlich Kompetenz haben müssten, aber keine Kompetenz haben.

(Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Wie viele Windräder haben Sie denn gebaut? – Gegenruf von der CDU: Mehr als Sie! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie haben es handwerklich komplett versiebt. 1 000 Windräder sollten gebaut werden, aber nicht einmal 30, Herr Unternehmer, stehen. Jetzt erklären Sie uns einmal das Delta. Wie wollen Sie die fehlenden 970 Windräder in den nächsten Jahren bauen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat das denn jahrelang verhindert? Die CDU!)

– Jetzt ist es wieder so, dass wir es verhindert haben sollen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Natürlich!)

Das Landesplanungsgesetz ist gegen unser Votum geändert worden, und das war das eigentliche Problem.

Der Rote Milan, Herr Rösler, ist keine Erfindung der CDU.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der „grüne Milan“!)

Vielmehr konnten Ihnen die Naturschutzvorgaben zu Zeiten der CDU- FDP/DVP-Regierung nicht scharf genug sein. Jetzt holen diese Vorgaben Sie ein Stück weit ein, weil Ihre Landesregierung es ressortübergreifend versäumt hat, in der Frage des Umweltvorrangs – dazu zählen auch die erneuerbaren Energien – klare Leitlinien zu schaffen, was denn im Einzelfall Vorrang hat. Ist es jetzt der Rote Milan? Ist es unter Umständen der Schwarzstorch? Ist es die Gelbbauchunke? Ist es der Salamander, der auf den Gleisen von Stuttgart mittlerweile herumflaniert und zu dem die Bahn inzwischen genetische Untersuchungen in Auftrag geben musste, um festzustellen, ob der Salamander autochthoner Stuttgarter oder autochthoner Südländer ist?

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

So weit sind wir doch schon gekommen. Und für diesen unverhältnismäßigen Naturschutz tragen Sie, Herr Bonde, und niemand anders die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU – Minister Alexander Bonde: Eisenbahn ist Bundesrecht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben noch etwas gemacht: Sie haben die Beamten und damit die Mitarbeiter dieses Landes in den letzten Jahren geschröpft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die jungen Leute hungern sie aus!)

Das haben Sie laut Ihren Aussagen auch weiterhin vor, und zwar in einem Ausmaß, das wir noch nie in der Geschichte dieses Landes gesehen haben.

Die Kürzung der Eingangsbesoldung für Beamtinnen und Beamte war ein riesiger Fehler; denn die Nachwuchsgewinnung ist entscheidend. Wir verzeichnen in dieser Situation, in der wir noch nie waren, einen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen in Baden-Württemberg aber die besten Beamtinnen und Beamten. Wir brauchen nicht die, die man gerade eben noch so bekommt. Dafür muss man letztendlich aber auch attraktive Gehaltsstrukturen anbieten. Es ist aber keine attraktive Gehaltsstruktur, wenn Sie die Eingangsbesoldung generell und ständig absenken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die Beihilfe!)

Wir wollen und werden mit der neuen globalen Mehrausgabe für das Personal, die Sie in den Haushalt eingestellt haben, einen Einstieg finden und dem Abbau der Eingangsbesoldung entgegenzutreten. Das werden wir auch beantragen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gruber?

Abg. Peter Hauk CDU: Bitte schön.

Abg. Gernot Gruber SPD: Herr Hauk, Sie haben gerade gesagt, dass noch keine Landesregierung die Beamten so stark geschröpft habe wie diese Landesregierung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt!)

(Gernot Gruber)

Meine Frage: Gab es unter den von CDU und FDP/DVP getragenen Landesregierungen keine Nullrunden für Beamte?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, die gab es!)

Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich gab es die, aber – –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber nicht bis zu einem Jahr!)

Abg. Gernot Gruber SPD: Es hat in der Zeit von 2005 bis 2007 drei Nullrunden gegeben. Können Sie das bestätigen oder widerlegen?

Abg. Peter Hauk CDU: Das will ich gar nicht widerlegen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

aber ich will eines sagen – –

(Zurufe von den Grünen und von der SPD)

– Moment! Es gab niemals Verschiebungen um bis zu ein Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Es gab im Haushalt Nullrunden. Das ist wahr,

(Abg. Winfried Mack CDU: Bei massiven Steuer-rückgängen!)

aber wir haben diese Nullrunden meist im Zusammenwirken mit den Beamten gefahren. Wir haben damals Nullrunden gemacht angesichts dessen, dass die Steuereinnahmen massiv heruntergingen. Das ist der große Unterschied. Sie sind doch in der Situation, dass die Steuereinnahmen massiv ansteigen. Sie wissen doch gar nicht, wohin mit dem Geld. Aber die Einzigen, die in diesem Landeshaushalt Einsparungen zu erleiden haben, sind die Landesbeamten. Das ist die Ungerechtigkeit, und deshalb wehren wir uns dagegen. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem Sie das Thema Nullrunden schon angesprochen haben, brauche ich darauf nicht näher einzugehen. Dass diese Art und Weise von Ihnen eine Unverschämtheit ist, ist klar.

Jetzt sage ich noch etwas zum generellen Umgang: Der Ministerpräsident und der Finanzminister haben es versäumt, zu Beginn dieser Legislaturperiode mit den Beamten einen Pakt, eine Vereinbarung zu schließen – wie auch immer man das nennen will –, und zwar mit einer Perspektive über vier, fünf Jahre. Wir können heute von dieser Stelle aus sagen: Das werden wir 2016 nach einer Regierungsübernahme, wenn uns die Menschen das Vertrauen schenken,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

tun: Wir werden im Konsens mit den Beamten und den Mitarbeitern eine Regelung treffen, wonach wir einerseits Einsparungen erwarten, aber andererseits den Beamten auch Perspektiven geben – Perspektiven, die diese Regierung, diese grüne Fraktion und diese SPD-Fraktion ihren Mitarbeitern jedenfalls nicht geben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben den Beamten viel zugemutet: Die Polizisten fahren jetzt über Hunderte von Kilometern. Es ist wahr, was Herr Minister Gall gesagt hat: Die Polizei ist viel mehr auf der Straße. Das ist sie. Die Verkehrspolizisten sind viel mehr auf der Straße, die Kriminalpolizei ist viel mehr auf der Straße.

Die Zahl der Fälle sinkt. Die Einbruchskriminalität steigt drastisch an. Ihr Umfang nähert sich mittlerweile dem in anderen Ländern an. Jetzt sagen Sie nicht, das sei eben so, weil die Zahl der Einbrüche überall steige. Komisch: Warum steigt sie in Bayern nicht? Bayern ist auch ein Flächenland, hat mehr Autobahnkilometer als Baden-Württemberg

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

und liegt sogar, wie wir von der polizeilichen Ermittlungsarbeit wissen, näher an den Heimatländern der Haupttäter. Die liegen im Südosten Europas.

(Zuruf des Abg. Klaus Maier SPD)

Warum steigt in Bayern die Zahl der Fälle nicht, und warum steigt sie in Baden-Württemberg exorbitant? Eine Steigerung von über 30 % in einem Jahr: Das schreit zum Himmel. Das ist doch das Ergebnis der Arbeit eines Innenministers, das im Prinzip nicht zu akzeptieren und nicht zu tolerieren ist.

Das ist auch Teil des Wirtschaftsstandorts, Herr Ministerpräsident. Auch die innere Sicherheit, der Schutz des Eigentums der Menschen, ihres Hab und Guts vor fremdem Zugriff gehört zum Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Es ist genauso notwendig, dass dies ein Spitzenthema hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden deshalb einmal schauen, was an der Polizeireform gut war; jetzt liegt ihr Inkrafttreten fast ein Jahr zurück. Es gab einige Vorschläge, die dort auch implementiert waren. Aber vor allem werden wir schauen, was schlecht läuft und wo Evaluierungsbedarf vorhanden ist.

Was ich übrigens vermisse, ist Folgendes: Der Innenminister hat niemals – – Er sitzt normalerweise dort drüben. Er ist gar nicht da. Es scheint ihn nicht sonderlich zu interessieren, wenn über seinen Haushalt gesprochen wird. Es scheint wirklich so zu sein, dass das Thema „Innere Sicherheit“ die Landesregierung nicht sonderlich interessiert.

Es gibt keine Hinweise, dass man jetzt auf einmal Konzepte bringt, um die offensichtlichen Defizite zu beseitigen – überhaupt nichts; davon ist nichts zu hören. Man nimmt das einfach hin. Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz klar: Die CDU in diesem Land nimmt das nicht einfach hin.

(Beifall bei der CDU)

Wir sagen ganz klar: Wir werden diese Themen jetzt im Rahmen der Haushaltsberatungen, aber auch in Zukunft aufgreifen.

Es wird Ihnen auch nichts helfen, wenn Sie externe Gutachter einsetzen, um Ihre Beamten zu entlasten, die der Aufgabe anscheinend nicht mehr Herr werden. Im Jahr 2004 hatten wir

(Peter Hauk)

in Baden-Württemberg Ausgaben in Höhe von 880 000 € für externe Gutachter. Im Jahr 2013 – das sind die Istzahlen des letzten Jahres – waren es 15,1 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das ist doch nichts anderes als auch ein Misstrauen gegenüber Ihren eigenen Beamten. Sie trauen diesen Beamten nichts zu. Deshalb beauftragen Sie externe Gutachter, geben für sie gutes Steuergeld aus und bereichern das Ganze mit deren Expertisen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Meine Damen und Herren,

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

50-80-90 – Herr Untersteller, Sie werden diese Broschüre kennen, vermute ich einmal – war die zweitbeste Kampagne in Baden-Württemberg.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich kenne das gar nicht!)

Die kennt kein Mensch. Über 2,5 Millionen € wurden für diese Werbekampagne ausgegeben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Scheint aber schön gemacht zu sein!)

Den ursprünglichen Slogan dafür haben Sie ja verschämterweise nicht mehr weiterverfolgt. Das war Ihnen am Ende doch zu peinlich. Die Kampagne hieß nämlich ursprünglich nicht nur 50-80-90, sondern sie hieß irgendwann einmal „Gemeinsam weniger erreichen“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dabei – gemeinsam weniger erreichen – sind Sie in dieser Regierung auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deshalb werden wir auch in unseren Haushaltsdeckungskonzepten fordern, die Werbemaßnahmen kräftig einzustampfen und hier eine globale Minderausgabe von über 10 Millionen € auszubringen, damit solche Pamphlete nicht mehr das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Der Wert unseres Lebens, unseres Zusammenlebens bemisst sich wahrlich nicht nur am Geld, das wir zur Verfügung haben. Dennoch haben die finanziellen Spielräume erheblichen Einfluss auf die Zukunftschancen einer Generation. Wenn wir heute Geld ausgeben, aber die Bezahlung der Rechnung anderen überlassen, ist das schlichtweg unredlich, nicht gerecht und auch nicht nachhaltig.

Problematisch wird es, wenn sich die Weitergabe auf einen wachsenden Schuldenberg konzentriert. Auch wenn Sparen,

nein, ich sage einmal: auch wenn geringere Zuwächse – von Sparen kann man in diesem Haushalt nun wahrlich nicht reden – auf den ersten Blick wehtun mögen, müssen uns unsere Kinder, muss uns die nächste aktive Generation diesen Schmerz eigentlich wert sein. Wir wollen heute durch solides Wirtschaften Spielräume für morgen erweitern. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Sie erweitern nicht Spielräume, Sie schmälern die Spielräume von morgen, indem Sie jetzt ausufernd Geld ausgeben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen auch in der Zukunft Ärzte auf dem Land, Krankenhäuser in der Stadt, Schulen auf den Dörfern, Universitäten, Hochschulen in den Städten, Pflege für Bedürftige, gute Straßen, gute Schienenwege und Brücken, sichere Nahrungsmittel, bezahlbare Energie. Das und viel mehr muss im Sinne des Gemeinwohls auch noch in vielen Jahren möglich sein – nicht nur für einige, sondern für alle Menschen in Baden-Württemberg.

Herr Minister Schmid, Sie sind nicht der Moderator bei „Wünsch dir was“, Sie sind als Finanzminister auf das Wohl dieses Landes vereidigt. Deshalb sage ich: Wir brauchen eine intelligente, eine nachhaltige Finanzpolitik im wahrsten Sinn des Wortes, damit auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder eine gute Zukunft haben. Wenn Sie aber weiter an dem Schuldenberg bauen, dann verbauen Sie die gute Zukunft der nächsten Generation.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt erst einmal eine Bewertung! Eine Bewertung und dann eine Belehrung!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik ist dann gut, wenn sie den Menschen nutzt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben!)

Sie muss vor Ort zu konkreten Verbesserungen führen. Sie muss den Menschen Perspektiven eröffnen, wie sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der Theorie wäre es so einfach!)

Sie muss Lösungen für Fragen finden, die die Menschen umtreiben, und dafür sorgen, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft bestehen bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr wisst es doch! Warum macht ihr es dann nicht?)

Grün-rote Politik tut genau das:

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das Gegenteil!)

(Edith Sitzmann)

Wir machen Politik, die vor Ort ankommt. Wir machen Politik, die den Menschen in diesem Land nutzt,

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

und wir setzen echte Schwerpunkte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Vieles von dem, was der Kollege Hauk jetzt als kritikwürdig und widersprüchlich angesprochen hat, teile ich nicht. Er hat aber in einem Punkt recht: Diese konkrete Politik findet im Haushalt ihre Abbildung in Zahlen.

Von einem Haushalt, der irgendjemandem „vorgeknallt“ würde, kann übrigens überhaupt nicht die Rede sein. Dieser Haushalt wird in einem ordentlichen Verfahren in den Landtag eingebracht und auch in einem ordentlichen Verfahren beschlossen. Außerdem wird er, wie es bei uns unter Grün-Rot üblich ist, beschlossen, bevor das nächste Haushaltsjahr beginnt, und nicht erst, wenn es schon begonnen hat. Das haben Sie nie geschafft, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt: Die Politik muss vor Ort ankommen, und sie muss den Menschen nutzen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen anhand einer Familie „Beispiel“ aus Villingen-Schwenningen im Schwarzwald-Baar-Kreis darstellen, was wir konkret getan haben.

Die Eltern nennen wir Christian und Stefanie, ihren dreijährigen Sohn Leo und ihre einjährige Tochter Emma. Christian arbeitet als Maschinenbauingenieur in einem mittelständischen Unternehmen. Stefanie, die Mutter von Emma und Leo, möchte nach der einjährigen Elternzeit wieder in das Berufsleben einsteigen. Sie ist Beamtin bei der Finanzverwaltung.

(Oh-Rufe)

Stefanie hat jetzt für die kleine Emma einen Kita-Platz bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von der CDU)

Sie hat einen Kita-Platz bekommen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil wir die Mittel für Bau und Betrieb von Kitas seit 2011 verdreifacht haben. Ich wiederhole: verdreifacht.

Wir beteiligen uns mit 68 % an den Betriebskosten der Kitas, und die Nachfrage ist groß. Heute werden fast 80 000 Kinder unter drei Jahren betreut. Im Jahr 2009 waren es noch 38 000. Wir werden im Jahr 2015 660 Millionen € ausgeben, und im Jahr 2016 werden es bereits 795 Millionen € sein, meine Damen und Herren.

Dieses Geld nutzt der Familie „Beispiel“ aus Villingen-Schwenningen, es nutzt Leo und Emma und vielen anderen im Land, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie, Herr Kollege Hauk, der Ansicht sind, das sei Geldverschwendung, dann erwarten wir Ihren Kürzungsantrag bei den Haushaltsberatungen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat er doch gar nicht gesagt! – Abg. Peter Hauk CDU: Gar nicht gesagt!)

Wir sind uns sicher, dass die Investition in die frühkindliche Bildung und in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine gute Investition in die Kinder und in die Zukunft ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sagen alle erfahrenen Mütter!)

Deshalb geben wir dieses Geld aus Überzeugung dafür aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie meinen, Sie müssten hier immer wieder herumrörgeln, kann man in dieser Frage auch noch die Bertelsmann Stiftung zitieren, die sagt:

Baden-Württemberg ist im Kita-Bereich auf dem Weg zum Musterlände.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gut sind immer eigene Erfahrungen!)

Meine Damen und Herren, das Land ist seit 2011 auf diesem Weg, als Grün-Rot an die Regierung kam.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Leo, der Bruder der kleinen Emma, ist drei Jahre alt. Er ist im Kindergarten und tut sich mit dem Sprechen etwas schwer.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Hauk auch!)

Deshalb ist es ein super Angebot, dass es in den Kitas verstärkt Sprachförderung gibt. Wir haben die Sprachförderung neu aufgestellt. Es gibt eine Verkleinerung der Gruppengrößen, die Antragstellung wird deutlich einfacher, und wir stellen für die Unterstützung der Sprachförderung von Leo und anderen Kindern 21 Millionen € bereit.

Für Leo und alle anderen bedeutet das mehr Chancengerechtigkeit, mehr Teilhabe, mehr Selbstbewusstsein und einen guten Start ins Leben. Zudem sind die Eltern froh, dass Leo beim Sprechen Fortschritte macht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das heißt, dieses Geld kommt ganz konkret vor Ort an. Es kommt bei den Menschen an. Das gilt für die Kitas, das gilt für die Sprachförderung, das gilt aber auch für die Ganztagschulen.

Wir haben am 16. Juli 2014 hier im Landtag Geschichte geschrieben, als wir das Gesetz für die Ganztagsgrundschulen verabschiedet haben. Damit sind Ganztagschulen endlich kein Schulversuch mehr, sondern sie sind zum Regelangebot geworden. Damit nicht genug: Zusammen mit den kommunalen Landesverbänden haben wir Vereinbarungen zum Ausbau des Ganztagsangebots an den Grundschulen getroffen. Die zentralen Merkmale dieser Vereinbarungen sind Qualität

(Edith Sitzmann)

und Wahlfreiheit. Von Bevormundung oder gar Gängelung, Herr Kollege Hauk, keine Spur! Qualität und Wahlfreiheit sind unser Motto.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Motto zieht sich durch alle Politikbereiche. Im Endausbau werden wir 160 Millionen € in den Ausbau von Ganztagsangeboten an Grundschulen investieren. Wenn Sie, Herr Kollege Hauk, meinen, das sei schlecht investiertes Geld, das wir besser sparen sollten, dann stellen Sie dazu einen Antrag bei den Haushaltsberatungen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Wir finden, es ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es ist richtig, hier zu investieren. Wir sorgen dafür, dass sich Familie „Beispiel“ mit ihren Kindern auch dann keine Sorgen machen muss, wenn die Kinder vom Kindergarten in die Grundschule kommen. Schließlich gibt es auch dort Ganztagsangebote, und Familie und Beruf sind auch weiterhin gut vereinbar.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gurr-Hirsch?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Bitte schön.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herzlichen Dank, Frau Sitzmann. – Hat die Dramaturgie Ihrer Rede nicht einen Fehler, wenn Sie Leo Sprachprobleme haben lassen, obwohl die Kinderbetreuung qualitativ ist?

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Walter Heiler SPD: Hä?)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es gibt Kinder, die in der Sprachentwicklung schneller sind, andere sind langsamer und brauchen unsere Unterstützung. Alle, die diese Unterstützung brauchen, bekommen sie auch von uns.

Kommen wir auf unsere Familie am Rande des Schwarzwalds zurück. Christian ist Maschinenbauingenieur. Er arbeitet für einen Familienbetrieb.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Peter ist Förster!)

Dort werden Ventilatoren entwickelt. Sein Job ist es, Kleinventilatoren für den Wand-, Decken- und Fenstereinsatz zu entwerfen sowie Lüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung und Großventilatoren für den Einsatz in verfahrenstechnischen Anlagen und Kühltürmen zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, dieses mittelständische Unternehmen steht gut da. Das Geschäft brummt. Insbesondere Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung und energiesparenden Ventilatoren werden sehr stark nachgefragt.

Christian kommt gerade von einem Kundengespräch zurück

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU schüttelt den Kopf.)

und kann freudig über die Programme berichten, die die Landesregierung zusammen mit der L-Bank aufgelegt hat, nämlich zinsvergünstigte Kredite für Maßnahmen zu mehr Ressourceneffizienz und zur Energieeinsparung. Auch diese kommen im Land an. Dieser Kunde von Christian hat einen dieser 35 000 zinsvergünstigten Kredite für sich in Anspruch nehmen können und kann so investieren. Davon profitiert auch das mittelständische Unternehmen, bei dem Christian arbeitet.

Sie sehen, meine Damen und Herren, diese Mittel über die L-Bank-Programme sind gut angelegt

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU)

und kommen den mittelständischen und kleinen Unternehmen im ganzen Land in der Fläche zugute.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Seit Jahrzehnten!)

Dadurch sparen sie Kosten und reduzieren sogar noch den CO₂-Ausstoß, nämlich um ungefähr 200 000 t pro Jahr.

So, Herr Kollege Hauk, funktioniert die Förderung des Mittelstands, so funktioniert Wirtschaftspolitik. Wir machen Politik konkret. Sie kommt bei den Menschen an und unterstützt sie dort, wo sie die Unterstützung brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Paal?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Bitte schön.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Kollegin Sitzmann, Sie haben das Thema Wirtschaftspolitik erwähnt. Wenn Ihr – das habe ich mir gerade aufgeschrieben – Maschinenbauingenieur Christian aus Frankreich käme und seine Kinder gern auf eine internationale Schule schicken möchte, wie es bei uns üblich ist, was würden Sie ihm dann sagen? Sagen Sie ihm dann, dass Sie die Förderung der internationalen Schulen in Baden-Württemberg komplett eingestellt haben? Wie erklären Sie ihm das?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Kollege, in Villingen-Schwenningen gibt es keine internationale Schule.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es gibt eine internationale Schule in Stuttgart. Wir sind in Gesprächen, wie man auch zukünftig internationalen Schulen eine gute Perspektive bieten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein anderes Thema, bei dem durchaus Handlungsbedarf besteht – Kollege Hauk hat es angesprochen –, ist der Breitbandausbau. Das ist auch ein Problem von Christian und seinem Chef.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Immer mehr Kunden möchten, bevor sie die Ventilatoren kaufen, auch Computersimulationen haben, damit sie wissen, wel-

(Edith Sitzmann)

che Kostenersparnis diese Investition bringt. Damit man diese Computersimulationen durchführen kann, braucht man eben einen leistungsfähigen Breitbandanschluss.

Lange hat das Unternehmen mit einem Telekommunikationsunternehmen verhandelt. Aber eine Anbindung des Unternehmens, das etwas außerhalb des Ortskerns liegt, an das Netz wurde immer abgelehnt.

Mittlerweile gibt es eine neue Breitbandinitiative des Ministers Alex Bonde und der Landesregierung. Jetzt ist es möglich, dass über die kommunale Seite auch am Rand von Orten gelegene Unternehmen an die Infrastruktur, an das schnelle Internet angebunden werden. Das ist gut, und das ist richtig. Das ist die zentrale Grundlage für die Weiterführung dieses Betriebs im ländlichen Raum.

Das ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren. Hier investieren wir auch in den kommenden Jahren deutlich: Wir verdreifachen die Leistungen des Landes. Ich finde, das ist eine gute und wichtige Zukunftsinvestition auch für den ländlichen Raum, für Unternehmen im ländlichen Raum.

Das, was wir im Haushalt 2015/2016 festschreiben, kommt direkt vor Ort an, und das nutzt den Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen eine leistungs- und zukunftsfähige Infrastruktur. Dazu gehört Breitband,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dazu gehört selbstverständlich auch die Straße. Das gilt für Christian und sein Unternehmen. Das gilt aber auch für alle anderen, meine Damen und Herren. Deshalb haben wir den Sanierungsstau endlich aufgelöst. Wir investieren so viel wie nie in den Erhalt und in den Neubau von Straßen. Da können Sie reden und schreiben, so viel Sie wollen, das ist einfach ein Fakt.

Ich hoffe, Herr Kollege Hauk, dass Sie das bei allen verbalen Einsparbemühungen, die Sie zum Besten gegeben haben, auch unterstützen und hier nicht kürzen wollen. Wenn Sie das tun wollten, um die Nettonull schon in diesem Jahr hinzubekommen, dann können Sie bei den Haushaltsberatungen gern einen Antrag einbringen.

(Abg. Peter Hauk CDU: So leicht hat es sich noch keine Regierung gemacht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Um die Zahlengrundlage noch einmal deutlich zu machen: Zwischen 2001 und 2010 hat die damalige, von der CDU geführte Landesregierung

(Abg. Peter Hauk CDU: So lange regieren Sie noch nicht!)

zwischen 8 Millionen € und 50 Millionen € pro Jahr in den Straßenerhalt investiert.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir stellen im Haushalt 80 Millionen € dafür bereit, meine Damen und Herren. Wir haben zusätzlich ein Sanierungsprogramm beschlossen, mit dem wir die Summe noch einmal deutlich aufstocken. Wir werden in den kommenden beiden Jahren in die lange verschlafene und dringend notwendige Sanierung von Landesstraßen und Brücken weitere 80 Millionen € investieren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden ein Lückenschlussprogramm auflegen zur Schließung von Lücken im Straßennetz und im Radwegenetz.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das umfasst noch einmal 35 Millionen €, meine Damen und Herren. Das ist gut und richtig. Das sind wichtige Investitionen für die Zukunft von Baden-Württemberg und für eine gute Infrastruktur für die erfolgreichen Unternehmen in unserem Land. Wir tun das aus Überzeugung. Das kommt auch vor Ort an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir in Baden-Württemberg die Innovationskraft und eine leistungsfähige Wirtschaft fördern wollen, brauchen wir natürlich auch gut ausgebildete Menschen und müssen wir selbstverständlich in Wissenschaft und Forschung investieren. Auch das tun wir, und wir tun das nicht zu knapp. Mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ schließen wir einen Pakt mit den Hochschulen, der endlich – nach den Sparpakten der Vorgängerregierungen – eine echte Perspektive für unsere Hochschulen im ganzen Land bietet. Diesen Pakt lobe nicht nur ich, sondern den loben auch die Hochschulen. Ich darf den Rektor der Universität Hohenheim, Herrn Professor Dabbert, zitieren:

Das ist ein großer Erfolg für die Wissenschaftspolitik. Die Landesregierung hat die Notlage der Universitäten erkannt und jetzt eine angemessene Antwort gefunden. ... Nachdem die beiden bisherigen Solidarpakte Sparprogramme waren, wird nun den Hochschulen ein finanzieller Aufwuchs und damit eine echte Perspektive geboten.

So ist es, meine Damen und Herren. Auch das ist eine richtige Investition in die Zukunft Baden-Württembergs.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Herr Professor Schiewer, wird zitiert mit der Aussage:

Die Unirektoren sind beeindruckt, dass das Land so deutliche Schwerpunkte auf die Bildung gelegt hat.

Ja, das haben wir. Wir haben deutliche Schwerpunkte auf die Bildung gelegt. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Neben der guten Ausstattung der Hochschulen und damit einer Investition in den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg bringt es auch konkret den Menschen etwas.

In dem Beispiel mit Christian aus Villingen-Schwenningen gibt es noch eine Schwester, nämlich Martina. Sie arbeitet als Postdoc an der Uni Konstanz. Bislang liefen ihre längsten Ar-

(Edith Sitzmann)

beitsverträge über zwölf Monate. Es ging von einem befristeten Vertrag zum nächsten. Die Uni hatte keine ausreichende Grundfinanzierung. Alles erfolgte auf Projektbasis. Es war nicht klar, ob eine Karriere an den Hochschulen überhaupt Sinn macht.

Meine Damen und Herren, mit diesem Pakt, mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ können wir auch endlich eine Vielzahl von befristeten Stellen an den Universitäten in unbefristete Stellen umwandeln und damit auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine echte Perspektive an unseren Hochschulen bieten.

Also: Unsere Politik kommt direkt bei den Menschen und vor Ort an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

So ist es auch bei der Frage, wie denn die Menschen im Alter leben wollen. Auch hier geht es darum, welche Rahmenbedingungen wir, die Politik, gestalten können, damit die Menschen Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten haben. Wir wollen, dass sie nicht nur zwischen einem Leben zu Hause oder in einem Pflegeheim entscheiden können, sondern dass es Lösungen dazwischen gibt, dass es Möglichkeiten gibt, das, was man noch leisten kann, zu leisten und trotzdem Aufgaben, die für einen allein zu schwierig geworden sind, gemeinsam mit anderen zu bewältigen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir froh, dass wir mit dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz nun völlig neue Möglichkeiten geschaffen haben, im Alter selbstbestimmt zu leben. Es gibt endlich die Möglichkeit, gemeinschaftliche, selbst organisierte Wohnformen auf den Weg zu bringen.

Ich hoffe, Sie haben solche Wohngruppen schon besucht. Dann werden Sie gemerkt haben: Die Leute sind sehr froh, dass sie in Wohngemeinschaften gemeinsam leben können und selbst noch etwas einbringen können, dass sie Unterstützung da bekommen, wo sie sie brauchen.

Von Bevormundung oder Gängelung gibt es also überhaupt keine Spur, sondern es geht darum, den Menschen möglichst viele Perspektiven zu eröffnen, um ihr Leben selbst zu gestalten. Es geht um mehr Teilhabe von pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Das sehen nicht nur wir so, sondern das sieht z. B. auch die Diakonie in Baden-Württemberg so. Das ist richtig und wichtig, und dazu stehen wir auch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ebenfalls ganz entscheidend ist, dass wir in Zukunft eine gute ärztliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land haben, dass wir Krankenhäuser und Ärzteversorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen. Meine Damen und Herren, auch hier gab es einen enormen Nachholbedarf an Investitionen.

Herr Kollege Hauk, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Sie von der CDU haben nicht nur einen riesengroßen Schuldenberg, Sanierungsstaus allerorten bei Straßen, beim allgemeinen Hochbau, bei den Hochschulen hinterlassen, sondern Sie haben auch die Krankenhäuser vernachlässigt. Deshalb werden wir im Doppelhaushalt rund 900 Millionen € in den Bau und die Sanierung von Krankenhäusern investieren. Auch das ist dringend notwendig.

Wir werden auch ein Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Kliniklandschaft vorantreiben, bei dem es darum geht, dass sich die Entwicklung der Kliniklandschaft am tatsächlichen regionalen Bedarf orientiert. Bis 2015 werden wir dieses Projekt mit dem Sozialministerium umsetzen, um die Krankenhauslandschaft an den demografischen Wandel, an veränderte Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen anzupassen und den Patienten vor Ort eine gute medizinische Versorgung heute und in Zukunft zu garantieren.

Deshalb ist eine regionale Planung, wie die Versorgung auszu sehen hat, von ganz großer Bedeutung. Daher werden wir das Modellprojekt mit Engagement und Elan begleiten und vorantreiben, damit wir in der Fläche eine Basisversorgung sicherstellen können und der schnelle Zugang zu hoch spezialisierten Angeboten besteht – so, wie es der regionale Bedarf erfordert.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir investieren in die Krankenversorgung im ländlichen Raum. Das sind gute Investitionen, weil sie direkt bei den Menschen vor Ort ankommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich habe jetzt an einigen Schwerpunkten schon deutlich gemacht, was wir in ein bisschen mehr als drei Jahren bereits konkret auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was Sie kaputt gemacht haben! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Das ist eine erstaunliche und sehr gute Erfolgsbilanz, Herr Kollege Rülke. Die Kritikpunkte, die der Kollege Hauk vorgebracht hat, sind widersprüchlich. Wir haben nicht gehört, wo Sie etwas anders machen wollen. Sie haben wieder einmal versucht, z. B. unsere zukunftsweisenden Investitionen in der Bildungspolitik schlechtzureden, die ich gerade in Auszügen dargestellt habe. Auf der einen Seite fordern Sie mehr Geld für dieses, mehr Geld für jenes, und auf der anderen Seite fordern Sie die Nullneuerschuldung, und zwar schon jetzt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht! Sie haben mir gar nicht zugehört!)

Wie das zusammengehen soll, haben Sie uns noch nicht gezeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir stehen dazu, dass wir konsolidieren, dass wir investieren und dass wir sanieren. Das habe ich jetzt an einigen Beispielen deutlich gemacht. Sie haben vorhin erzählt – was ja auch richtig ist –, dass die ehemalige Landesregierung 2008 und 2009 keine neuen Schulden aufgenommen hat.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: In 58 Jahren!)

Das waren aber in 58 Jahren die beiden einzigen Jahre ohne Nettokreditaufnahme durch die CDU-geführten Landesregierungen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ganz große Leistung!)

(Edith Sitzmann)

Wir werden innerhalb von fünf Jahren dreimal keine neuen Schulden aufnehmen,

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch gar nicht!)

meine Damen und Herren: 2011, 2012 und 2016.

(Abg. Winfried Mack CDU: Darüber streiten wir doch gar nicht!)

Die Zahlen sprechen doch eindeutig für uns.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also!)

Es ist eine gute Erfolgsbilanz, die wir auch bei der Haushaltskonsolidierung haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben gesagt, damals, als Sie keine neuen Schulden gemacht hätten – wie gesagt, in zwei von 58 Jahren –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben auch das Land aufgebaut!)

hätten Sie einen Pensionsfonds gegründet und 500 Millionen € eingezahlt. Das ist ehrenwert. Ich kann nur sagen: Wir werden allein 2015 und 2016 1,2 Milliarden € in den dringend notwendigen Pensionsfonds einzahlen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind jährlich 600 Millionen!)

Insgesamt kommen wir dann von 2011 bis 2016 auf 2,7 Milliarden € mehr für den Pensionsfonds, meine Damen und Herren. Auch diese Zahl kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Mit unseren Konsolidierungsmaßnahmen sorgen wir dafür, dass die strukturelle Deckungslücke von 2,3 Milliarden €, die wir vorgefunden haben, deutlich verkleinert wird. Mit den bisher beschlossenen Maßnahmen werden es im Zieljahr 2020 1,6 Milliarden € weniger sein. Sie sehen: Wir bauen den CDU-Schuldenberg, den CDU-Sanierungsstau und die CDU-Deckungslücke Schritt für Schritt ab. Das tun wir im Interesse des Landes Baden-Württemberg und der zukünftigen Generationen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Berg, den Sie kräftig um 2 Milliarden € erhöht haben!)

Wir sind froh, dass wir viele motivierte Beamte haben, die mit Engagement unsere Verwaltungen organisieren, unsere Politik umsetzen. Wir stärken z. B. die Straßenbauverwaltung. Bereits 2013 und 2014 haben wir Stellen geschaffen. 2015 und 2016 wird es einen weiteren Stellenaufwuchs geben. Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Personal. Das hilft zum einen, um die erhöhten Mittel für die Sanierung, den Erhalt und den Neubau von Straßen und Radwegen umzusetzen. Mehr Personal verbessert auch die Arbeitsqualität für die Beschäftigten in den Verwaltungen, die zu Recht immer wieder geklagt haben, dass sie massiv unter den Stellenkürzungen der ehemaligen Landesregierung gelitten haben, Herr Kollege Hauk.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Durch die Arbeitsverdichtung können sie ihren Aufgaben nicht mehr mit der Sorgfalt nachkommen, die ihnen wichtig ist. Deshalb werden wir Stellen aufbauen.

Weiter stärken wir auch die Steuerverwaltung. Das ist der Schlüssel für Steuergerechtigkeit. Zudem werden wir Beförderungsmöglichkeiten in der Finanzverwaltung und bei der Polizei schaffen. Denn jahrelange Warterei auf verdiente Beförderungen wollen wir nicht länger hinnehmen, meine Damen und Herren.

Wir sorgen zusätzlich sowohl bei der Polizei als auch bei der Finanzverwaltung für eine gute Ausstattung. Bei der Polizei sorgen wir z. B. für neue Fahrzeuge, bei der Finanzverwaltung für eine bessere IT-Ausstattung. Das sind wichtige Investitionen, und diese werden wir fortsetzen.

Baden-Württemberg gehört zu den Ländern mit den besten Erfolgsaussichten auf Einhaltung der Schuldenbremse; das beweisen Studien. Das AAA-Rating Baden-Württembergs wurde kürzlich wieder bestätigt. Daran sehen Sie: Wir bekommen Konsolidierung, Abbau der Sanierungsstaus und Investitionen zusammen. Unsere Politik tut Baden-Württemberg gut. Das sehen auch die Menschen so, und deshalb werden wir weiter engagiert und mit Leidenschaft, Kollege Hauk, unsere Politik für Baden-Württemberg fortsetzen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war ein über-schaubarer Inhalt!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, inzwischen hat eine Delegation mit Parlamentariern aus der Region Kanagawa in Japan unter der Leitung des Präsidenten des Parlaments der Präfektur Kanagawa, Herrn Shigeyuki Mukasa, im Zuhörerbereich Platz genommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sehr geehrter Herr Präsident Mukasa, verehrte Mitglieder der Delegation, ich darf Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich begrüßen.

Herr Präsident Mukasa und die Mitglieder des Parlaments besuchen unser Land anlässlich der seit 25 Jahren bestehenden Partnerschaft zwischen Kanagawa und Baden-Württemberg. Die Gäste haben in den letzten beiden Tagen bereits ein umfangreiches Informationsprogramm bei herausragenden Einrichtungen unseres Landes absolviert. Heute sind sie zu Gesprächen mit dem Landtag und der Landesregierung nach Stuttgart gekommen und besuchen am Nachmittag die Mercedes-Benz-Werke in Sindelfingen.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Gäste aus Kanagawa, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen weiterhin einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in Baden-Württemberg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Claus Schmiedel.

(Zuruf von der SPD: Claus, jetzt zeig es ihnen mal!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man in Baden-Württemberg die Menschen fragt, ob sich das Land in die richtige oder in die falsche Richtung entwickelt, dann antworten drei von vier Befragten: in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nur bei SPD-Ortsvereinen!)

Das ist das Ergebnis einer kürzlich erfolgten Umfrage von Infratest. Deshalb ist es auch verständlich, dass es für eine Opposition äußerst schwer ist, bei Attacken wirkliche Treffer zu landen, Herr Kollege Hauk.

(Staatssekretär Ingo Rust: Fast schon unmöglich!)

Da muss man dann schon skurrile Szenen wie die Szene mit der Hirschkuh im Unterholz im Nationalpark beschreiben

(Zuruf von der SPD: Katze!)

oder sich unwissend stellen, indem man globale Mehrausgaben in den Bereich von „Viehhandel in Schwäbisch Hall“ rückt. Globale Mehrausgaben – die Sie als etwas ganz Dubioses bezeichnen und verwenden wollen, um irgendwelche Anträge gegenzufinanzieren – sind schlicht eine Rücklage für Tarifierhöhungen im Bereich der Beamtenschaft. Hey, wollen Sie da ran?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Man muss natürlich, wenn man vermeintliche Treffer landen will, hart an der Wahrheit vorbei argumentieren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben die gern gehört!)

Beispielsweise wird behauptet, dass es immer weniger Kleinklassen an Berufsschulen gäbe. Tatsache ist jedoch, dass es noch nie so viele Kleinklassen gegeben hat wie derzeit, nämlich 1 300,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wo sind denn die?)

und dass wir das Unterrichtsdefizit an den Berufsschulen halbiert haben, das Sie uns hinterlassen haben. Das ist auch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schlicht absurd ist es, gestiegene Einbruchszahlen, die der Bundesinnenminister in der letzten Ausgabe des „Focus“ beklagt – ein Phänomen, das bundesweit auftritt –, unserem Innenminister anzurechnen. Das ist doch Käse.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Das ist doch lächerlich! – Abg. Thomas Blenke CDU: Aber die Aufklärungsquote, Herr Kollege! Neun von zehn Einbrüchen werden nicht aufgeklärt! Zweitschlechtester Wert ist in Baden-Württemberg!)

Also man sieht, Sie tun sich bei Ihren Attacken mit wirklichen Trefferlandungen schwer. Deshalb muss man da einiges zurechtrücken. Vor allem muss man einmal das Schuldenthema, welches Sie in den Mittelpunkt gestellt haben, in die richtige Relation setzen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Sie haben gesagt, wenn es Steuermehreinnahmen gibt, müssten wir keine Schulden machen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Betrachten wir einmal Ihre letzten Regierungsjahre: 15 Jahre Schwarz-Gelb. In diesen 15 Jahren sind die Nettosteuerentnahmen – brutto lasse ich einmal weg; wir kennen schon den Unterschied zwischen brutto und netto –

(Zurufe von den Grünen: Da bin ich mir nicht sicher! – Sie schon!)

um 40 % gestiegen. Jetzt frage ich Sie: Weshalb haben Sie uns eigentlich 43 Milliarden € Schulden hinterlassen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie viele Schulden haben Sie draufgesetzt?)

Weshalb, wenn es so einfach ist? Wenn man einmal schauen will, wo der Schuldenberg herkommt, dann gibt diese amtliche Kurve Aufschluss. Das war alles in Ihrer Regierungszeit.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist der Schuldenberg der CDU.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt schauen wir einmal, welcher Regierung man das zuordnen muss. Fangen wir bei Lothar Späth an, der immer angekündigt hat, der nächste Haushalt werde aber ein ausgeglichener Haushalt. Unter dem Strich hat er 12,2 Milliarden € Schulden aufgehäuft. Erwin Teufel hat 18,6 Milliarden € Schulden, Günther Oettinger 4,2 Milliarden € Schulden, und selbst Stefan Mappus hat in seiner kurzen Regierungszeit 1,6 Milliarden € Schulden aufgehäuft. Sie sind die Schuldentreiber von Baden-Württemberg und niemand sonst.

(Beifall von der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir nehmen in dieser Wahlperiode 3,7 Milliarden € Schulden auf; das ist richtig. Die Ursache dafür, dass wir das machen müssen, liegt jedoch in dem, was Sie uns hinterlassen haben:

(Zurufe von der CDU)

ein jährliches strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € – jedes Jahr, Geld, das nicht da ist – sowie Dinge, die Sie in Gang gesetzt, jedoch nicht finanziert haben, wie beispielsweise die Bildungsoffensive. Sie haben sie nicht finanziert, und das kostet 4 000 Lehrerstellen, die wir jetzt bezahlen müssen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

(Claus Schmiedel)

Sie haben in vielen Bereichen auf Kosten der Zukunft gelebt. Das letzte Beispiel ist das BAföG, das jetzt der Bund übernimmt. Er schickt 110 Millionen € nach Baden-Württemberg, von denen beim Finanzminister aber nur 75 Millionen € ankommen, weil Sie den Rest für die Zeit bis 2020 ververspert haben.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Auch das ist ein Beispiel dafür, dass auf Kosten der Zukunft gelebt wurde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Diesen 3,7 Milliarden € zusätzlichen Schulden stehen 2,7 Milliarden € Rücklagen für die Sicherung der Pensionen der Beamten von Baden-Württemberg gegenüber. Dem steht auch der Abbau des Sanierungsstaus im Volumen von 1 Milliarde € gegenüber. Allein in diesem Doppelhaushalt geben wir 500 Millionen € für den Abbau des Sanierungsstaus aus, den Sie uns hinterlassen haben und den wir beim Kassensturz aufgedeckt haben. Wenn Sie das gegenrechnen – 3,7 Milliarden € Schuldenaufnahme auf der einen Seite, 2,7 Milliarden € Rücklage für die Pensionen und 1 Milliarde € für den Abbau des Sanierungsstaus auf der anderen Seite –, sehen Sie, dass unter dem Strich sogar eine Null herauskommt. Da ist nicht irgendetwas dazugekommen, sondern die Altlasten sind abgebaut worden, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ihre Vorgehensweise war folgende: Sie haben gesagt, Sie hätten bei Ihren Haushalten natürlich immer schauen müssen, dass das irgendwie über die Runden geht. So haben Sie gewirtschaftet. Wir hingegen haben eine langfristig orientierte Haushaltsplanung, weil wir nur langfristig in Ordnung bringen können,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So lange regieren Sie doch gar nicht!)

was sich langfristig bei der Finanzierung des Haushalts als Problemlage aufgebaut hat.

Deshalb haben wir das Instrument der Orientierungspläne. Mit diesen Orientierungsplänen bringen wir allein in diesem Doppelhaushalt Einsparungen in Höhe von 900 Millionen € auf den Weg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Durch Steuermehreinnahmen!)

Wenn man das, was wir bereits an Einsparungen beschlossen haben, auf das Jahr 2020 hochrechnet – das Jahr, in dem die Schuldenbremse in Kraft tritt –, dann werden wir von den derzeit 2,5 Milliarden € strukturellem Defizit voraussichtlich den Betrag von 1,6 Milliarden € eingespart haben. Damit wird die Chance gegeben sein, ohne Aufgaben vernachlässigen zu müssen, die Schuldenbremse tatsächlich einhalten zu können und sogar Schulden abzubauen.

Das ist eine sehr seriöse, langfristig orientierte Haushaltspolitik, die sich auszahlt. Sie erlaubt es einerseits, den Sanierungsstau abzubauen und den Haushalt zu konsolidieren, und andererseits, gleichzeitig neue Schwerpunkte zu setzen, um

die Zukunft für Baden-Württemberg durch gezielte, gute Investitionen zu sichern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben von der dualen Ausbildung gesprochen. In Ihrer Regierungszeit waren Jahr für Jahr 60 000 junge Menschen im Übergangssystem zwischen Schule und Berufsausbildung – Jahr für Jahr! Ein Großteil dieser jungen Menschen im Übergangssystem haben das Ziel nicht erreicht, in eine berufliche Ausbildung zu gelangen. In Baden-Württemberg ist der Anteil an- und ungelerner Arbeitskräfte im bundesweiten Vergleich am höchsten. Was das für diese jungen Menschen angesichts der gestiegenen Anforderungen im Arbeitsleben bedeutet, ist doch völlig klar, gerade angesichts der Konkurrenz im Sektor der An- und Ungelernten: geringe Einkommen, wenig Zukunftsperspektiven, Arbeitslosigkeit und dann wieder Maßnahmen. In jedem Fall ist damit ein ganz prekäres Arbeitsleben vorgezeichnet.

Deshalb setzen wir alles daran, durch bessere Vorbereitung auf die Schule,

(Abg. Konrad Eppler CDU: Sitzenbleiben!)

durch Unterstützung in der Schule, durch individuelle Förderung, durch Ganztagschulen –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

damit die Förderung nicht vom Elternhaus abhängt –, durch die Neuordnung des Übergangssystems in Partnerschaft mit den Schulträgern,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb gibt es in der Gemeinschaftsschule keine Noten mehr!)

mit der Handwerkskammer, mit der Industrie- und Handelskammer dafür zu sorgen, dass der Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung für alle jungen Menschen gesichert ist, die dies anstreben. Das ist unser Ziel, und das werden wir erreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tun Sie etwas für die jungen Menschen in den Realschulen!)

Wir unternehmen jetzt in vier Modellregionen in Baden-Württemberg den Versuch, das Übergangssystem umzustellen und davon wegzukommen, dass Schülerinnen und Schüler nach neun oder zehn Schuljahren weitere ein, zwei oder drei Jahre in der schulischen Warteschleife verbringen. Wir wollen sie in die Betriebe bringen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: In Ordnung!)

damit sie in Ausbildung kommen. Wir setzen alles daran, dass diese Modellprojekte gelingen. Wir sind froh, dass dies ein gemeinsames Projekt mit den regionalen Arbeitsagenturen, mit der IHK, mit der Handwerkskammer und den Schulträgern ist, damit wir endlich mit dem Missstand aufräumen, dass ein Großteil der jungen Menschen in Baden-Württemberg ohne Ausbildung bleibt. Wir wollen eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Claus Schmiedel)

Gute Ausbildung ist Voraussetzung für gute Arbeit. Eine ebenso wichtige Voraussetzung für gute Arbeit ist eine anständige und gerechte Entlohnung. Ich hoffe, Sie haben Ihre Aversion gegen Tariftreue und Mindestlöhne abgelegt – spätestens, seitdem Sie diese Änderungen mit uns gemeinsam auf Bundesebene verabschiedet haben. Damals, als wir dies auf Landesebene in Baden-Württemberg vorgenommen haben und damit Vorreiter dabei waren, gute Arbeit voranzubringen, haben Sie noch lamentiert, dies sei wirtschaftsfeindlich und koste Arbeitsplätze und, und, und. Jetzt haben Sie dies mit uns auf Bundesebene gemacht. Das ist ein großer Fortschritt. Deshalb sollten Sie jetzt inhaltlich ebenfalls in diese Richtung umschwenken und sollten mit uns gemeinsam alles dafür unternehmen, dass gute Arbeit in Baden-Württemberg der Maßstab wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dazu gehört auch, dass das Land als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann fangt doch mal an! – Lachen bei der SPD – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Unglaublich! – Zuruf von der SPD: Oh, Rülke!)

Das betrifft jetzt nicht in erster Linie die Löhne – das Land zahlt Tariflöhne –, es betrifft jedoch die Frage der Verlässlichkeit von Arbeitsverhältnissen. Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern ist; das muss ich zugeben. Aber das, was wir an sachgrundloser Befristung in allen Feldern der Landespolitik vorgefunden haben, das geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja! – Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Denkmalschutz: reihenweise Befristungen; Schlösser und Gärten: reihenweise Befristungen – von den Hochschulen einmal ganz zu schweigen. Aber im Hochschulbereich zeigt es sich ebenfalls: Von den Stellen, die im Stellenplan regulär verankert sind, sind 60 % befristet.

Wir werden mit diesem Haushalt einen wesentlichen Schritt machen – natürlich auch begünstigt durch den Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“;

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sieht man an den Schulen, wie es geht! Das zeigt sich in jedem Jahr im Juli!)

Erhöhung der Grundfinanzierung –, sodass wir bei den Stellen, die im Stellenplan verankert sind, keine sachgrundlosen Befristungen mehr zulassen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist mit dem Verfassungsschutz? Da sollen gleich 50 % freigesetzt werden!)

– Am KIT in Karlsruhe gibt es – aus der Not geboren, die durch Ihre Politik hervorgerufen wurde – eine stillschweigende Verabredung zwischen dem Personalrat und der Geschäftsführung. Sie lautet: „Wenn jemand zehn Jahre lang immer wieder befristet beschäftigt wurde und über 40 ist, dann schauen wir, dass er eine entfristete Stelle bekommt.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich!)

Was ist denn das für eine Perspektive für junge Menschen und deren Familien? Das ist doch kein gutes Leben. Wir wollen

ein gutes Leben für alle Menschen in Baden-Württemberg ermöglichen. Da, wo wir als Arbeitgeber Verantwortung tragen, nehmen wir diese Verantwortung wahr und setzen die Maßnahmen auch um.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen kürzen Sie bei den jungen Leuten die Eingangsgehälter! Über ein Monatsgehalt pro Jahr nehmen Sie ihnen weg! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Schmiedel hört es, reagiert aber nicht!)

Sie haben – zu Recht – darauf hingewiesen, dass einerseits die Infrastruktur – auf dieses Thema komme ich noch – und andererseits die Bildung neben der Unterstützung des Mittelstands ganz wesentliche Elemente einer Landeswirtschaftspolitik sind. Wenn man dies im Kontext des Landeshaushalts betrachtet, ist ein Maßstab natürlich die Frage, wie hoch die Ausgaben für die Bildung sind. Ich beziehe mich einmal auf einen unparteiischen Zeugen, nämlich den Bildungsfinanzbericht 2013 des Statistischen Bundesamts von Februar 2014. Danach sind die öffentlichen Bildungsausgaben des Landes mit Regierungsantritt von Grün-Rot massiv gestiegen. Allein 2012 wurde bei einer Gesamtsumme von 11,41 Milliarden € ein Anstieg von rund 800 Millionen €, verglichen mit dem Jahr 2011, verzeichnet. Das ist doch ein Wort! Da sieht man doch, dass diese Regierung einen ganz großen Schwerpunkt –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei gleichzeitigem Sparkurs? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geld ausgeben können Sie! Das haben wir nie bestritten!)

neben der Unterstützung im vorschulischen Bereich, damit endlich der Ausbau von Betreuungspätzen kommt, neben der Unterstützung in der Sprachförderung – im schulischen Bereich setzt. Da zeigt sich, welchen Wert man diesem Thema beimisst, ob man da nur Reden hält oder ob man tatsächlich das notwendige Geld zur Verfügung stellt, damit dieser wichtige Bereich für die Menschen, aber auch für die Wirtschaft gezielt unterstützt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Wenn man neben diesen Finanzdaten auch die Statistik heranzieht, zeigt sich, dass beim Krippenausbau, bei Ganztagschulen, bei Krankheitsvertretungen Baden-Württemberg im Bundesvergleich einen Abstiegsplatz einnahm; es lag ganz hinten. Wir waren damals Schlusslicht – obwohl Sie in dieser Zeit massiv Schulden aufgebaut haben. Wir waren Schlusslicht bei diesen wichtigen Infrastrukturthemen. Wenn man dann noch hinzunimmt, dass Sie überhaupt keine regionale Schulentwicklung vorgenommen haben – die letzte Schulentwicklung lag 40 Jahre zurück; das war die Einführung der Realschulen; danach kam nichts mehr –, dann muss man sagen: Sie haben in diesen wichtigen Bereichen nichts getan. Im Gesundheitsjargon würde man von unterlassener Hilfeleistung sprechen. Sie haben zugeschaut, wie sich die Dinge falsch entwickelt haben. Wir korrigieren dies – im Interesse der Menschen, aber auch im Interesse der Wirtschaft sowie im Interesse der Kommunen.

Wir haben jetzt den Ganztagschulen endlich – nach 40 Jahren – eine gesetzliche Grundlage gegeben. Der Städtetag so-

(Claus Schmiedel)

wie alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister atmen auf; auch Schulleiter atmen auf: Endlich hat man ein verlässliches Gerüst für die Grundschulen, die Ganztagschule werden wollen. Man weiß, was man zu erwarten hat, und kann die Entwicklung dann darauf aufbauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Zusammen mit den Mitteln für Inklusion stellen wir in diesem Doppelhaushalt 185 Millionen € dafür bereit. Wenn Ihnen der Haushalt zu stark wächst, wenn Ihnen das alles zu viel ist, dann – da kann ich die Kollegin Edith Sitzmann nur unterstützen – stellen Sie doch Anträge zu diesen Themen und bringen damit zum Ausdruck, dass Sie all dies nicht wollen, dass Ihnen das alles zu viel ist. Dann müssen Sie aber auch ehrlich sein und sagen, wo Sie reduzieren wollen. Wenn Sie immer sagen: „Der Haushalt wächst zu schnell, er wächst uns über den Kopf, das muss gedämpft werden“, dann sage ich: Raus damit! Karten auf den Tisch! Dann kann man inhaltlich diskutieren. Aber das allgemeine Lamento ist billig.

(Beifall bei der SPD)

Ein ganz besonderes Thema ist die Frage: Wie viele Lehrer brauchen wir? Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Bildungsinitiative nicht durchfinanziert war.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat denn mit 11 600 angefangen?)

– Sie wurde auch von Ihnen nicht durchfinanziert.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dann hatten Sie in Ihrer Finanzplanung die Streichung von 8 055 Stellen bis 2018 vorgesehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr habt noch einmal 3 000 draufgepackt!)

8 055 Stellen! Man muss sich einmal vorstellen, was da passiert wäre. Wenn ich die 4 500 Stellen der Bildungsoffensive zu den 8 055 Stellen, die Sie streichen wollten, hinzuzähle, komme ich auf über 12 000 Stellen. Wenn ich dagegensetze, was wir angesichts der Notwendigkeiten im pädagogischen Bereich – Ganztagschule, Inklusion –, aber auch angesichts der Schülerentwicklung umgesetzt haben, dann stelle ich fest: Durch unsere Politik sind 10 000 Lehrer mehr in den Schulen, als in Ihren Planungen vorgesehen waren. Das ist schlicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Neben der originären Bildung ist die Weiterbildung ein zentrales Thema. Dafür haben wir die Volkshochschulen. Hierfür wurde in Ihrer Regierungszeit nichts unternommen. Wir stellen im Doppelhaushalt zusätzlich 8,6 Millionen € für die Volkshochschulen zur Verfügung. Damit haben wir den Haushaltsansatz für die Volkshochschulen in dieser Wahlperiode verdoppelt. Wir machen dies nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil sie ganz wesentliche, wichtige Dienste für die Weiterbildung der berufstätigen Bevölkerung leisten. Wen haben wir denn sonst? Wenn Ihnen auch das zu viel ist, dann stellen Sie einen Streichungsantrag, aber lamentieren Sie nicht herum. Oder Sie stimmen zu; aber dann hören Sie mit dem Lamentieren auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann kommen wir zur Verkehrsinfrastruktur als eine ganz wichtige Einrichtung für die Bevölkerung, aber natürlich auch für die Wirtschaft. Sie haben in der Zeit von 1997 bis 2010 für die Erhaltung der Landesstraßen, für die eine Landesregierung originär verantwortlich ist, im Schnitt 40,7 Millionen € pro Jahr investiert. Herr Kollege Hauk, wenn man statistische Vergleiche zieht, dann kann man natürlich tricksen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat das gemerkt!)

indem man ein gutes Bezugsjahr herausgreift. Aber wenn man einmal den langfristigen Durchschnitt heranzieht, dann kommt man auf jährliche Investitionen von 40,7 Millionen € in dem genannten Zeitraum. Der Rechnungshof hat ermittelt, dass für den dauerhaften Erhalt der Straßen 80 Millionen € pro Jahr notwendig sind. Das heißt, Sie haben über all diese Jahre jedes Jahr 40 Millionen €

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zu wenig!)

zu wenig in den Erhalt der Landesstraßen investiert. Wir haben dann die Aktion „Holterdiepolter“ gemacht – Hans-Martin Haller hat sich da große Verdienste erworben –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! Hans-Martin!)

in der noch einmal sehr deutlich wurde, wie schlecht es um die Landesstraßen bestellt ist. Das haben wir geerbt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben schon damals in der Opposition festgestellt, dass – nach einer Klassifizierung, die durch Sie vorgenommen wurde – mehr als die Hälfte aller Landesstraßen in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand waren. Anstatt zu reparieren, haben Sie Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht Straßenschäden“ aufgestellt,

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

damit Sie der Haftung entgehen. Aber das ist doch keine Antwort auf den Verfall der Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Wir haben die Konsequenzen gezogen und die Erhaltungsmittel massiv erhöht. Wir mussten aber natürlich – darauf wurde durch eine Zwischenfrage des Kollegen Schwarz schon hingewiesen – die Konjunkturmaßnahmen, die Sie mit unserer Zustimmung beschlossen und durchgeführt haben, zurückzahlen. Wir haben jetzt im Haushalt einen Mittelansatz von 80 Millionen € pro Jahr für diesen Bereich. Das entspricht der notwendigen Höhe, die der Rechnungshof für den langfristigen Erhalt festgestellt hat.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir in den Haushaltsberatungen beantragen werden, diesen Ansatz um 20 Millionen € auf 100 Millionen € zu erhöhen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gut!)

(Claus Schmiedel)

Dann sind wir bei einer Größenordnung, bei der wir nach Aussage des Rechnungshofs den Sanierungsstau abbauen, wenn wir diesen Ansatz langfristig beibehalten. Wir laden Sie ein, dem einfach zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Staatssekretär Ingo Rust: Richtig! – Abg. Wolfgang
Drexler SPD: Ohne zu meckern!)

Darüber hinaus werden wir, weil die Brückensanierung nicht nur für Bundesautobahnen und Bundesstraßen, sondern auch für Landesstraßen ein Thema ist, im Doppelhaushalt jeweils 20 Millionen € pro Jahr für die Brückensanierung bereitstellen. Das muss dann aber in der nächsten Wahlperiode weitergehen. Auch da sind Sie herzlich eingeladen, zuzustimmen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Zudem machen wir ein Lückenschlussprogramm für Straßen und Radwege, weil Sie dazu geneigt haben, auch kleinste Neu- baumaßnahmen in Lose zu zerlegen, um dann immer sozusagen abschnittsweise wieder einmal ein Band anzuschneiden. Da gibt es Straßen, die seit zehn Jahren unfertig sind. Sie reichen von hier nach dort, und an der vorgesehenen Abbiege- spur, an der einmal eine Ampel entstehen soll, ist bisher lei- der nur Acker, und erst in Sichtweite kommt die Fortsetzung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr.
Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da kommt jetzt ein
Fahrradweg!)

Diese Lücken haben Sie zehn Jahre lang nicht geschlossen. Wir wollen jetzt 35 Millionen € bereitstellen, um diese Lücken zu schließen, damit der Ausbau überhaupt einen Sinn macht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auch dem können Sie zustimmen.

Neben diesen Straßen sind auch Radwege wichtig. Aber auch der Schienenpersonennahverkehr ist sehr wichtig.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Auch mit Losen!)

Deswegen kommt es darauf an, dass man die Zeit bis 2019 nutzt und den Gemeinden dort, wo sie selbst Träger der Ver- kehre sind, entsprechende Möglichkeiten gibt, indem man ih- nen zusagt – das haben wir gemacht –, dass sie in die Planung gehen können, dass sie in die Antragstellung gehen können, um Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel des Bundes zu be- antragen. Wir stehen mit einer 20-prozentigen Kofinanzierung gerade.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das macht immerhin eine Summe von 400 Millionen € aus. Sind Sie da dafür? Sind Sie für die zweite Baustufe der S-Bahn RheinNeckar, für die Breisgau-S-Bahn, für die Stadtbahn Heilbronn, die Stadtbahn Mannheim-Nord, die Stadtbahn U 12 Stuttgart-Hauptbahnhof–Remseck, in Freiburg für die Stadtbahn Messe, die Stadtbahn Rotteckring und die Stadt- bahn Waldkircher Straße, für die Straßenbahn Ulm, für die Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahn U 6, Verlängerung der S-Bahn Bernhausen–Neuhausen?

(Abg. Winfried Mack CDU: Den Zettel können wir
selbst lesen!)

Weitere Projekte haben wir aufgenommen mit der Straßen- bahn Straßburg–Kehl, dem Mobilitätsnetz Heidelberg, der Re- gionalstadtbahn Rhein-Neckar. Mir wird richtig schwindlig ob all der Maßnahmen. Aber sie sind wichtig. Dafür muss man das nötige Geld bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Da darf man nicht einfach jammern und sagen, der Haushalt ginge hoch. Die Menschen warten darauf, und wir liefern.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben uns Vorwürfe in Sachen Flüchtlingspolitik gemacht.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Zu Recht! – Gegen- ruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein! Das ist
das Letzte, was man uns vorwerfen kann!)

Okay, Sie können sagen: „Wir waren klüger als alle anderen.“ Wir haben uns an den Prognosen orientiert, die das zuständi- ge Amt in Berlin zu der zu erwartenden Flüchtlingszahl lie- fert. Darauf hatten wir uns eingestellt. Das war vielleicht ein Fehler, muss man konstatieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das hat der Petiti- onsausschuss jahrelang gesagt! – Gegenruf des Abg.
Wolfgang Drexler SPD)

– Sie haben immer nur gesagt, die Kommunen sollen mehr bekommen. Aber Sie haben nicht gesagt, dass man irgendwo etwas machen solle. Dann haben Sie gesagt: „Jetzt machen wir es sofort.“ Wir haben nicht gesagt, wir machen sofort neue Landeserstaufnahmestellen auf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des
Abg. Thomas Blenke CDU)

Denn wir müssen das – das wollen wir alle – in einem Rah- men machen, bei dem die Bevölkerung mitgeht und nicht ir- gendetwas vor den Latz geknallt bekommt. Deshalb herzli- chen Dank an die Integrationsministerin. Herzlichen Dank üb- rigens auch an die Kommunalpolitiker aus Ihren Reihen, die vor Ort sagen: „Wir brauchen solche Einrichtungen. Auch wenn sie in unserer Stadt errichtet werden, stehen wir hin.“ Wenn man das den Leuten nicht vor den Latz knallen will, dauert das halt ein paar Monate. Aber wir haben jetzt über 5 000 Plätze und brauchen aktuell 2 700 Plätze. Das heißt, wir haben jetzt eine Reserve, dass es nicht mehr passiert – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben sie in Planung,
nicht realisiert!)

– Herr Hauk, ich weiß auch nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben
wir gemerkt!)

Wir haben – für Sie zum Mithören – 1 164 Plätze in der Lan- deserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe,

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

2 007 Plätze in den Außenstellen Mannheim und Karlsruhe, 1 000 Plätze in der neu eröffneten Landeserstaufnahmeein- richtung in Meßstetten und weitere 1 822 Plätze in Notunter-

(Claus Schmiedel)

künften. Das ergibt einen Stand von 2 777 belegten Plätzen und 3 216 Plätzen an weiterer Kapazität. Die wollen wir aber auch vorhalten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn das eigentliche Dilemma war, dass in anderen Ländern – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Er rechnet doch nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat seinen Rechner vergessen!)

– Herr Hauk, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Ich gebe Ihnen nachher meinen Zettel. Da können Sie alles noch einmal in Ruhe nachlesen und rechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jedenfalls haben wir in der Größenordnung von über 3 000 Plätzen Reserven. Das ist wichtig, weil es immer wieder sein kann, dass in anderen Ländern aufgrund besonderer Entwicklungen ein Aufnahmestopp erfolgt. Man weiß auch nicht, wie der Winter wird. Man muss mit Besorgnis nach Syrien schauen

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und in die Unterkünfte, die dort notdürftig hergerichtet sind. Wir wissen es nicht; wir stellen uns darauf ein. Ich finde, das ist ein Thema, an dem sich der parteipolitische Zank nicht lohnt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir wollen natürlich alles tun, damit die Menschen, die zu uns kommen und voraussichtlich bei uns bleiben, so schnell wie möglich auch in den Arbeitsmarkt integriert werden. Wir freuen uns, dass die Arbeitsagentur neben dem Modellversuch in Freiburg, der sehr erfolgreich läuft, mit der Erfassung aller Flüchtlinge beginnt – was sie schulisch mitbringen, was für berufliche Voraussetzungen sie haben –, um ganz gezielt nachsteuern zu können: entweder Berufsausbildung oder Arbeitsmarkt.

Wir erwarten von den Landkreisen – ich bin froh, dass es bisher sehr positive Signale gibt –, dass sie die Sprachförderung übernehmen. Die drei Punkte – berufliche Vorbereitung durch die Agentur, Sprachförderung von den Landratsämtern und von uns eine Unterstützung für das Ehrenamt, die soziale Betreuung – müssen zusammenkommen. Wenn wir das als Gemeinschaftsaufgabe packen, bekommen wir es – da bin ich mir sicher – hin, dass die Menschen so gut wie möglich in unser alltägliches Leben, aber vor allem auch in die Arbeitswelt integriert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Was machen Sie mit den Abgelehnten?)

Wir kommen zu den Abgelehnten. Herr Hauk hat gesagt, alle zusammenführen und abschieben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den Teil der Vereinbarung umsetzen! – Zurufe von den Grünen – Unruhe bei der SPD)

Jetzt reden wir einmal zur Sache:

Erstens: Der Prozentsatz derjenigen, die abgeschoben werden, weil sie kein dauerhaftes Bleiberecht haben, ist während Ihrer Regierungszeit nicht höher gewesen als jetzt.

Zweitens: Aktuell ist der Prozentsatz derer, die abgeschoben werden, weil sie kein dauerhaftes Bleiberecht haben, in Baden-Württemberg nicht niedriger als in CDU-regierten Ländern. Bei einem bestimmten rot-grün regierten Land ist dies der Fall, aber das ist auf besondere Umstände zurückzuführen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn der falsch parkt, will ich auch falsch parken!)

Der parteipolitische Zank lohnt sich also nicht, sondern zwischen Abschiebung und dauerhaftem Bleiberecht gibt es noch ein paar Themen. Dazu gehört z. B. das Thema Krankheit. Dazu gehört auch: Die Kinder sind auf der Schule und entwickeln sich dort gut.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Interessant!)

Deswegen muss man all das zusammen tun und darf nicht immer gleich „Abschiebung!“ schreien. Mit der CDU haben wir im Bund im Koalitionsvertrag die Vereinbarung getroffen, endlich für eine Regelung zu sorgen, nach der diejenigen, die schon lange hier sind, die gut integriert sind und sich gut entwickelt haben – die Kinder in der Schule, die Eltern im Beruf –, ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen sollen. Das gilt es genau so umzusetzen.

Die zweite Seite der Medaille sind die sicheren Herkunftsländer. Da muss man reagieren und das umsetzen. Aber im Einzelfall muss immer geprüft werden: Ist eine Abschiebung gerechtfertigt oder nicht? Gibt es persönliche Abschiebungshindernisse?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha!)

Die gab es zu Ihrer Regierungszeit, und die gibt es zu unserer. Aber es ist doch Unsinn hoch drei, Leuten, die aus dem Kosovo kommen und kein dauerhaftes Bleiberecht haben, aber in der Landschaftsgärtnerei gute Mitarbeiter sind, und deren Kinder sich in der Schule gut entwickeln, zu sagen: Jetzt kommt Herr Hauk, und wir schieben ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht der Herr Hauk!)

Andererseits rennen wir in der Welt herum und suchen Arbeitskräfte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Das passt nicht zusammen; da können Sie sich drehen und wenden, wie Sie wollen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke der Präsidentin)

– Herr Zimmermann – –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage, aber nicht des Abg. Zimmermann, sondern des Abg. Mack?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich muss zuerst dem Kollegen Zimmermann antworten. – Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Zum nächsten Parlamentarischen Abend der Landschaftsgärtner gehen wir zusammen. Dann stelle ich Ihnen einen Landschaftsgärtner vor, der sich bei jedem Parlamentarischen Abend bei mir bedankt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei mir auch! –
Abg. Karl Zimmermann CDU: Überall!)

weil ich damals Berichterstatter im Petitionsausschuss war.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Überall!)

– Moment! – Kollege Kiel holte mich nach Fellbach mit den Worten: „Ich kriege mein Innenministerium nicht dazu, dass dieser Kosovo-Albaner mit seiner Familie hierbleiben darf.“ Da hat er gesagt: „Kümmere dich doch mit einer Petition darum.“

Das habe ich dann gemacht. Wir haben dort einen Vor-Ort-Termin durchgeführt, der mir ewig in Erinnerung bleibt. Der Gärtner hat geschildert, wie wichtig dieser Mitarbeiter für seinen Betrieb ist. Dann kamen die Kinder und haben aus der „Glocke“ von Schiller rezitiert. Da kriegt man eine Gänsehaut.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Zimmermann kennt „Die Glocke“ überhaupt nicht!)

Wir haben im Petitionsausschuss – das war zu Ihrer Regierungszeit – mit Unterstützung der damaligen Abgeordneten der die Regierung tragenden Fraktionen beschlossen, dass er dableiben darf. Wir haben gesagt: Nicht abschieben, auch wenn er kein Bleiberecht hat, sondern im Betrieb schaffen lassen und die Kinder in der Schule belassen. Heute ist der Gärtner dankbar, und die Familie ist dankbar. Wer hat eigentlich dabei verloren? Niemand.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Also: Maß und Mitte.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was ist die Mitte?
Fellbach! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie die Zwischenfrage des Abg. Mack?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Solche Fälle haben wir nicht einmal in drei Jahren, die haben wir jede Woche! Dann bleiben alle da! – Unruhe)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Schmiedel, beim Flüchtlingsgipfel haben der Städtetag, der Landkreistag und der Gemeindetag gefordert – übrigens genauso wie Oberbürgermeister Kuhn von Stuttgart –, dass Asylbewerber, die abgeschoben werden müssen, insbesondere Asylbewerber aus sogenannten sicheren Drittstaaten, nicht erst auf die Stadt- und Landkreise verteilt werden, sondern dass das direkt von den Landeserstaufnahmeeinrichtungen aus geschieht.

(Zurufe von den Grünen)

Jetzt hat Frau Ministerin Krebs einen Vermerk für den Herrn Ministerpräsidenten in der Zeitung veröffentlicht, in dem

steht, das würde nicht gehen. Die Grünen wollten das nicht so machen wie von den kommunalen Landesverbänden und von Herrn Kuhn gefordert. Wie steht die SPD-Fraktion zu dieser Forderung der kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Frage wird schriftlich beantwortet! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Da geht es nicht um die Stellungnahme der SPD-Fraktion. Wir haben diesem Gesetz zugestimmt – inhaltlich. Also: Wir waren nicht dabei, aber wir haben gesagt: „Es ist richtig.“ Ich danke unserer Integrationsministerin, weil sie nach Berlin geschrieben hat, damit hierfür endlich die Voraussetzung geschaffen wird. Wir brauchen mehr Entscheider. Es muss an Ort und Stelle entschieden werden, und dann kann auch vollzogen werden. Das ist doch völlig klar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen Entscheidungen gar nicht vollziehen!)

Nur, der Unterschied liegt darin: Das, was ich geschildert habe, war zu Ihrer Regierungszeit. Da gab es keine schnelle Entscheidung und dann den Vollzug. Die Kinder haben Schillers „Glocke“ auf Deutsch doch nicht mitgebracht, sondern sie haben sie in der Schule gelernt. Sie waren ein paar Jahre hier in der Schule.

Solche Menschen gibt es viele. Da jetzt zu sagen: „Da machen wir Tabula rasa“, ist schlicht Quatsch, wenn man andererseits herumrennt und sagt: „Wir brauchen Arbeitskräfte und Nachwuchs.“ Das sind gut integrierte Menschen. Die sollen abgeschoben werden? Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Mack, Sie haben Leute, die neu kommen, angesprochen. Das ist ein anderes Thema. Man muss die organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen, damit das auch geschieht. Aber da fehlt es an Entscheidern aus Berlin; das muss man ehrlich sagen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt nicht! Die haben doch erst eingestellt! 400 neu! – Unruhe)

Das ist ein Riesendilemma.

Thema war auch: Welchen Beitrag leistet der Haushalt für die Wirtschaft? Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist auf exzellente Hochschulen angewiesen. Sie haben gesagt, wir klopfen uns bei allem selbst auf die Schulter. Das haben wir nicht. Wir wissen natürlich, dass wir nicht die Regierung eines Entwicklungslands übernommen haben, sondern dass wir gerade, was die Hochschulen angeht, durch die breite Verankerung der früheren Fachhochschulen in der Fläche des Landes einen Riesenvorteil gegenüber anderen Ländern haben. Als zweiter Schritt kamen noch die Einrichtungen der Dualen Hochschule dazu. Das ist vor allem für die mittelständische Wirtschaft ein Riesenvorteil, für die der Zugang zur Univer­sität nicht so einfach wie für die großen Unternehmen ist. Die brauchen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Sie haben jedoch nicht das gemacht, was man machen kann. Sie haben nämlich zwei Hochschulpakete geschlossen, die

(Claus Schmiedel)

Sparpakete waren. Das waren jeweils Sparpakete, die das, was es dort gibt, nicht zur Entfaltung gebracht haben. Man hat eher gesagt: Man muss an der einen Stelle knapsen, damit man an der anderen Stelle etwas machen kann, oder man muss sich an der einen Stelle bescheiden, damit man an einer anderen Stelle etwas machen kann. Das war nicht auskömmlich.

Es kommt hinzu, dass die Investitionen in den Unterhalt der Gebäude regelmäßig zu gering waren. Es kann doch nicht wahr sein, dass in einem Forschungsinstitut in der Uni Tübingen ein „Haus im Haus“ gebaut wird, damit in die teuren Anlagen kein Regen hereintropft, der durch das Dach kommt. „Haus im Haus“ als Sicherung, statt das Dach zu sanieren.

Deshalb ist es doch eine richtig tolle Sache, wenn wir uns mit dem neuen Hochschulpakt verpflichten, jedes Jahr 100 Millionen € zusätzlich in die Sanierung der Gebäudeinfrastruktur der Universitäten und Hochschulen zu stecken. Im Doppelhaushalt macht das dann 320 Millionen € jährlich aus.

Das bedeutet, wir können heute versprechen: Alle Gebäudemaßnahmen, die heute baureif sind, werden innerhalb dieses Doppelhaushalts angegangen und realisiert. Das ist eine tolle Sache. Ich finde, da könnten Sie ruhig zustimmen, applaudieren und vor allem dann, wenn es um die Entscheidung geht, auch einmal die Hand dafür heben, dass die Hochschulen endlich die richtige Infrastruktur bekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben übrigens, was die anderen Hochbauten des Landes anbelangt – Polizeigebäude, Finanzamtsgebäude usw. –, in dem Sanierungspakt, den Sie auch als ominös und was weiß ich kritisiert haben – das entscheidet nicht der Finanzminister, sondern das entscheidet das Parlament in der Haushaltsberatung –, vorgesehen, dass jedes Jahr 80 Millionen € zusätzlich in die Gebäudeinfrastruktur des Landes außerhalb der Hochschulen investiert werden. Auch da können wir versprechen: Das führt dazu, dass alle Investitionen in Gebäude, die heute baureif sind, in den nächsten zwei Jahren im Landesvermögen realisiert werden. Auch das ist eine tolle Sache. Wir erreichen einen Abbau des Investitionsstaus in Baden-Württemberg um eine halbe Milliarde in diesem Doppelhaushalt. Das ist – das muss ich sagen – wirklich ein tolles Stück.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich will noch zwei Bereiche ansprechen. Neben der Wissenschaft ist die Kultur ein wichtiges Thema. Ich freue mich sowohl persönlich als auch politisch sehr, dass wir jetzt in diesem Doppelhaushalt zum ersten Mal auch der Filmakademie in Ludwigsburg eine dauerhafte Grundfinanzierung geben, die es ihr ermöglicht, den hohen Investitionsbedarf, den es gibt – die müssen ja alle zwei, drei Jahre etwas tun, um auf dem Laufenden zu bleiben, damit sie weiterhin vorndran sind –, mit ihrem Haushalt zu bewerkstelligen.

Auch die kulturelle Bildung wird stärker gefördert. Ebenso werden wir die Kulturförderung jenseits der Ballungszentren besser unterstützen. Gleiches gilt für die kulturelle Vielfalt in den soziokulturellen Zentren. Wichtige Großprojekte werden angegangen.

Zum Schluss komme ich zu einem Thema, das, glaube ich, noch nicht so richtig angesprochen wurde – deshalb will ich

es noch erwähnen –: Wir haben auch hinsichtlich der Krankenhausinvestitionstätigkeit einen Rückstand von Ihnen geerbt. Wir haben für das Jahr 2015 437 Millionen € und das Jahr 2016 455 Millionen € für die Investitionsförderung vorgesehen. Das ist gegenüber dem letzten Doppelhaushalt von Schwarz-Gelb ein Anstieg – das ist in der Bundesrepublik einmalig, weil andere Länder eher zurückgehen als nach oben – um 30 %. Ich bin einmal gespannt, ob Sie sagen: „Das ist uns zu viel; das ist eine Haushaltsaufblähung“, oder ob Sie zustimmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Dann kommt die Nagelprobe, ob Sie bereit sind, für die wichtige soziale Infrastruktur der Krankenhäuser in Baden-Württemberg einzustehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren: Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir folgende Politik fort: Aus der unseriösen Finanzplanung der Vorgängerregierung in die Seriosität,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

aus der Orientierung an der Vergangenheit hin zur Orientierung in die Zukunft, aus der mangelnden Unterstützung der Kommunen hin zu einer verlässlichen Partnerschaft, aus der unterlassenen Hilfeleistung für die Familien in Baden-Württemberg vor der Schule, aber auch während der Schule, hin zu einem familienfreundlichen Baden-Württemberg. Wir schaffen damit die Voraussetzungen für gutes Leben in Baden-Württemberg und für eine gute Zukunft für unser gutes Land.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister hat in der vergangenen Woche den Haushalt 2015/2016 in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Das, was Sie, Herr Minister, eingebracht haben, ist im klassischen Sinn ein Schönwetterhaushalt, ein Haushalt, der davon lebt, dass die Steuereinnahmen hoch sind, der davon lebt, dass die Zinsausgaben niedrig sind, der aber keinerlei mittelfristige Perspektive für die Frage aufzeigt: Was passiert, wenn diese günstigen Rahmenbedingungen einmal nicht mehr gegeben sein werden?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Denn wenn die Konjunktur einbricht – die fünf Wirtschaftswesen haben ja der Großen Koalition am heutigen Tag ein außerordentlich schlechtes Zeugnis ausgestellt, und die Bundesregierung selbst ist dabei, ihre Konjunkturerwartungen nach unten zu korrigieren – und sich diese Situation auch auf unser Land, auf die Wirtschaft in unserem Land niederschlägt und wir feststellen, dass die Steuereinnahmen einbrechen, oder wenn vielleicht einmal die Niedrigzinsphase überwunden ist, dann wird man feststellen, dass die enormen Ausgaben, die Sie in den letzten Jahren getätigt haben und insbesondere im Landeshaushalt 2015/2016 vorgesehen haben, dann natürlich nicht einfach so wieder zurückgestutzt werden kön-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

nen. Das ist ja das, was Sie der Vorgängerregierung immer wieder vorwerfen. Insofern wird man dann feststellen, dass dieser Schönwetterhaushalt zwar möglicherweise für die Jahre 2015 und 2016 aufgeht, aber mittelfristig für unser Land Baden-Württemberg verheerende Konsequenzen haben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich darf Sie, Herr Minister, zitieren. In Ihrer Haushaltsrede haben Sie gesagt, in Baden-Württemberg könne man „gut leben und arbeiten“. Da haben Sie recht. Aber dieses Land hat eben keine gute Regierung, und das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Schmiedel hat ja Statistiken mitgeführt. Auch ich habe welche mitgebracht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Meine stimmen!)

– Meine stimmen auch. Das können Sie gern nachrechnen. – Der Ministerpräsident sagt ja gern Franz Josef Strauß zitierend, man könne Generäle anschreien, aber Zahlen nicht. Auch diese Zahlen kann man nicht anschreien.

(Der Redner hält ein Diagramm hoch.)

Das ist die Entwicklung der Steuereinnahmen in Baden-Württemberg seit 2010.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Beginnt das bei null? – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Das beginnt nicht bei null. Wir hatten damals schon 24,8 Milliarden €,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

und wir haben jetzt 33,6 Milliarden €.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brutto oder netto?)

Das sind 9 Milliarden € Steuereinnahmen mehr in sechs Jahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brutto oder netto?)

Hören Sie doch auf mit diesem Geschwätz von der Erblast und vom strukturellen Defizit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brutto oder netto?)

Auf der einen Seite erzählt Ihr Finanzminister – Kollege Schmiedel hat auch schon wieder damit angefangen –, Sie hätten angeblich ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € übernommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das steht doch da drin!)

Gleichzeitig erzählt derselbe Finanzminister, die höheren Steuereinnahmen würden auch strukturell wirken. Aber dann, meine Damen und Herren, löst sich doch Ihr angebliches struktu-

relles Defizit von selbst auf, wenn man mit dieser Logik argumentiert. Hören Sie doch auf mit diesem Geschwätz!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die zweite Statistik, Herr Drexler,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brutto oder netto?)

zeigt eine rote Zahl, zeigt nämlich die Entwicklung der Ausgaben im selben Zeitraum von 2010 bis 2016. Im Jahr 2010 – Schwarz-Gelb – Haushaltsvolumen 35,1 Milliarden €, im Jahr 2016 Haushaltsvolumen 44,4 Milliarden €. Das sind 9,3 Milliarden €, die Sie sechs Jahre später mehr ausgeben. 9 Milliarden € mehr Einnahmen, 9 Milliarden € mehr Ausgaben. Sie hauen alles heraus, was Sie einnehmen, und erzählen, die alte Landesregierung sei für die Schulden verantwortlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Und 4 Milliarden € zusätzliche Schulden kommen obendrauf.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Es ist doch alles Geschwätz,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

zur eigenen Schuldenmacherei zu erklären, daran sei die Vorgängerregierung schuld. Das ist das Geschwätz von der Erblast, das Geschwätz vom strukturellen Defizit, das Geschwätz von der impliziten Verschuldung, von der angeblich verrotten Infrastruktur. Und dann heißt es, es sei eine grün-rote Landesregierung, die das alles wieder richte.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen doch eindeutig, dass das, was Sie erzählen, Quatsch ist. Es ist Ihre eigene Schuldenmacherei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, kann man nur Theodor Storm zitieren. Ich benötige dazu die Genehmigung der Präsidentin;

(Minister Reinhold Gall: Brauchen Sie nicht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht einmal das weiß er!)

denn es handelt sich um einen Reim.

Herr Finanzminister, Theodor Storm hatte sicherlich Sie im Sinn, als er gesagt hat:

*Er wirft den Kopf zurück und spricht:
„Wohin ich blicke, Lump und Wicht!“
Doch in den Spiegel blickt er nicht.*

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, das charakterisiert Ihre Haushaltspolitik und das, was Sie der Opposition immer wieder erklären.

Der SWR hat sich in der vergangenen Woche über die Kürze Ihrer Haushaltsrede gewundert, Herr Minister. Das hat einen einfachen Grund: Sie haben allein Ausgaben aufgezählt, Sie

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

haben auf konkrete Einsparungen verzichtet, und Sie haben unangenehme Themen umgangen. Deshalb, meine Damen und Herren, war diese Haushaltsrede so kurz. Denn mit den Einsparungen haben Sie es nicht so, Herr Minister. Sie haben ja den Begriff „Verbalsparer“ geprägt. Ein Verbalsparer ist nach Ihren Ausführungen jemand, der nur übers Sparen redet, aber in der Realität nicht spart. Da haben Sie recht, aber der größte Verbalsparer sind Sie selbst, Herr Minister. Bei Ihnen läuft nämlich Haushaltskonsolidierung nur über die Einnahmeseite.

Ihr eigener Mittelfristiger Finanzplan aus dem Januar 2013 – den muss man sich einmal anschauen; das ist keine Erblast; den haben Sie nämlich selbst geschrieben – sieht für 2015 Ausgaben in Höhe von 41,85 Milliarden € vor. Wie viel wollten Sie jetzt ausgeben? 44,3 Milliarden €. Für 2016 stehen darin 42,68 Milliarden €. Jetzt sollen es 44,4 Milliarden € werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wahnsinn!)

Sie genehmigen sich nach Ihrer eigenen verschwenderischen Haushaltspolitik in den vorangegangenen Jahren noch einmal zusätzlich 4,2 Milliarden € in diesen zwei Jahren. Und dann beschimpfen Sie andere Leute als Verbalsparer, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf:
Frechheit!)

Da kann ich Sie nur ein zweites Mal zitieren:

Baden-Württemberg kann es noch besser.

Auch da haben Sie recht. Aber nur ohne Sie als Finanzminister.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der
CDU)

Sie behaupten, 98 % der Sparvorgaben seien erfüllt. Das ist dieses Gerede von Sparauflagen für die Ministerien, von Orientierungsplänen. Ich darf dazu den „Staatsanzeiger“ zitieren:

..., weil der Finanzminister die steigenden Steuereinnahmen als „strukturelle Einsparungen“ verbucht.

Das ist das Einzige, was Sie zum Sparen beizutragen haben: Orientierungspläne. Das sind doch Taschenspielertricks,

(Lachen des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

weil all das, was Sie angeblich einsparen, doch durch neue Einnahmen gedeckt ist. Mich wundert, dass Sie nicht die ganzen 32,6 Milliarden € Steuereinnahmen, die wir haben, als Einsparung deklarieren und sich dabei auf die Schulter klopfen. Das wäre das Nächste, was wir hier noch erwarten könnten.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg.
Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr anschaulich!)

Sie erzählen immer wieder von einem Dreischritt in der Haushaltspolitik. Das ist richtig. Aber Ihr Dreischritt besteht aus höheren Einnahmen, höheren Ausgaben und mehr Schulden. Das ist der Dreischritt Ihrer Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Steuereinnahmen, Herr Minister, machen Sie zum „Nils im Glück“. Ich darf die „Eßlinger Zeitung“ zitieren:

... sprudelnde Steuerquellen, eine niedrige Arbeitslosenquote, ... Kreditzinsen, die kaum der Rede wert sind ...

Das ist das einzige Plus, das Sie haben. Aber dafür können Sie nichts.

Im Übrigen ist auch das anmaßend, was Sie in der vergangenen Woche hier gegenüber der Wirtschaft geäußert haben. Ich darf das zitieren:

Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf stellen wir ... sicher, dass unsere Unternehmen auch in Zukunft ... den entscheidenden Schritt voraus sein werden.

Es sind also angeblich der Finanzminister und der Haushalt, die die Innovationskraft der baden-württembergischen Unternehmen beflügeln. Armes Baden-Württemberg, wenn die Unternehmen im Land auf diese Regierung angewiesen wären, meine Damen und Herren!

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg.
Rainer Hinderer SPD: Starker Beifall!)

Ein weiteres Zitat:

Wir werden mit diesem Doppelhaushalt dafür sorgen, dass alle Unternehmen ... die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

Für die Chancen der Digitalisierung sind Sie also ebenfalls zuständig. Ja, dann tun Sie aber zu wenig für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur, meine Damen und Herren.

Nein, wie im Märchen vom „Hans im Glück“ verspielt „Nils im Glück“ am Ende sein Vermögen – nur mit dem Unterschied, dass „Hans im Glück“ dieses Vermögen selbst erarbeitet hat. Das hingegen, was Sie verspielen, ist das Geld anderer Leute. So sieht es aus, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das glaubt noch
nicht einmal die FDP/DVP!)

Wir haben galoppierend wachsende Ausgaben, die im Falle eines Konjunkturerinbruchs oder eben aufgrund steigender Zinsen nicht mehr aufgefangen werden können. Dafür betreiben Sie keinerlei Vorsorge. Sie gehen einfach davon aus – und schreiben das einfach fort –: Die Konjunktur wird sich schon weiter so entwickeln; unsere Einnahmen werden schon immer weiter so steigen; also können wir einfach mehr Geld ausgeben. Das ist Ihre Philosophie. Aber es wird keinerlei Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen. Sie haben überhaupt nicht im Auge, was passieren könnte, wenn irgendwann einmal die Konjunktur einbricht.

Herr Ministerpräsident, es ist schon bezeichnend, dass jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung einiges steht, was Sie der Wählertäuschung überführt. Im Sommer haben wir ja ein bemerkenswertes Schauspiel erlebt. Da hat sich plötzlich der Finanzminister emanzipiert und ist aus dem Schatten des Ministerpräsidenten getreten, indem er unabgesprochen verkündet hat: 2016 Nullneuerschuldung.

Der Ministerpräsident und die Grünen haben sich darüber geärgert, man hat wochenlang geschmollt, hat erklärt: „Mal se-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

hen.“ Am Schluss gab es dann eine Sprachregelung, Herr Ministerpräsident. Sie haben dann gesagt: „Ja, das kann man machen, 2016 keine neuen Schulden, aber nicht als Strohhalm, nicht einmalig im Wahlkampf, sondern nur, wenn die Haushalte dann in den folgenden Jahren ebenfalls ausgeglichen sind.“

Was erfahren wir jetzt? Oh Wunder – zumindest wenn man der „Stuttgarter Zeitung“ glauben darf, die natürlich früher informiert war als das Parlament –, in der Finanzplanung stehen für 2017 790 Millionen € neue Schulden, für 2018 238 Millionen € neue Schulden, für 2019 180 Millionen € neue Schulden. Also ist es offensichtlich halt doch so,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Glauben Sie alles, was in den Zeitungen steht?)

dass es nur im Wahljahr, im Jahr 2016, einen ausgeglichenen Haushalt geben soll, und hinterher, falls Sie die Wahl gewinnen – was Sie hoffen –, werden in Baden-Württemberg munter weiter Schulden gemacht. Diesen Wählerbetrug müssten Sie, Herr Ministerpräsident, erklären, oder Sie müssten sagen: Das, was in der „Stuttgarter Zeitung“ steht, ist falsch. Aber wir werden es sehen. Irgendwann müssen Sie ja Ihre Finanzplanung vorlegen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Vor diesem Hintergrund macht es natürlich auch Sinn – jetzt habe ich es verstanden –, dass Sie unseren Gesetzentwurf ablehnen wollen, mit dem geregelt werden soll, schon ab 2016 die Schuldenbremse greifen zu lassen. Ross und Reiter wurden ja in den bisherigen Debatten nicht genannt. Aber wenn man natürlich vorhat, neue Schulden aufzunehmen, ist völlig klar, dass man diesen Gesetzentwurf, über den wir am heutigen Tag abzustimmen haben, ablehnen muss. Denn er konterkariert ja die eigene Politik. Versprochen, Herr Ministerpräsident, haben Sie etwas anderes. Aber jetzt ist die Katze aus dem Sack. Sie wollen 2016 einmal mit einem ausgeglichenen Haushalt im Wahljahr punkten – deshalb sammeln Sie Geld, deshalb bilden Sie Rücklagen –, und hinterher wollen Sie weitermachen – wie es der Kollege Hauk formuliert hat –, Schulden wie die Sautreiber zu machen. Das ist Ihr Ziel. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

Andere wichtige Themen werden völlig ausgespart. Wir hätten uns beispielsweise gewünscht, dass Sie ein Wort zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gesagt hätten. Sie schweigen sich hier zu Ihrer Position, zur Position dieser Regierung, aus. Seit dreieinhalb Jahren haben wir immer wieder gehört, dass der Ministerpräsident ankündigt: „Aber jetzt geht es mit den Verhandlungen los. Demnächst geht es los. Demnächst kommt ein Kamingsgespräch. Demnächst beginnen die Verhandlungen.“ Aber was ist geschehen? Fehlanzeige! Keinerlei Ergebnisse, keinerlei Verhandlungen. Sie sind bisher keinen Millimeter vorangekommen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Dann erklären Sie: „Wenn die Verhandlungen nichts ergeben, könnte ich mir auch vorstellen, der Klage von Bayern und Hessen beizutreten.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Wie lange brauchen Sie denn eigentlich noch, um dieser Klage beizutreten? Sie erreichen auf dem Verhandlungsweg doch nichts. Sie haben noch nicht einmal angefangen, meine Damen und Herren. Wenn Sie angefangen haben, hätten wir von Ihnen, Herr Minister, erwartet, dass Sie das hier bei Ihrer Haushaltsrede wenigstens erwähnt hätten. Das wäre doch Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

Thema „Neuordnung des Länderfinanzausgleichs“, Thema „Steuerautonomie der Länder“: überall Fehlanzeige. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer haben Sie gelegentlich schon einmal für möglich gehalten. Ihr Kabinettskollege Friedrich erzählt dann immer das Gegenteil, nämlich dass dies Quatsch sei. Sie teilen in Interviews mit, Sie könnten sich dies vorstellen. Uns würde schon einmal interessieren, was eigentlich die Haltung der Regierung ist.

Wie geht es mit der Grund- und der Erbschaftsteuer weiter? Wie sieht es mit einem Beitritt zur Klage aus? Hier hätte ich mir einmal ein klares Wort dazu gewünscht und nicht, dass Sie immer auf Zeit spielen, indem Sie ankündigen: „Demnächst sind Kamingsgespräche. Wenn am Kamin nichts brennt, dann kommt vielleicht die Klage.“ Herr Ministerpräsident, das ist keine Politik. Hier müssen Sie schon deutlicher werden.

Wir schlagen konkret ein Hebesatzrecht der Länder auf die zuvor abgesenkte Höhe der Einkommen- und Körperschaftsteuer vor. Wir fordern auch das Recht der Länder, die Steuersätze bei der Erbschaftsteuer durch Landesgesetz zu regeln, ebenso wie die Übertragung der Kompetenz für die Ausgestaltung der Grundsteuer an die Länder. Das sind konkrete Beiträge zum Föderalismus. Diese Positionen können Sie sich zu eigen machen. Diese können Sie in die Verhandlungen einbringen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Legen Sie sie doch selbst in Berlin vor!)

– Kollege Schmiedel, ich bin baden-württembergischer Landespolitiker. Wenn ich Vorschläge zu machen habe, die den Föderalismus betreffen, dann muss ich sie an meine Landesregierung richten. Denn diese vertritt unser Land im Bundesrat. In Ihren Unterlagen steht vielleicht irgendwo, dass dies so funktioniert.

Ziel sollte es sein, das Ausgleichsvolumen auf 4 Milliarden € zu begrenzen. Ab 2019 sollte dann ein neues Modell ohne die im jetzigen Modell vorhandene nivellierende Wirkung gelten. Das heißt, es ist notwendig, Anreize dafür zu schaffen, dass die Länder solide Haushalte vorlegen. Das muss das Ziel sein.

Die erforderlichen Gutachten der Professoren Feld, Kube und Seiler liegen vor. Darauf können Sie zurückgreifen. Aus der Vergangenheit gibt es viele Anknüpfungspunkte, so beispielsweise auch den Vorschlag, einen Schuldentilgungsfonds für die Länder einzurichten. Dabei geht es aber wohlgemerkt nicht um Deutschland-Bonds, sondern um die Möglichkeit, dass die Länder sich vom Volumen her ergänzen und vielleicht in späteren Zeiten, wenn die Zinsen wieder höher sind, durch das Gesamtvolumen davon profitieren können.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

In anderen Bundesländern gibt es bereits entsprechende Überlegungen. Ihre saarländische Kollegin hat erklärt, wenn diese Möglichkeit der Schuldentilgung nicht erreicht werde, sehe sie nur noch die Möglichkeit der Zusammenlegung von Ländern. Das wäre für das Saarland oder manches andere Bundesland sicherlich sinnvoll.

Es wird also deutlich, wie notwendig es ist, dass allmählich etwas passiert. Davon hören wir allerdings nichts. Zumindest in der Haushaltsdebatte wurde nichts vorgetragen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der öffentliche Dienst. Herr Minister, dieses Thema tauchte in Ihrer Rede überhaupt nicht auf – wahrscheinlich deshalb nicht, weil Sie gegenüber den Beamten wegen der Absenkung der Eingangsbesoldung ein schlechtes Gewissen haben. Stattdessen finden wir in Ihrer Rede Selbstlob hinsichtlich der Bildungspolitik, jedoch kein Wort des Dankes an die Lehrerinnen und Lehrer, die jeden Tag an den Schulen des Landes Baden-Württemberg einen guten Job machen. Auch das hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten 8 000 Lehrerstellen abbauen wollen. Wer hat denn die Zahl 11 600 in die Landschaft geworfen? Das waren doch nicht wir.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die existiert doch nicht mehr!)

– Ja, sie existiert nicht mehr. Sie hat aber lange genug existiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, die gab es nie!)

– „Niemand hat die Absicht, 11 600 Lehrerstellen abzubauen.“ Ja, ja, so etwas kennen wir, meine Damen und Herren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben doch selbst 8 000 abbauen wollen!)

Wir haben von Anfang an gesagt, dies sei ein falsches Konzept. Wir haben den Abbau der 11 600 Stellen immer für falsch gehalten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben doch die 8 000 selbst hineingeschrieben!)

– Es besteht ein Unterschied zwischen 8 000 und 11 600. Wenn man nun sagt: „8 000 Stellen sind zu viel, deshalb schlagen wir 11 600 Stellen vor“, dann ist das eine Gagalogik, Herr Kollege Schmiedel.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Was machen Sie denn für eine Politik? Sie haben ein falsches Konzept durch gar kein Konzept ersetzt. Nun weiß man überhaupt nicht mehr, in welche Richtung es geht. Es gibt keine Zahlen mehr. Es gibt keine Maßstäbe, weil Sie sich nicht einig sind. Was dieses Parlament erwarten könnte, Herr Minister, fehlt jedenfalls: Es fehlt ein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen der Bildungspolitik und den dafür erforderlichen Stellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben wir doch! Das steht doch im Haushalt drin!)

– Ja, dann legen Sie es auf den Tisch.

Sie feiern sich für Pensionsrückstellungen und verschweigen dabei, dass die Beamten das meiste dabei durch einen gesetzlich verordneten Gehaltsabzug selbst erbringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!)

Wenn Sie sich für diese Großtat feiern, verschweigen Sie dabei – es ist richtig, dass wir auch nicht mehr geleistet haben –, dass Sie pro Beamten lediglich 6 000 € im Jahr einstellen. Bei den Privatschulen hingegen verlangen Sie quasi als Ersatz für die Staatslehrer 13 000 € im Jahr. Das ist die Realität.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist die Fairness, die Sie im Umgang mit den privaten Schulen anwenden, meine Damen und Herren. Das ist die Realität und nicht Ihre Sonntagsreden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eine schlichte Selbstverständlichkeit kommt Ihnen nicht über die Lippen.

Sie haben sich auch heftig gefeiert für das, was Sie in der Flüchtlingspolitik angeblich auf den Weg gebracht haben. Im Sinne des Konnexitätsprinzips wäre es aber eine Selbstverständlichkeit, den Kommunen zu sagen: Wir gewähren einen vollständigen Kostenersatz für die Leistungen der Stadt- und Landkreise für die Flüchtlingsaufnahme. Wo ist hier das Konnexitätsprinzip?

(Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

– Sie sagen: „Das können wir uns nicht leisten.“ Okay, aber dann sollten Sie sich nicht für angebliche Jahrhundertleistungen in der Flüchtlingspolitik feiern, meine Damen und Herren.

Sie kündigen Stellenhebungen bei der Polizei an. Was ist eigentlich mit der versprochenen zweigeteilten Laufbahn? Diese haben Sie doch immer versprochen. Das waren Ihre politischen Versprechen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht alles geht sofort!)

Herr Minister, ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die verkorkste Polizeireform Ihres Kollegen Innenministers in Ihren Ausführungen keinen Raum einnimmt. Ich gebe zu, ich hätte dieses Thema als Finanzminister wahrscheinlich auch vermieden.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

– Bitte? Herr Minister, ich habe Sie nicht verstanden.

(Minister Reinhold Gall: Sie haben relativ wenig Ahnung von der Reform! – Abg. Martin Rivoir SPD: Autos in blau!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Ich weiß, dass Sie wie Speedy Gonzales sofort aus dem Sitz springen, wenn das Wort „Polizeireform“ fällt. Dafür habe ich Verständnis, Herr Minister.

(Zurufe von der SPD)

Wäre ich als Innenminister an Ihrer Stelle, dann würde mir beim Fallen des Stichworts Polizeireform auch sofort der Blutdruck auf 320 schießen.

(Minister Reinhold Gall: 110 reicht!)

Dafür habe ich volles Verständnis, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

Wir werden während der Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge machen; beispielsweise werden wir die Wiedereinführung der Studiengebühren als nachlaufende Studiengebühren beantragen.

Meine Damen und Herren, wir müssen für die Infrastruktur wesentlich mehr tun, nicht nur im Straßenbau, aber auch im Straßenbau. Hier muss man den Verkehrsminister zwingen, Straßen zu bauen, indem man seinen Haushalt so ausstattet, dass er gar nicht anders kann. Dabei wollen wir ihm helfen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir werden den Vorschlag machen, für die Infrastruktur, und zwar nicht nur für den Straßenbau, sondern – Minister Bode kann sich hier freuen – auch für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, ein Sonderprogramm in Höhe von 1 Milliarde € zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollen in einen Fonds kommen. 200 Millionen € sollen dann pro Jahr abgearbeitet werden. Wir werden auch sagen, woher wir die Milliarde nehmen. Wir wollen nämlich eine Umfinanzierung von konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen – Investitionen in die Infrastruktur.

Es wurde vorhin – ich glaube, von Herrn Kollegen Hauk – zu Recht gesagt, Infrastrukturförderung sei auch Wirtschaftspolitik. Das ist wichtig für die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg, und wir werden in den Haushaltsberatungen sehr konkrete Vorschläge machen, wie wir uns das vorstellen. Ich bin gespannt, was Sie dazu zu sagen haben.

Meine Damen und Herren, was Ihre Haushaltspolitik angeht, möchte ich mit einem Zitat aus der Eingangsrede des Finanzministers schließen und ihm recht geben. Herr Minister, Sie haben gesagt:

Die besten Zeiten unseres Landes liegen noch vor uns.

Da haben Sie recht – allerdings erst, wenn diese Regierung Geschichte ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert: Wir führen eine wirklich lange Haushaltsdebatte, in der allein der CDU-Vertreter über eine Stunde geredet hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich hatte allerdings den Eindruck, dass er mehr über Schlachtviehtransporte und den Roten Milan als über den Haushalt gesprochen hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Hauk, Sie waren heute nicht der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionsfraktion. Sie waren der naturschutzpolitische Sprecher dieser Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Denn immer wenn es um den Haushalt ging, hat sich das ganze Elend der Haushaltspolitik der CDU offenbart: Entweder war es, wie leider allzu häufig, in der Sache falsch, oder es war ein patenter Mangel an konkreten Vorschlägen zu verzeichnen, wie man den Haushalt des Landes in Ordnung bringen kann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich will zwei Beispiele für Ihre mangelnde sachliche Einsicht in den Haushalt präsentieren.

Erstens: Sie haben die Vorschrift im Staatshaushaltsgesetz zur Übertragung von alten Kreditermächtigungen angesprochen. Diese Vorschrift ist seit Jahrzehnten gängige Praxis, und das war sie auch schon in Ihrer Regierungszeit. Warum? Weil diese alten Kreditermächtigungen dazu dienen, Ausgabereste abzufinanzieren. Dabei ist das Land rechtlich gebunden, mit diesen Ausgaberesten in der Zukunft bestimmte Ausgaben zu tätigen, beispielsweise Bewilligungen aus dem Landessanierungsprogramm zur Städtebausanierung abzufinanzieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Da gibt es doch gar keine Haushaltsreste!)

Wenn Sie dies infrage stellen, dann stellen Sie Hunderte Millionen Euro infrage, die den Kommunen schon zugesagt sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist es einfach falsch, was Sie bringen, und deshalb fordere ich Sie auf: Stellen Sie einen Streichungsantrag, wenn Sie das streichen wollen, oder erkennen Sie an, dass wir das haushaltswirtschaftlich benötigen.

Das ist übrigens auch kein Grund für parteipolitische Polemik. Vielmehr ist es normales Haushaltsgebaren. Sie haben es immer so gemacht, und wir machen aus guten Gründen so weiter.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Herrmann?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Minister, wir haben letzte Woche im Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Haushaltsreste von 2013 beraten. Dabei wurde klar, dass es bei der Stadtsanierung überhaupt keine Ausgabereste gibt. Sie haben eben gesagt, man brauche das Geld aus den Ausgaberesten z. B. für die Finanzierung der Stadtsanierung. Wenn es keine Ausgabereste gibt, braucht man auch keine Mittel für die Stadtsanierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Lieber Herr Kollege Herrmann, Sie wissen aus der langjährigen Arbeit im Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Landtags ganz genau, dass es immer Ausgabereste in der Größenordnung von mehreren Hundert Millionen Euro – insgesamt war es weit über 1 Milliarde € – gegeben hat und auch in Zukunft geben wird. Maßgeblich wird diese Summe bestimmt durch Zuschussprogramme des Landes für Kommunen, beispielsweise durch das Städtebausanierungsprogramm. Im Moment läuft es gut ab. Im Moment ist es gut; das will ich gern einräumen.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Aber das ist ein typisches Beispiel, wofür in der Vergangenheit auch unter Ihrer Regierung die alten Kreditermächtigungen verwendet worden sind. Deshalb sage ich: Wer da Hand anlegt, legt Hand an die Zusagen an die Kommunen für Investitionen an, und das wäre ein falsches Signal in dieser Zeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweites Beispiel: globale Mehrausgaben für Personalausgaben. Da wird es wirklich sehr kitzelig für Sie, lieber Herr Kollege Hauk. Auch globale Mehrausgaben für Personalausgaben sind gängige Praxis, weil wir die konkrete Höhe der Besoldungsanpassung nicht kennen. Deshalb wird im Haushalt ausgehend vom langjährigen Mittel immer eine Steigerungsrate unterstellt und diese Summe als globale Mehrausgabe eingestellt. Jetzt frage ich Sie: Heißt das, dass Sie, wenn Sie diese globale Mehrausgabe infrage stellen, dann eine Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten dieses Landes wollen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wahrscheinlich!)

Insofern sollten Sie aufpassen, welche Punkte Sie kritisieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie kürzen wahrscheinlich weiter!)

Ich bin jedenfalls dafür, dass wir weiterhin eine vorausschauende Haushaltspolitik betreiben, und dazu gehört eben auch, Vorsorge zu treffen für die langjährigen Steigerungen bei den Personalkosten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Können wir denn im Umkehrschluss erwarten, dass Sie die Tarifrunde 2015/2016 1 : 1 für die Beamtinnen und Beamten übernehmen?)

– Wir haben Vorsorge getroffen im Maße des langjährigen Mittels, und ansonsten gilt die Beschlusslage der Regierung für die zeitversetzte, aber im Übrigen inhaltsgleiche Übertragung. Das wird dann ausgehend vom Abschluss konkret zu

besprechen sein. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn Sie die globale Mehrausgabe infrage stellen, müssen Sie sich fragen lassen, ob Sie eine Nullrunde fahren wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Sie haben mit beeindruckenden Diagrammen dargestellt, dass es steigende Steuereinnahmen gebe.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Das ist aber nichts Neues. Ich hätte jeden Zeitraum der letzten 50 Jahre auswählen und ähnliche Grafiken darstellen können. Denn in der Nachkriegszeit ist es der Normalfall, dass aufgrund des Wirtschaftswachstums auch die Steuereinnahmen stark ansteigen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber nicht 9 Milliarden € in drei Jahren!)

es sei denn, es gibt eine starke Rezession wie 2009 oder eine Steuerrechtsänderung wie im Jahr 2001, als es zu einem Einbruch kam.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aha!)

Aber der Normalfall ist – das ist auch ganz logisch –, dass die Steuereinnahmen jedes Jahr ein Rekordniveau erreichen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Aber doch nicht 9 Milliarden € in drei Jahren!)

Denn zum Glück wächst die Wirtschaft in der Regel mehr oder weniger stark, und damit wachsen auch die Steuereinnahmen. Insofern ist das ganze Gerede von Rekordsteuereinnahmen irreführend. Vielmehr ist dies der Normalfall. Wir eilen sozusagen von Rekord zu Rekord, und das schlägt sich logischerweise auch in einem steigenden Ausgabenvolumen und einem steigenden Gesamtvolumen des Haushalts nieder.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Im Schnitt 3 Milliarden € pro Jahr?)

Die Frage, die Sie beantworten müssen, ist, welche Ausgaben Sie im Zuge dieser Anwächse nicht tätigen wollen.

Wollen Sie nicht das Mehr für die Kleinkindbetreuung tätigen? Wollen Sie nicht das Mehr für die Ganztagschulen tätigen? Das müssen Sie endlich einmal beantworten. Ich warte seit drei Jahren auf die Antworten auf diese Fragen. Ich höre aber keinerlei konkrete Vorschläge dazu, welche Ausgaben Sie nicht tätigen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es stimmt: Eine Haushaltssanierung kann nicht nur über die Einnahmeseite laufen. Sie muss auch über die Ausgabenseite laufen. Diesbezüglich hat diese Landesregierung Mut und ein breites Kreuz gehabt. Denn wir haben einige Ausgabenkürzungen und Einschnitte beschlossen. Ich erinnere daran: Die Einschnitte bei den Beamten machen insgesamt 250 Millionen € strukturell weniger aus. Sie haben dies abgelehnt. Sie haben auch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf der Einnahmeseite abgelehnt. Das macht 300 Millionen € aus. Dann wollten Sie, lieber Herr Kollege Hauk, die kalte Progression

(Minister Dr. Nils Schmid)

abmildern. Das macht allein für den Landeshaushalt 100 Millionen € aus. Dann haben Sie wiederholt die zeitgleiche und die inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenschaft gefordert, also nicht nur die inhaltsgleiche. Das macht 400 Millionen € aus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aussagen der Opposition sind aber noch keine Einsparungen der Regierung!)

Insgesamt macht dies mehr als 800 Millionen € an Einsparungen aus, die Sie nicht mitgetragen haben. Woher soll denn ein ausgeglichener Haushalt kommen, meine Damen und Herren von der Opposition?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unseriös ist das!)

Eines ist klar: Die jährlich laufenden Ausgaben in der Größenordnung von etwa 7 Millionen € für den neu eingerichteten Nationalpark würden dies nicht retten.

Wir haben, um das noch einmal deutlich zu machen, in den Jahren 2011 bis 2016, also in insgesamt sechs Haushaltsjahren in einer Legislaturperiode, drei Mal die Nettonull erreicht. Sie haben in den letzten 45 Jahren nur drei Mal die Nettonull erreicht.

In den Jahren Ihrer Regierungszeit 2001 bis 2010 lag die durchschnittliche Kreditfinanzierungsquote des Haushalts bei 4 %. Pro 100 € Ausgaben haben Sie in Ihrer Regierungszeit fast 4 € neue Schulden gemacht. 2011 bis 2016 liegt diese Kreditfinanzierungsquote bei 1,5 %. Wir machen also pro 100 € Ausgaben 1,5 € neue Schulden. Wir wirtschaften damit in unserer Regierungszeit dreimal solider, als Sie es in den letzten zehn Jahren Ihrer Regierungszeit getan haben,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und dies, obwohl wir beim Kassensturz im Jahr 2011 ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € vorgefunden haben.

(Zuruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Zu diesem strukturellen Defizit kommt noch ein ganzes Knäuel ungelöster Probleme finanzwirtschaftlicher Art hinzu.

Ich fange mit dem Dauerstreit mit den kommunalen Landesverbänden an. Sie haben einseitig in die Finanzmasse der Kommunen eingegriffen. Wir haben mit den kommunalen Landesverbänden einen Pakt geschlossen und vereinbart, wie viel in den Jahren 2011 bis 2016 an Mitteln fließt.

Sie haben sich jahrelang geweigert, für die Kleinkindbetreuung zusätzliches Geld bereitzustellen. Wir haben über 300 Millionen € zusätzlich ins System gegeben.

Sie sind aus der Schulsozialarbeit ausgestiegen. Wir haben die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit wieder eingeführt.

Sie haben die Kommunen bei den Ganztagschulen im Regen stehen lassen. Wir haben die Ganztagschule im Schulgesetz verankert und geben für diese Schulen deutlich mehr Geld.

Wir sind die Partner der Kommunen hier im Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben auch ein ungelöstes Problem der Finanzierung der Hochschulen hinterlassen. Sie haben zweimal einen Hochschulpakt geschlossen, der letztlich auf einem Einfrieren der Ausgaben für den Hochschulbereich beruht hat. Was haben wir gemacht? Wir haben einen Finanzierungspakt „Perspektive 2020“ verabredet: 3 % Zuwachs für unsere Hochschulen plus 100 Millionen € pro Jahr zusätzlich für die Sanierung von Hochschulgebäuden und Universitätskliniken. Auch hier gilt: Sie haben die Probleme liegen lassen, wir haben sie angepackt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Drittes strukturelles Problem: Eine weitere Hinterlassenschaft, eine weitere Erblast aus Ihrer Regierungszeit war eine schlecht funktionierende Steuerverwaltung, die zehn Jahre lang einen Personalabbau erdulden musste. Was haben wir gemacht? Wir haben 500 zusätzliche Stellen und 500 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt Wort halten und damit mehr Steuergerechtigkeit in Baden-Württemberg schaffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen: Das, was wir unter dem Motto „Konsolidieren, Sanieren, Investieren“ machen, ist eine rote Linie, die strukturiert, Punkt für Punkt Ihre Erblasten aufarbeitet und ein geordnetes Finanzwesen in Baden-Württemberg aufbaut.

Wenn Sie darauf hinweisen, andere Bundesländer würden schon längst Schulden tilgen, dann will ich mir den Hinweis nicht verkneifen: Das sind in der Regel Empfängerländer – mit Ausnahme eines Landes wie Bayern, das in diesem Zusammenhang besser dasteht –, die diese Tilgung nur leisten können, weil sie noch Solidarpaktmittel aus dem Länderfinanzausgleich bekommen und weil sie für das Auslaufen des Solidarpakts Vorsorge treffen müssen.

Deshalb sage ich: Jawohl, es ist gut, dass diese Länder Schulden tilgen. Aber die haushaltswirtschaftliche Ausgangslage dort ist eine ganz andere als die in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir wollen unseren Haushalt bis 2020 strukturell so in Ordnung bringen, dass wir dies alles aus eigener Kraft stemmen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schmid's Märchenstunde!)

Dass dies gar nicht so falsch sein kann, zeigt die Tatsache, dass wir, über die gesamte Legislaturperiode von 2011 bis 2016 hinweg betrachtet, in der Tat – Kollege Schmiedel hat darauf hingewiesen – 3,7 Milliarden € zusätzliche Schulden machen müssen. Dem gegenüber stehen zusätzliche Sanierungsmittel in Höhe von über 1 Milliarde € – das heißt Abbau der impliziten Verschuldung des Landes – und 2,7 Milliarden € für die Pensionsrücklagen. Auch das ist Vorsorge für die implizite Verschuldung des Landes.

Das heißt, wenn wir eine Gesamtbilanz für diese Legislaturperiode ziehen, haben wir zwar 3,7 Milliarden € neue Schulden gemacht, haben aber gleichzeitig 3,7 Milliarden € Vorsorge für die Zukunft getroffen. Das nenne ich eine nachhaltige

(Minister Dr. Nils Schmid)

orientierte Haushaltspolitik, die nicht nur auf das einzelne Haushaltsjahr starrt, wie Sie es immer wieder tun, sondern die die gesamten Verpflichtungen des Landes in den Blick nimmt.

Deshalb ist es gut, dass wir in dieser Legislaturperiode quasi eine stabile Null haben. Das zeigt sich, wenn wir eine Vermögensbilanz des Landes ziehen, und ist ein Ausweis von strukturierter und nachhaltiger Haushaltspolitik und nicht die Folge von Einmaleffekten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Minister, Sie sprechen immer wieder von nachhaltiger Haushaltsgestaltung und nachhaltiger Haushaltskonsolidierung. Ich habe vorhin eines nicht verstanden. Sie sagten, eine Haushaltskonsolidierung müsse sich eben auch auf der Ausgabenseite bemerkbar machen, und haben dann drei Beispiele genannt: die Beamten, die kalte Progression und die Grunderwerbsteuer. Sie haben hinsichtlich der Ausgabenseite nur zu einem Punkt etwas gesagt, nämlich zu den Beamten. Gibt es über diesen Punkt hinaus noch Ausgaben,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

bei denen Sie sparen, oder hoffen Sie nur auf mehr Einnahmen?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Diese Frage kann ich Ihnen gern beantworten. Wir haben beispielsweise das Landeserziehungsgeld auslaufen lassen.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Wir haben über die Einsparvorgaben der Orientierungspläne in den einzelnen Ressorts auch zahlreiche Ausgaben gekürzt und nicht nur Einnahmen erhöht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie sehen also: Im Gegensatz zu Ihrer Fraktion haben wir konkrete Einsparvorschläge nicht nur formuliert, sondern auch durchgesetzt. Sie wissen, dass dies nicht immer nur Freude macht.

Herr Kollege Hauk hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir eine Reihe von Rücklagen haben. Da will ich auch mit ein paar Mythen aufräumen.

Zunächst einmal: Die Rücklage für die Unterbringung von Flüchtlingen, die wir mit 300 Millionen € vorgesehen haben, wird jetzt über die Konkretisierung im parlamentarischen Verfahren abschmelzen, weil wir da streng auf Transparenz achten und Maßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung – beispielsweise die Ausgaben für die Landeserstaufnahmeeinrichtungen – jetzt, wenn sie haushaltsreif sind, sofort im Haushalt veranschlagen.

Das heißt, von den etwa 300 Millionen € ist ein Drittel dann schon konkret veranschlagt und verausgabt. Damit wird die

se Rücklage deutlich verringert und wird auch der Transparenz Genüge getan. Ich glaube, das ist auch im Sinne des Parlaments.

Ferner gibt es die Sanierungsrücklage, die im Unterschied zu Ihren Aussagen nicht nur allgemein drinsteht. Vielmehr stehen schon jetzt die Verwendungszwecke drin. Wir werden dies jetzt im parlamentarischen Verfahren konkretisieren. Das heißt, diese Rücklage wird auf die verschiedenen Bestimmungszwecke verteilt.

Ich freue mich, dass wir, wie dargelegt worden ist, im Bereich der Verkehrsinfrastruktur 120 Millionen € für den Erhalt von Straßen und die Sanierung von Brücken ausgeben können, ein Lückenschlussprogramm auf den Weg bringen können, vor allem auch für die Zentren für Psychiatrie Sanierungsmittel bereitstellen können und für das weite Feld des staatlichen Hochbaus noch einmal 80 Millionen € pro Jahr drauflegen können, damit wir endlich auch beim staatlichen Hochbau die beim Kassensturz errechnete Sanierungsrate annähernd erreichen können.

Die gute Botschaft ist: Mit dieser Präzisierung der Sanierungsrücklage können alle baureifen Maßnahmen im staatlichen Hochbau abfinanziert werden. Damit kann der Sanierungsstau auch in diesem Feld noch ein weiteres Stück aufgelöst werden.

Sie sehen also: Das ist ein Haushalt, der Transparenz herstellt und auf allen Feldern den Dreiklang von Konsolidieren, Sanieren und Investieren einhält.

Interessanterweise haben Sie den Vorwurf, wir würden Wahlgeschenke verteilen, heute nicht mehr erhoben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen wir nachher!)

Ihnen läuft allmählich die Zeit davon.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, freie Redezeit!)

Ich will Sie einmal fragen: Was ist denn mit den angeblichen Wahlgeschenken, wenn man genau hinschaut? Was steckt dahinter? 1,2 Milliarden € Zuführung für Beamtenpensionen: Halten Sie das für ein Wahlgeschenk? 480 Millionen € für den Abbau des Sanierungsstaus: Ist das ein Wahlgeschenk? 300 Millionen € Risikovorsorge oder jetzt 200 Millionen € Risikovorsorge für Flüchtlinge: Ist das für Sie ein Wahlgeschenk? Nein, das ist das Notwendige für das Land, und das liegt genau auf der Linie der bisherigen Haushalte. Wahljahr hin oder her, wir bleiben unserer Linie treu: Konsolidieren, Sanieren, Investieren. Genau dies gilt auch für den Doppelhaushalt 2015/2016.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

An einem Punkt will ich jetzt schon noch einmal ansetzen, weil die steigenden Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen natürlich auch für den Haushalt an Bedeutung gewinnen. Unsere Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen haben sich im Vergleich zum Beginn unserer Regierungszeit mindestens verfünffacht. Diese Ausgaben sind aber eine humanitäre Notwendigkeit. Ich würde mir wünschen, dass es

(Minister Dr. Nils Schmid)

uns gelingt, bei diesem Thema die bisherige Tonlage in der Landespolitik und in diesem Landtag zu halten. Deshalb war ich verwundert, Herr Hauk, als Sie angefangen haben, das wohltarierte System der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern infrage zu stellen. Denn Sie haben gesagt, auf der einen Seite gebe es die anerkannten Asylbewerber – die bleiben natürlich –, und auf der anderen Seite gebe es bei den abgelehnten diejenigen, die abgelehnt seien, und diejenigen, die geduldet seien. Das war Ihre Aussage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Dann haben Sie nicht zugehört!)

– Doch. Sie haben nur von den Geduldeten gesprochen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Sie wollen, dass die Abgelehnten konsequent zurückgeführt werden.

(Zuruf: Hört, hört! – Zuruf von der CDU: Ja, und ohne Duldung!)

– Ja, diejenigen, die kein Bleiberecht haben. Dabei möchte ich Sie auf eine feine Nuance hinweisen, weshalb das Abschieben nicht so einfach ist. Es gibt zahlreiche Menschen, die kein Bleiberecht und keine Duldung haben, sondern ein individuelles humanitäres Abschiebehindernis aufweisen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministers Reinhold Gall – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich frage Sie: Wollen Sie die abschieben? Ja oder nein?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie mal die Zahlen! Wie viele sind es überhaupt? Das ist eine entscheidende Frage! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist egal!)

Das ist die Gretchenfrage für die CDU-Flüchtlingspolitik: Wollen Sie dieses System der individuellen Abschiebehindernisse aufgrund von Krankheit, Schule, Ausbildung infrage stellen?

(Zurufe von der CDU)

Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Zurufe von der CDU)

Das ist der Grund, weshalb die Zahl der Rückführungen in allen Bundesländern das aktuelle Niveau erreicht hat. Ich kann Sie nur davor warnen – denn ich sehe Ihre erneute Erregung bei dem Thema –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, genau! Herr Röhm ist völlig erregt!)

den bisherigen Konsens in dieser Frage aufgrund von populistischen, kurzfristigen Vorteilen infrage zu stellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, wir wollen nur wissen, wie viele es sind!)

Ich sage Ihnen – Ihre Reaktion zeigt mir das ganz genau –, dass Sie aufpassen müssen. Herr Hauk ist sozusagen einschlä-

gig bekannt, was Koalitionsspekulationen mit der AfD angeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministers Reinhold Gall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Diskussion Einzug in die Landespolitik hält. Vielmehr sollten wir uns klar zur humanitären Verantwortung Baden-Württembergs bekennen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind gegen die Rückführung! – Glocke der Präsidentin)

– Ich finde es ganz großartig, dass Sie da weitermachen. Denn das zeigt mir, wes Geistes Kind Sie in dieser Frage sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Ich lasse mich von Ihnen nicht mundtot machen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ich möchte das noch einmal eindeutig klarstellen: Diese Landesregierung hält an dem bewährten rechtlichen System fest,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da verwahren wir uns dagegen!)

das einerseits die Duldung, andererseits die individuellen, humanitär begründeten Abschiebehindernisse beinhaltet, und selbstverständlich werden diejenigen, bei denen keine solchen Hindernisse zum Tragen kommen oder die keine Duldung haben, rückgeführt. Das macht Herr Innenminister Gall genauso wie seine Vorgänger. Das ist völlig normales Verwaltungshandeln. Da gibt es gar kein Vertun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich halte fest, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Opposition, insbesondere die CDU, hat trotz einer 65-minütigen Suada ihres Fraktionsvorsitzenden wenig zum Haushalt gesagt. Wir, die Landesregierung, haben nach dieser Debatte allen Grund, an unserem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren festzuhalten. Wir haben die Fakten auf den Tisch gelegt. Von Ihnen kommt nur ein verbales Bekenntnis zu Einsparungen, kommen aber keine konkreten Vorschläge. Deshalb ist klar: Die Verbalsparer sitzen nach wie vor in der Opposition, die Realsparer, die Haushaltssanierer, die für eine solide Haushaltspolitik eintreten, sind an der Regierung und werden es hoffentlich noch lange bleiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Ministers Reinhold Gall, Rainer Stickelberger und Franz Untersteller – Zuruf: Jawohl!)

Damit Sie sehen, dass wir es ernst meinen, empfehle ich Ihnen einen Blick in die mittelfristige Finanzplanung, die in der Tat um die Ergebnisse der November-Steuerschätzung überarbeitet werden wird.

(Minister Dr. Nils Schmid)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der 11. 11. war doch gestern!)

Insofern möchte ich kurz darstellen, wie sich die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2017 und 2018 zeigt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mündlich!)

Wir haben einen haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf für die Jahre 2017 und 2018 in einer Größenordnung von rund 1,5 Milliarden €. Legen Sie mich jetzt nicht auf 100 Millionen € mehr oder weniger fest. Es geht mir nur um die Größenordnung. Es sind 1,5 Milliarden €. Sie haben eine mittelfristige Finanzplanung mit einem haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf von fast 3 Milliarden € hinterlassen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ist es! – Zuruf von der CDU: Bei deutlich geringeren Steuereinnahmen!)

Sie hatten noch die Chuzpe, bei 3 Milliarden € haushaltswirtschaftlichem Handlungsbedarf einfach eine Null in Ihre Finanzplanung hineinzuschreiben, weil es sich besser darstellen lässt. Genau damit haben wir aufgehört. Wir machen eine solide mittelfristige Finanzplanung, und deshalb steht auch für die Jahre 2017 und 2018 trotz der Nullneuerschuldung im Jahr 2016 ein mittlerer Betrag in der Planung. Der Ministerpräsident hat bereits im Sommer immer wieder gesagt, in den Jahren 2017 bis 2018 werde ein Betrag in der Größenordnung von maximal einer halben Milliarde auszugleichen sein, um die Nettokreditaufnahme auf null zu bringen, und zwar jenseits des haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs. Genau so steht es jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen – darin besteht auch der Ehrgeiz dieser Landesregierung –: Wenn es irgendwie möglich ist, wollen wir selbstverständlich auch in den Jahren 2017 und 2018 die Nettonull erreichen. Denn der Weg zur Nettonull, die dann für 2019 in der Finanzplanung ausgewiesen ist, ist klar vorgegeben. Ausweislich des haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs, den wir in der mittelfristigen Finanzplanung darlegen, haben wir schon eine mächtige Wegstrecke zurückgelegt. Deshalb ist diese mittelfristige Finanzplanung im Unterschied zu Ihrem Vorschlag eine seriöse und angemessene Planung, die den Weg zur Nettonull klar aufzeigt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir die Zahlen auf den Endpunkt des Finanzplans 2020 projizieren, dann eröffnet uns die Nettonull im Jahr 2019 sogar die Möglichkeit, in niedriger dreistelliger Millionenhöhe im Jahr 2020 Schulden zu tilgen. Es ist dann Aufgabe der Politik, abzuwägen, ob man dann wirklich Schulden tilgt oder mehr investiert. Das muss dann der Landtag für das Jahr 2020 entscheiden.

Das zeigt doch aber an, dass diese mittelfristige Finanzplanung weggeht von der Logik des Strohfeuers, einmal eine Nettonull zu erreichen, und hin zu der Logik der Schuldenbremse des Grundgesetzes, den Haushalt strukturell bis zum Jahr 2020 ausgleichen zu können. Wenn wir das ein Jahr früher

schaffen, ist es umso besser. Dann können wir 2020 überlegen, was wir mit den Tilgungsspielräumen anfangen. Das zeigt doch aber an, dass wir ausgehend von Ihrem haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf, von Ihrem strukturellen Defizit in Höhe von 2,5 Milliarden € ein mächtiges Stück vorangekommen sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Allein durch höhere Steuereinnahmen!)

Wir wollen diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stratthaus?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Ich habe eine ganz sachliche Frage. Wie stark gehen eigentlich die absoluten Zinszahlungen aufgrund der niedrigeren Zinssätze zurück?

Ich habe eben im Kopf überschlagen, dass Sie, wenn Sie jedes Jahr 5 Milliarden € tilgen und dann wieder 5 Milliarden € aufnehmen, allein dadurch, dass die neuen Zinsen zum Teil um 2,5 Prozentpunkte niedriger sind, jedes Jahr 120, 130 Millionen € sparen. Das sollte man bei dieser Gelegenheit auch einmal betonen.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Stratthaus, vielen Dank für den Hinweis. Wenn Sie in die Details der mittelfristigen Finanzplanung schauen, werden Sie den von Ihnen beschriebenen Effekt sehen. Das ist richtig. Dieser betrifft Bund und Länder gleichermaßen. Natürlich ist es auch ein wichtiges Element für die Konsolidierung. Das hilft uns auf der Strecke über einen längeren Zeitraum. Sie kennen die Laufzeiten der Schuldpapiere des Landes. Damit ist klar, dass wir diese Zeit nutzen sollten, um bei der Konsolidierung voranzukommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und keine neuen Schulden machen!)

Deshalb haben wir auch bei den Einsparbemühungen über die Orientierungspläne nicht nachgelassen. Sie werden an der mittelfristigen Finanzplanung und am Finanzplan 2020 ablesen können, dass wir es mit einer nachhaltigen Finanzpolitik ernst meinen. Wenn Sie sagen, das reiche nicht und es gehe schneller oder besser, dann müssen Sie irgendwann auch einmal sagen, wie das gehen soll.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen mit Ihnen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was Herr Finanzminister Schmid uns jetzt zugemutet hat, war noch einmal ein Akt der Rosstäuscheri – um einmal bei diesem Beispiel zu bleiben.

(Peter Hauk)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie kommen erneut mit der Mär von Sanieren, Investieren und Konsolidieren. Sorry: Das, was Sie vorgetragen haben, war alles Quark mit Soße.

(Zurufe von der SPD und der Ministerin Katrin Altpeter)

Das kann man Ihnen nicht ersparen. Die Zahlen- und Faktengrundlagen, die Sie genannt haben, stimmen schlichtweg nicht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Bringen Sie einmal Vorschläge, ganz konkret! Bringen Sie doch einmal konkrete Vorschläge! Da hört man ja nichts!)

Wahr ist doch eines: Wenn Sie heute in der mittelfristigen Finanzplanung einen „haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf“ benennen und deshalb nichts vorlegen können, weil es noch einmal überarbeitet werden muss, ist dies doch eine euphemistische Umschreibung dafür, dass Sie für den Zeitraum nach 2016 Schuldenbedarf haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und tricksen wollen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso denn?)

Ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen, wenn Sie schon in Bezug auf die MiFrifi entsprechende Ankündigungen gemacht haben. Von dieser Regierung gingen andere Signale aus. Von dieser Regierung ging das Signal aus: „2016 Schuldenabbau, null, und nach 2016 halten wir das sauber durch.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Versprechen des Ministerpräsidenten! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was steht da?)

Da steht der Ministerpräsident im Wort: „Kein Wackeln, kein Weichen.“ Jetzt erfahren wir scheinbar – zuerst aus der Zeitung, dann hier von diesem Pult aus – etwas ganz anderes:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was denn?)

„Einmal, 2016, die Nullneuerschuldung erreichen.“ Und dann greifen Sie wieder in die Vollen und werden das Geld mit dem Füllhorn über das Land ausgießen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das ist doch Ihre Situation. Von Sparwillen, von Einsparungen –

(Minister Reinhold Gall: Was meinen Sie eigentlich mit Füllhorn?)

Ich sage nur: Von Zurücknehmen und Zurückhalten ist keine Spur. Es ist kein Willen dazu ausgeprägt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag! – Abg. Walter Heiler SPD: Bringen Sie doch einmal Vorschläge! Es wird Zeit! Da sind wir gespannt! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich nenne noch ein paar Dinge. Wenn Sie mir vorwerfen, ich hätte eine Stunde gesprochen, Herr Finanzminister, dann haben Sie eigentlich den Grund einer Haushaltsdebatte verkannt. Die Haushaltsdebatte dient dazu, die Politik der Landesregierung, die durch Zahlen manifestiert wird, grundsätzlich zu hinterfragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ihr könnt schon eigene Vorschläge machen! Das haben wir früher auch gemacht!)

Ich verstehe schon, warum Sie auf einen Teil überhaupt gar nicht eingegangen sind, warum Sie das Thema „Polizei und innere Sicherheit“ gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser:

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Weil Sie dort nicht nur keine Erfolge haben, weil Sie dort in dieser Legislaturperiode Misserfolge haben, die zum Himmel schreien. Das ist doch der ganz entscheidende Grund.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Eigene Vorschläge!)

Als ganz normaler Bürger messe ich die Polizei nicht daran, wie die Verwaltungsbeamten, wie die Verkehrspolizisten verteilt sind und wo sie stehen. Das kann man als Fachmann und Fachfrau alles als Parameter zurate ziehen. Ich messe sie daran, was geleistet wird, zu welchen objektiven Ergebnissen man hier – nicht im Bereich des Bundesinnenministers – kommt. Hierzu stelle ich nur fest: Die Einbruchskriminalität steigt in Deutschland um 3 %, in Baden-Württemberg steigt sie um 30 %,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

aber in Bayern steigt sie nicht. Sorry, da muss ich einfach sagen: Falsche Zahlen, falsche Politik, keine Konzepte, konzeptionslos, ahnungslos – das zeichnet diesen Innenminister aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Unsinn hoch drei! – Minister Reinhold Gall: Niveaulos!)

Es kommt auch nichts. Das ist doch wahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Nächste ist das Thema Sanierungsstau. Schauen wir uns doch noch einmal die Zahlen zu dem an, was Sie uns vorgaukeln. Sie sprechen von Sanierungsstau bei den Straßen, Sanierungsstau im Hochbau. Wie sehen denn die Zahlen ganz konkret aus? Die Investitionen im Hochbau lagen im Jahr 2010 bei 556,6 Millionen €, im Jahr 2013 bei 514,9 Millionen € und im Jahr 2014 bei 524,1 Millionen €; im Jahr 2015 erfolgt mit 575,2 Millionen € erstmals eine Steigerung über den Ansatz von 2010, im Jahr 2016 kommen noch einmal 3 Millionen € dazu. Das heißt, das, was Sie uns zu Anfang der Legislaturperiode vorgegaukelt haben – Sanierung und Rückstände aufarbeiten –, gehen Sie erst jetzt, in den letzten beiden Jahren Ihres Regierungshandelns,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

(Peter Hauk)

2015 und 2016, überhaupt erst einmal an und bringen nennenswerte Steigerungsraten.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Frau Aras, es hilft nichts: Zahlen lassen sich nicht anschreiben, sie sind halt da.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schauen Sie
sich einmal den Straßenbau an!)

Zum Thema Konsolidierung: Sie werfen uns beim Thema Personal vor, wir würden zu stark nach den Beamten schießen, wenn wir kritisieren, dass Sie Einsparvorschläge nur und ausschließlich bei Beamten durchexerzieren und exekutieren, ohne sie zu hören.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja wollen Sie das bei den Angestellten auch noch?)

Und wenn Sie sie hören, dann greifen Sie es letztendlich nicht auf.

Wenn man die Personalstellen anschaut, dann stellt man schon fest, dass sich die Zahl der Personalstellen – anders als Sie uns glauben machen wollen – gar nicht groß verändert hat; da wurde nichts eingespart. Es gab keine alten Regierungsprogramme, die umgesetzt wurden. Im Jahr 2010 gab es 211 971 Personalstellen im Landeshaushalt. Der Plan für 2016 sieht 211 079 Stellen vor, also gerade einmal rund 900 Stellen weniger – trotz zurückgehender Schülerzahlen, trotz angeblicher Stellenabbauprogramme im Umfang von Tausenden Stellen, die die alte Landesregierung noch beschlossen hat und die Sie alle umsetzen mussten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Wir haben sie eben nicht umgesetzt bei den Lehrern!)

Es wurde eben nichts umgesetzt, und es wurde auch nichts eingespart.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gott sei Dank!)

Was Sie hier betreiben, ist ein schierer Popanz und entbehrt jeglicher Richtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Noch einmal zu dem Thema Asylbewerber. Beim Thema Asylbewerber stellt sich eine grundsätzliche Frage. Da haben Sie vollkommen recht, Herr Finanzminister. Wahr ist: Es gibt einen Konsens, dass wir alles Mögliche tun wollen, um diejenigen Menschen, die flüchten, die aus politischen Gründen, aus religiösen Gründen, aus Gefahr für Leib und Leben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

hierher nach Deutschland kommen, aufzunehmen und nach Möglichkeit, wenn sie ein Bleiberecht haben, dann mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen – Sie haben einige aufgezählt –, hier auch möglichst gut zu integrieren.

Aber andererseits ist auch klar: Wer hierher nach Deutschland kommt und all diese Gründe nicht ins Feld führen kann,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

der hat hier in Deutschland kein Bleiberecht. Sie können mir nicht sagen, dass von den 14 376 Personen, die im letzten Jahr ausreisepflichtig gewesen sind – Ausreisepflichtige sind solche Personen, die hier kein Bleiberecht haben, weder aus humanitären Gründen noch aus Duldungsgründen noch aus politischen Gründen; das sind Personen, die hier einfach kein Bleiberecht zugesprochen bekommen haben von den Behörden, deren Vorgesetzter diese Landesregierung ist –, nur 975 abgeschoben werden können. Was passiert mit den restlichen 93 %?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf des
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Was ist mit den 93 % derer, die hier kein Bleiberecht haben? Was tun Sie denn mit denen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vielleicht schaffen die! – Minister Reinhold Gall: Die arbeiten zum Teil!)

Wie wollen Sie denn die Solidarität in unserer Gesellschaft weiterhin aufrechterhalten, damit wir wirklich denjenigen helfen, die verfolgt sind,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

die hierher geflüchtet sind?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der Punkt!)

Das muss doch unser Anliegen sein.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sage ich noch einmal: Herr Ministerpräsident und auch Herr Finanzminister, spielen Sie in dieser Frage nicht mit dem Feuer.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Jeder, der hier bleiben darf, aber hier kein Bleiberecht hat, führt dazu, dass der Unmut über diese Leute letztendlich auch ein Stück weit wächst.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Da sagen wir in vollem Ernst: Wir wollen nicht, dass dieser Konsens aufgelöst wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Aber ich kann mich noch daran erinnern, wie es damals in den Neunzigerjahren war. Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als die Maßnahmen zwischen Landesregierung und Bundesregierung noch nicht großartig abgestimmt waren, als man dann versucht hat, Asylkompromisse und dergleichen mehr zu finden. Wir sind jetzt Gott sei Dank einen Schritt weiter.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wir haben gesetzgeberisch, glaube ich, weitestgehend alles auf den Weg gebracht. Aber: Setzen Sie jetzt verwaltungstechnisch das um, wofür Sie bei der Gesetzgebung die Hand gehoben haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Können Sie sich an den CDU-Landtagswahlkampf 1992 erinnern?)

(Peter Hauk)

Stehen Sie auch dann Ihren Mann, wenn es darum geht, diese 14 000 Menschen, die hier kein Bleiberecht haben, in ihre Heimat zurückzuführen. Das ist das Mindeste, was wir verlangen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ein letztes Wort noch zu dem Thema „Arbeitslosigkeit und Qualifizierung“. Kollege Schmiedel hat hier vollkommen recht, was die Frage der Qualifizierung, der Berufsvorbereitungsjahre und dergleichen mehr in der Vergangenheit betrifft. Wir müssen auch einmal eines festhalten: Nicht nur die Steuereinnahmen sind jetzt höher, auch der Arbeitsmarkt hat sich total verändert. Im nächsten Jahrzehnt und im übernächsten Jahrzehnt kommt für die Jugendlichen etwas zum Tragen, das uns, wie wir hier sitzen, vom Alter her gesehen vollkommen fremd ist: Diese Jugendlichen werden sich nicht mehr bei hoher Konkurrenz aktiv auf einen Job bewerben müssen. Vielmehr wird die Konkurrenz gering sein. Das heißt, wenn der Arbeitsmarkt Kräfte aufnehmen kann, dann haben sie eine ganz andere Voraussetzung als wir vor einigen Jahren, als wir letztendlich berufsqualifizierende Maßnahmen einleiten mussten.

Herr Kollege Schmiedel, eines ist doch maßgeblich: Wie hat sich die Jugendarbeitslosenquote in den vergangenen Jahren entwickelt?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hervorragend!)

Jetzt attestiere ich Ihnen für die letzten drei Jahre: nicht schlechter. Das ist okay. Aber Sie müssen auch sagen: In den Jahren zuvor waren wir immer die Besten. Wir waren schon früher die Besten und haben dieses Niveau gehalten – bei einem hervorragenden Berufsausbildungssystem, bei einem hervorragenden Berufsschulsystem. Wir haben es in dieser Situation geschafft, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Jetzt haben wir gemeinsam – die Politik, der Staat, die Schulen, die Arbeitgeber und auch die Gesellschaft insgesamt – die Aufgabe, für Nachqualifizierung zu sorgen. Manch einer ist damals schnell in den Beruf hineingesprungen und braucht jetzt die Nachqualifizierung, um als Facharbeiter, als Fachkraft bestehen zu können. Da haben wir noch einiges zu tun; daran kann man sich abarbeiten.

Damit muss ich noch einmal feststellen: Der Haushalt steht nicht auf tönernen Füßen, sondern er ist insofern solide, als die Einnahmen sprudeln. Das ist doch prima für Sie. Das freut uns für das Land. Damit können Sie nichts Schlimmeres anrichten. Aber das, was Sie anrichten, ist nichts Zukunftweisendes. Sie wollen in einem Jahr, in dem die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie in der Geschichte Baden-Württembergs, mehr als 700 Millionen € neue Schulden aufnehmen. Dazu wollen Sie noch alte Ermächtigungen aktivieren – da geht es nicht um Sanierungsfragen, sondern es geht um die Kreditermächtigungen, die Ihnen der Landtag gegeben hat –; das schließen Sie nicht aus.

(Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

– Herr Finanzminister, dann schließen Sie es aus. Sie haben hier die Möglichkeit, zu sagen: „Ich nehme die alten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch.“ Das wäre ein klares Wort. Das machen Sie nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

Herr Schmiedel lacht dabei hämisch und schüttelt den Kopf. Es ist doch ganz klar, warum Sie das nicht tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Er hat es doch erklärt!)

Sie wollen das Geld verwenden, um vor der Landtagswahl das Füllhorn auszuschütten.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Das werden wir nicht unkommentiert hinnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hauk hat seinen Beitrag gerade damit beendet, dass er bei seiner Forderung nach der Nullneuerschuldung im Jahr 2015 bleibt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Herr Kollege Hauk, ich kann nur sagen: Wir bleiben bei unserer Forderung, dass Sie ein belastbares Konzept für den Haushalt vorlegen müssen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

das aufzeigt, wie Sie all die Mehrausgaben, die Sie fordern, finanzieren wollen, wie Sie es rechtfertigen, dass Sie unsere Einsparbemühungen ablehnen, aber gleichzeitig die Nullneuerschuldung hinbekommen wollen. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn die stärkste Oppositionsfraktion im Landtag nicht in der Lage ist, valide Einsparvorschläge und ein Konzept vorzulegen, dann zerfallen Ihre Forderungen einfach zu Staub, Herr Hauk; sie sind nichts wert. So ist es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die mittelfristige Finanzplanung wird der Finanzminister, wie es üblich ist, zu den Beratungen im Ausschuss vorlegen. Dann wird es reichlich Zeit zur Diskussion geben.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Minister Schmid hat jetzt noch einmal deutlich gemacht, was wir bisher in Sachen Haushaltskonsolidierung geleistet haben, was wir in den kommenden zwei Jahren leisten wollen und wie der Schnitt unserer Schuldenaufnahme im Vergleich zu Ihrer Regierungszeit ist. Ich kann nur sagen: Wir sind, was Haushaltskonsolidierung betrifft, in drei Jahren deutlich weiter gekommen als Sie in Jahrzehnten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Einbrüche sagen; da muss ich ein paar Zahlen klarstellen. Sie haben gerade be-

(Edith Sitzmann)

hauptet, bundesweit sei die Zahl der Einbrüche um 3 % gestiegen. Das ist nicht der Fall. Bundesweit sind es über 30 %.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er hat die Null vergessen!)

Das ist nicht gut, das ist alarmierend, aber die Diskrepanz besteht nicht zwischen 3 und 50 %, sondern leider zwischen der hohen Zahl von 31 % im Bundesgebiet und, ja, 52 % in Baden-Württemberg, 41 % in Bayern, 40 % in Niedersachsen. Das ist kein guter Zustand, hat aber mit der Polizeistrukturreform im Land Baden-Württemberg rein gar nichts zu tun.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das habe ich nicht gesagt!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat doch niemand behauptet!)

Im Gegenteil, mit den neuen Strukturen und den Kriminaldauerdiensten gibt es die Möglichkeit, gezielter vorzugehen, um dann bei der Aufklärung hoffentlich sehr erfolgreich zu sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sie kennen sich echt gut aus! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Pröfrock?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh! Das ist aber schwach!)

Es stimmt, dass wir an manchen Stellen Personal aufgebaut haben, z. B. in der Finanzverwaltung. Das haben wir in unserem Koalitionsvertrag versprochen, und das erfüllen wir. Wir haben auch bei der Lehrerschaft nachgelegt. Das ist wichtig, weil die Schülerzahlen weniger stark sinken, als das Statistische Landesamt es ursprünglich prognostiziert hat. Und wir haben bei der Lehrerschaft den Wegfall von 700 k.w.-Stellen, den wir im Jahr 2011 – als Hinterlassenschaft von Ihnen, Herr Hauk – hätten vollziehen müssen, nicht vollzogen. Ich finde, das war eine kluge und richtige Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Herr Hauk, wenn Sie der Ansicht sind, dass wir mehr Stellen einsparen sollten, dann erwarten wir von Ihnen konkrete Vorschläge. Ich kann nur sagen: Für den bereits dargestellten Bildungsaufbruch, den wir uns vorgenommen haben, brauchen wir gute, qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in ausreichender Zahl.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Wir haben in die Bildung investiert. Die Ausgaben pro Schüler bzw. Schülerin sind von 2011 bis 2014 um 18 % gestiegen. Deshalb will ich von Ihnen keine Kritik mehr hören, wir würden da irgendwie sparen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn Ihnen die Investitionen zu hoch sind, dann machen Sie konkrete Einsparvorschläge, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen: Herr Kollege Hauk, Sie haben hier in Sachen Asyl- und Flüchtlingspolitik

gesagt, wir sollten nicht mit dem Feuer spielen. Das kann ich nur 1 : 1 an Sie zurückgeben. Sie haben leider schon damit angefangen, bei diesem sensiblen Thema mit dem Feuer zu spielen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja, wenn man darüber redet, dann ist das Feuer weg!)

Lassen Sie uns bei dem parteipolitischen Konsens in diesem Haus und in der Gesellschaft bleiben, und hören Sie auf damit. Das tut uns allen gut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Deswegen schweigen wir!)

Zum Thema „Vollzug von Abschiebungen“ möchte ich nur noch einmal betonen, was sowohl der Kollege Schmiedel als auch Minister Schmid eindringlich dargestellt haben. Für uns gibt es auch humanitäre Gründe, warum Abschiebungen nicht vollzogen werden können und sollen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie z. B. im Winter nach Serbien!)

Auch aus Ihren Reihen, Herr Kollege Hauk, kommen in konkreten Fällen – gut integrierte Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Kranke – Briefe an die Landesregierung mit der Bitte, man möge doch von der Abschiebung absehen. Das ist gut und richtig, und dabei sollte es auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Humanität hat nach wie vor Vorrang. Das ist auch bei Kollegen und Kolleginnen von der CDU so, und das unterstützen wir.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal auf die Familie zurückkommen, von der ich zu Beginn gesprochen habe,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommt jetzt die Oma?)

auf die Eltern Christian und Stefanie, die Kinder Leo und Emma sowie die Schwester von Christian, Martina. Ich kann nur sagen: Dieser Familie in Villingen-Schwenningen geht es gut. Sie sind zufrieden, sie profitieren vom Kita-Ausbau, vom Ausbau der Ganztagschulen, von der Sprachförderung, vom Ausbau von Straßen und Radwegen, von Bildungsinvestitionen, von dem Hochschulfinanzierungsvertrag, von Krankenhausinvestitionen und von vielem mehr. Ich kann nur sagen: Diese Familie ist sich mit über 60 % der Bürgerschaft in Baden-Württemberg einig, dass diese Landesregierung einen guten Job macht. Sie sind mit unserer Arbeit zufrieden. Das spornt uns an, und deshalb werden wir weiter gute Politik für Baden-Württemberg machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich sagen: Wenn

(Claus Schmiedel)

Kollege Hauk hier vorn am Rednerpult ernsthaft von einem bundesdurchschnittlichen Anstieg bei den Einbrüchen von 3 % spricht, ohne mit der Wimper zu zucken, dann zeigt das, dass er von der Zettelwirtschaft lebt, aber keinen Einblick in die Realität hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
So ist es!)

Ich habe in diesem Sommer jedes Polizeipräsidium besucht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Mit wem haben Sie ge-
redet?)

Alle Verantwortlichen aus den Direktionen, Stellvertreter, Personalräte und sonstigen Personen, die Verantwortung tragen, haben gesagt: Der Anstieg hat null Komma null mit der Polizeistrukturreform zu tun.

(Abg. Peter Hauk CDU: Habe ich das behauptet?)

Dann habe ich gesagt: „Ja, aber sagen Sie das doch einmal Herrn Blenke. Er behauptet hier im Landtag immer das Gegenteil.“ Daraufhin haben sie gesagt: „Das haben wir schon zehnmal gesagt; er will es halt nicht verstehen.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der
SPD: Ah! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben
mir nicht zugehört!)

Der einzige Unterschied zu früher ist, dass es jetzt bei diesen Polizeipräsidien möglich ist, spezialisierte Einheiten zu bilden,

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

die jeden einzelnen Einbruch unter die Lupe nehmen und so das zusammentragen, was zusammengehört, und nicht zig verschiedene Personen zur Aufklärung einer Einbruchserie unterwegs sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sagen Sie was zur Auf-
klärungsquote! Neun von zehn Einbrüchen sind nicht
aufgeklärt!)

Deshalb haben alle gesagt, dass die Bekämpfung dieser Einbruchskriminalität in der neuen Struktur natürlich noch nicht so erfolgreich ist, wie man es sich wünscht, aber dass es wesentlich besser ist als früher.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege, Sie
erzählen gerade Käse! – Zuruf des Abg. Thomas
Blenke CDU)

Es ist natürlich Trick 17, als Bezugsjahr das Jahr 2010 zu nehmen, wenn es um Sanierungsinvestitionen im Straßen- oder im Hochbau geht. Das war das Jahr der Konjunkturprogramme.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Die Investitionen in diesem Jahr entsprachen nicht dem langjährigen Mittel der Vorgängerregierung, sondern das war „angefettet“ durch die Konjunkturprojekte. Wenn man das dann noch in Bezug zu den Jahren 2012, 2013 und 2014 setzt und sagt: „Da ist ja gar nicht so viel mehr obendrauf gekommen“,

unterschlägt man natürlich, dass wir genau in diesen Jahren die Mehrausgaben aus dem Jahr 2010, die Ausgaben im Zusammenhang mit den Konjunkturprogrammen, zurückgezahlt haben. Das heißt, dass da natürlich monetär mehr im Haushalt eingestellt gewesen ist; diese zusätzlichen Mittel mussten aber für die Rückzahlung der Konjunkturprogramme verwendet werden.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es! – Abg. Dr. Hans-
Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Steuereinnahmen kom-
men auch noch dazu!)

Jetzt sieht man, was wir im neuen Doppelhaushalt für die Sanierung bereitstellen, da wir nun von dieser Rückzahlung befreit sind. Da sind wir auf einem Niveau angelangt – das ist ein Rekordniveau –, bei dem wir wirklich sagen können, dass der von Ihnen aufgebaute Sanierungsstau massiv zurückgefahren wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben jetzt noch einmal die Kreditermächtigungen kritisiert. Ich warte jetzt wirklich darauf, dass Sie den Antrag stellen, dass sie gestrichen werden sollen. Dann wird es deutlich, dann kann man nach außen verdeutlichen, was Sie damit anrichten, indem Sie nicht zwischen Rechnungsabschluss, Haushaltsjahr und Kassenmitteln unterscheiden. Das ist immer ein fließender Prozess. Da kann man beklagen, dass vielleicht zu viele Dinge nicht in einem Jahr erledigt werden. Das ist halt so; das war bei Ihnen so und ist auch bei uns so. Insofern ist Ihre Aussage einfach heiße Luft.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Dann haben Sie darauf hingewiesen, dass in Ihrer Regierungszeit sehr viele Stellen abgebaut worden sind. Ich will das jetzt einmal zu dem Thema Verkehr konkretisieren. Zwischen 2003 und 2013 sind bei der Straßenbauverwaltung 400 Stellen gestrichen worden. Das heißt, es sind 30 % weniger Stellen, obwohl gleichzeitig das Volumen deutlich angestiegen ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Das bedeutet, dass wir heute Fremdvergaben von 90 % bei der Planung und sogar schon mehr als 40 % bei der Bauüberwachung haben. Das führt erstens dazu, dass allmählich das Personal gar nicht mehr ausreicht, um diese Maßnahmen überhaupt noch steuern und anständig überwachen zu können. Es führt auch dazu, dass bei der Fremdvergabe der Bauüberwachung häufig Fehler auftreten. Es führt vor allem dazu – das hat Staatssekretär Rust jetzt für den Hochbau extern untersuchen und ausrechnen lassen und nachgewiesen –, dass bei der Fremdvergabe 130 % der Kosten einer Eigenerledigung anfallen.

(Staatssekretär Ingo Rust: 140!)

– 140 % sogar. – Das ist Scheinsparen. Sie sparen Personalstellen, vergeben die Aufgaben nach außen. Das geht auf Kosten der Sachmittel – man kann entsprechend weniger bauen –, aber unter dem Strich wird nicht gespart, sondern mehr Geld ausgegeben und damit versaubert, als wenn man es selbst macht und die Stellen nicht einspart. Deshalb werden wir genau diese Stellen wieder aufbauen und sparen dabei noch Geld.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Schwarz
GRÜNE)

Sie schielen einfach nur auf den Stellenabbau, egal, welche Folgen er hat. Irgendwann hat die Verdichtung ein Ende, und bei der Straßenbauverwaltung, bei der Hochbauverwaltung ist dieses Ende längstens erreicht. Deshalb werden wir natürlich – ich bin sehr gespannt, ob Sie dem dann zustimmen – jetzt in diesem Bereich wieder Stellen aufbauen, damit wir unter dem Strich den Landeshaushalt entlasten und in der Lage sind, auch mehr Bauvolumen zu bewältigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Jetzt möchte ich bei dem Thema „Flüchtlinge und Asylbewerber“ versuchen, eine sachliche Ebene herzustellen, weil niemand von uns ein Interesse daran haben kann, dass man sich da gegenseitig hochzieht.

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Wir haben ein Einvernehmen, dass wir die Anzahl der Entscheider erhöht haben wollen – dafür ist der Bund zuständig, nicht wir; es ist eine reine Bundesangelegenheit –, damit die Asylverfahren rasch durchgeführt werden können. Wir haben Einvernehmen, dass dann zurückgeführt wird, wenn festgestellt wird, dass jemand kein Asylrecht in Anspruch nehmen kann und kein individueller Abschiebungshinderungsgrund vorliegt. Nicht jeder, der vor dem Krieg davonläuft, bekommt Asyl. Es gibt Flüchtlinge, die nicht politisch verfolgt, aber bedroht sind. Deshalb gibt es eine ganz klare Linie, die besagt: Wir schicken niemanden in eine Bedrohung zurück, sei es eine Bedrohung durch eine kriegerische Auseinandersetzung oder durch eine Krankheit, die im Herkunftsland nicht behandelt werden kann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist die in Serbien, in Montenegro, in Bosnien-Herzegowina?)

– Es muss in jedem Einzelfall geprüft – –

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Wollen Sie dann, wenn die Entscheidung, kein Asyl zu gewähren, getroffen ist, automatisch abschieben? Das wäre die Aufkündigung einer langjährigen Praxis, die auch in Ihrer Regierungszeit vollzogen wurde, dass man erst prüft, ob es ein Abschiebungshindernis gibt, und dann abschiebt und nicht erst abschiebt und dann prüft.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie das machen wollen, dann gibt es wirklich Streit. Da erinnere ich einmal an das Jahr 1992. Im Jahr 1992 war nicht irgendwer schuld, dass die Republikaner hier in den Landtag kamen. Im Jahr 1992 hat die CDU in Bonn regiert, und da hat die CDU in Stuttgart regiert;

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gute Zeiten!)

Trotzdem hat die CDU plakatiert: „Asylrecht ändern“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dann haben die Leute gesagt: Ihr regiert in Bonn, im Bund, ihr regiert in Stuttgart und schreibt als Wahlversprechen hin:

„Asylrecht ändern“. Das glauben wir euch nicht, da müssen wir jemand anders wählen.

(Zuruf von der SPD: Republikaner! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Wer, obwohl er im Bund in der Regierungsverantwortung steht, den Eindruck erweckt, das Thema würde nicht anständig behandelt, der schürt Ängste,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und der führt denjenigen die Stimmen zu, die wir hier im Parlament nicht sehen wollen. Im Jahr 1992 ist es genau so gelaufen.

Sie sollten sich überlegen, ob Sie diesen Weg noch einmal einschlagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Wenn die SPD 1992 zugestimmt hätte, wäre das gut gewesen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, eine alte Weisheit lautet: „In guten Zeiten werden Haushalte ruiniert.“ Genau auf diesem Weg sind Sie, Herr Dr. Schmid.

(Minister Dr. Nils Schmid: Das trifft für Ihre Regierungszeit zu! So war das früher!)

Sie begründen den von Ihnen vorgelegten Haushalt mit Rekordsteuereinnahmen und erwecken den Eindruck, diese Rekordsteuereinnahmen seien eine Selbstverständlichkeit; dies sei immer so gewesen. Aber schauen wir uns doch einmal diesen Zeitraum zwischen 2010 und 2016 an. Die Mehreinnahmen betragen 9 Milliarden €. Da kann man doch nicht davon ausgehen, dass man – nach Adam Riese – in jedem Jahr wieder anderthalb Milliarden Euro Mehreinnahmen hat. Wenn das so wäre, hätten wir nach den 60 Jahren, die das Land besteht, Steuermehreinnahmen in Höhe von insgesamt 90 Milliarden €. So hohe Steuereinnahmen haben wir aber nicht; es sind 32 Milliarden € pro Jahr. Diese Milchmädchenrechnung funktioniert also nicht.

Man kann auch nicht davon ausgehen, dass es immer so weitergeht und die Entwicklung stets ansteigend ist. Sie haben gesagt, es könne durchaus auch einmal eine scharfe Rezession kommen. Ihr Haushalt ist aber nicht einmal so wetterfest, dass er eine leichte Rezession aushalten könnte, ja, er ist noch nicht einmal wetterfest genug für ein Nullwachstum.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Ihr Haushalt ist nur für den Fall wetterfest, dass es immer so weitergeht.

Es ist aber völlig klar, dass man nicht damit rechnen kann, dass die Einnahmesteigerungen auch weiterhin in einer so steilen Kurve erfolgen. Es ist auch nicht sicher, dass die Zinsentwicklung so bleibt, wie sie im Moment aussieht.

Nun behaupten Sie immer wieder, Sie würden sparen. Sie haben einiges aufgezählt. Sie haben gesagt, dass Sie bei den Be-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

amten sparen. Das stimmt. Das Nächste, was Sie angeführt haben, waren dann schon Steuererhöhungen. Dass Sie Steuererhöhungen und Steuermehreinnahmen als Einsparungen verkaufen, wissen wir inzwischen.

(Zurufe der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Wolfgang Drexler SPD)

Das ist aber nicht Sparen.

Dann haben Sie damit begonnen, der CDU vorzuwerfen, was sie alles fordert – nach dem Motto: „Ich bin der große Sparer, die CDU dagegen fordert.“ Herr Minister, das, was die CDU fordert, kann Ihnen in Ihrer Haushaltspolitik nicht helfen. Wir würden vielmehr gern von Ihnen wissen, wo Sie denn sparen. Der Kollege Glück hat dies nachgefragt, und da wurden das Landeserziehungsgeld sowie die angeblichen Orientierungspläne genannt. Aber dass es diese Orientierungspläne gar nicht gibt, sondern dass Sie dies alles durch Steuermehreinnahmen auffangen, ist mittlerweile hinlänglich bekannt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Faktum ist: Sie haben bei den Beamten Einschnitte beschlossen – das stimmt –, beispielsweise bei der Beihilfe. Sie haben das Landeserziehungsgeld abgeschafft. Das sind die beiden einzigen wirklichen Einsparungen. Aber im Gegenzug haben Sie die Studiengebühren gestrichen. Allein diese Maßnahme, die Abschaffung der Studiengebühren – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beantragen Sie doch die Wiedereinführung!)

– Kollege Drexler, wenn Sie vorhin zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich das angekündigt habe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sollen es beantragen! Ankündigen kann jeder!)

– Wir werden es auch beantragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen!)

– Herr Kollege Drexler, ich glaube, auch Sie sind lange genug im Parlament, um zu wissen, dass man im Rahmen einer Haushaltsdebatte keine Anträge einbringt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist falsch! Das sind Mythen! Früher hat man Anträge gestellt!)

– Aber nicht bei Haushaltsberatungen. – Im Übrigen sollten Sie als Vizepräsident des Landtags sich in dieser Debatte etwas besser benehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sagt der Richtige! – Unruhe)

Die Abschaffung der Studiengebühren, Herr Finanzminister – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Abschaffung der Studiengebühren reißt ein größeres Loch in den baden-württembergischen Landeshaushalt, als alle Ihre realen Sparmaßnahmen auffangen könnten –

(Vereinzelt Beifall)

ganz zu schweigen von den sonstigen Ausgaben, die Sie getätigt haben.

Dann hatten Sie, Herr Kollege Schmiedel, von Trick 17 gesprochen. Was ein Trick 17 ist, das hat der Finanzminister vorhin deutlich gemacht, indem er folgende Rechnung aufgemacht hat: „Wir machen weniger Schulden als die alte Landesregierung; denn unsere Schulden betragen pro 100 € an Ausgaben nur 1,50 €.“ So ist das aber natürlich keine Kunst. Wenn die Ausgaben exponentiell gesteigert werden, sinkt natürlich der Schuldenanteil pro 100 €. Diese Milchmädchenrechnung, meine Damen und Herren, ist relativ leicht zu durchschauen.

Dann hat uns der Finanzminister vorgetragen: „3,7 Milliarden € Neuverschuldung – das gebe ich ja zu.“

(Zuruf: Jetztle!)

Aber auf der anderen Seite stehen doch Investitionen in die Infrastruktur sowie Pensionsrückstellungen. Also sind das gute Schulden, und gute Schulden sind eigentlich gar keine Schulden. Im Grunde sind also diese 3,7 Milliarden €, weil es gute Schulden sind, keine Schulden. Also habe ich in diesen fünf Jahren gar keine Schulden gemacht.“ Mit dieser Logik haben Sie argumentiert. Aber dann frage ich Sie, Herr Minister: Was ist dann mit den Schulden der Vergangenheit? Sie haben doch in der heutigen Debatte selbst gesagt, Sie hätten ein gut geführtes Land übernommen; nicht alles sei schlecht gewesen. Beispielsweise verwies Kollege Schmiedel auf die Hochschulinfrastruktur.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Mit dieser Logik, meine Damen und Herren, können wir aber auch die Altschulden zu „Nicht-Schulden“ erklären. Denn auch in der Vergangenheit hat es gute Gründe gegeben, im Land Baden-Württemberg zu investieren.

Dann hatten Sie, Herr Finanzminister, darauf hingewiesen, dass wir – Kollege Hauk und ich – darauf verzichtet hätten, von „Wahlgeschenken“ zu sprechen. Das ist auch eine eigenartige Logik. Einerseits werfen Sie dem Kollegen Hauk vor, er hätte zu lange geredet, auf der anderen Seite zählen Sie auf, was Sie vermissen.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Noch einmal ganz eindeutig für das Protokoll: Natürlich bereiten Sie Wahlgeschenke vor. Es wäre doch völlig absurd, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Sie haben sich – davon war die Rede – zu neuen Schulden ermächtigen lassen. Sie haben Rücklagen in Milliardenhöhe, und Sie nehmen im Jahr 2015 noch einmal fast 800 Millionen € neue Schulden auf. Im Doppelhaushalt 2015/2016 wollen Sie dann all diese Milliarden „raushauen“. Da ist es doch völlig offensichtlich, dass es darum geht, sich 2016 mit einem solchen „Spendierhosenhaushalt“ den Wahlsieg zu erkaufen. Darum geht es, meine Damen und Herren, und das sagen wir in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Abschließend, Frau Kollegin Sitzmann – – Jetzt ist sie nicht mehr da; wahrscheinlich ist sie nach Villingen-Schwenningen

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

gefahren, um zu schauen, ob es die von ihr angeführte Familie wirklich gibt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hoffentlich nicht!)

Ich habe den Eindruck, das ist nicht der Fall. Sie erinnern sich an Christian und Leo usw.,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Martina, Emma!)

Namen, die wie ein grüner Faden die Reden der Kollegin Sitzmann durchzogen haben. Ich hatte noch auf die Oma, den Urpapa und den Onkel gewartet. Diese kamen aber nicht. Man hätte sie gut noch dazuerfinden können.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bessere Pflege! Super Sozialministerin!)

Aber Faktum ist, dass die Kollegin Sitzmann – das ist schon bemerkenswert – am Ende anhand dieser Familie zu dem Ergebnis gekommen ist: Die Menschen im Land Baden-Württemberg sind zufrieden mit dieser Landesregierung.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das zeigt auch die Umfrage!)

Dies werde mit dieser Familie bewiesen.

Offensichtlich muss Kollegin Sitzmann eine Familie erfinden, um hier überhaupt Leute vorstellen zu können, die mit dieser Landesregierung zufrieden sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gern nochmals auf drei Punkte eingehen. Denn ich bin allmählich am Verzweifeln, wenn es darum geht, Sachverhalte darzustellen.

Erstens: Es ist unbestreitbar – dies lässt sich in allen Statistiken nachlesen –: Der langjährige Trend seit dem Zweiten Weltkrieg sind steigende Steuereinnahmen. Wir eilen Jahr für Jahr von Rekord zu Rekord

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nicht jedes Jahr!)

– mit wenigen Ausnahmen; mit ganz wenigen Ausnahmen. In 30 Jahren gab es eine oder zwei, maximal drei Ausnahmen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

Um einmal zu konkretisieren, wie Sie mit diesen steigenden Steuereinnahmen in Ihrer Regierungszeit vor dem Erreichen einer Nettonull umgegangen sind, habe ich mir einmal die Nettosteuerereinnahmen der Jahre 2005 bis 2008 angeschaut. Das sind die Jahre, bevor Sie dann 2008 die Null erreicht haben. Diese Zahlen habe ich mit den drei Jahren vor unserem Erreichen der Nettonull 2016 verglichen, also mit dem Zeit-

raum 2013 bis 2016. Tatsache ist: Der Zuwachs der Nettosteuerereinnahmen im Land Baden-Württemberg in den Jahren 2005 bis 2008 betrug 4,3 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In den Jahren 2013 bis 2016 – also in den Jahren vor unserer Nettonull im Jahr 2016 – sind es 0,9 Milliarden €. Das heißt, in den Jahren vor der Nettonull hatten Sie in Ihrer Regierungszeit ebenfalls einen Zuwachs bei den Nettosteuerereinnahmen. Das ist auch gar kein Drama; denn das ist der Normalfall.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine sehr willkürliche Rechnung! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie hatten die Nettonull doch schon 2012! Die Einnahmen gingen hoch, aber Sie haben trotzdem die Verschuldung hochgefahren!)

So ist es bei uns auch.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist Verdrehung von Tatsachen!)

Sie hatten sogar höhere Steuermehreinnahmen als wir.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn Sie über Steuermehreinnahmen reden wollen, dann müssen Sie den gesamten Zeitraum anschauen, und dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie in Ihrer Regierungszeit bis auf wenige Ausnahmejahre stetig steigende Einnahmen hatten. In den letzten 45 Jahren haben Sie aber nur drei Mal die Null erreicht, während wir in sechs Jahren drei Mal die Null erreicht haben. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Solide Finanzpolitik!)

Zweiter Punkt: Ich bin wirklich etwas erschüttert, dass Sie trotz mehrfacher Erläuterungen immer noch an der Frage der Übertragung alter Kreditermächtigungen herumäkeln.

(Zuruf von der CDU: Das geht rechnerisch nicht!)

Wenn Sie mich auffordern, Herr Hauk, diese alten Ermächtigungen nicht in Anspruch zu nehmen, dann fordern Sie mich auf, Ausgabereste für den Bereich Hochschule nicht abzufinanzieren;

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

denn dafür gibt es diese alten Ermächtigungen. Sie fordern mich damit auf, Verkehrsinvestitionen in dreistelliger Millionenhöhe, bei denen es Ausgabereste gibt, nicht abzufinanzieren. Deshalb sage ich Ihnen: Wer da herumäkelt, der hat keine Ahnung von Haushalt und schadet dem Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jawohl!)

Ich will sehen, ob Sie den Mut haben, hier wirklich zu streichen, nachdem auch Sie diese Regelung stets in Anspruch genommen haben. Sie wollen doch hoffentlich auch, dass mit dem Ausbauprogramm für die Hochschulen Gutes für die

(Minister Dr. Nils Schmid)

Hochschulen getan wird und dass in die Verkehrswege des Landes investiert wird. Deshalb: Finger weg! Ich hoffe, Sie haben es endlich verstanden. Ansonsten machen Sie sich völlig unglaubwürdig – auch gegenüber den Partnern, gegenüber den Hochschulen, den Kommunen, auch gegenüber der Wirtschaft, die auf funktionierende Verkehrswege angewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Stratthaus?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Minister, Sie haben gesagt, die Steuereinnahmen seien gestiegen. Das ist sicher richtig. Aber in der Vergangenheit war die Inflation viel höher. Ist Ihnen bekannt – lassen Sie es einmal nachprüfen –, dass heute die Steuereinnahmen, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, ungefähr 15 % höher sind als vor fünf Jahren? Ich habe das heute Morgen nachgerechnet.

Es geht darum: Bei einer Inflationsrate von 5 % steigt das reale Einkommen eben wesentlich geringer. Ich habe ausgerechnet, wie hoch tatsächlich – nicht in Baden-Württemberg, sondern in der Bundesrepublik Deutschland – der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt ist. Da bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Anteil im Jahr 2003 ungefähr 20,5 % betrug und jetzt bei über 22 % liegt. – Ich muss ja eine Frage stellen: Ist Ihnen das bekannt?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Stratthaus, Sie sehen es mir nach: Ihre konkrete Rechnung ist mir jetzt erst bekannt geworden. Aber ich danke Ihnen dafür. Wir werden uns das gern noch einmal anschauen.

Tatsache ist: Das Verhältnis der Steuereinnahmen zum BIP ist über 40 Jahre relativ geringen Schwankungen ausgesetzt gewesen. Der Anteil lag lange Jahre bei 22, 23 % und ist dann etwas geringer geworden. Das hat manchmal auch etwas mit statistischen Effekten zu tun. Jetzt mag der Anteil wieder angestiegen sein. Ich glaube, dass diese Effekte nicht so gewichtig sind. Aber wir überprüfen das gern noch einmal. Das nehme ich gern auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Also gut! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Nein, nein. Wenn die Berechnungen von Herrn Stratthaus zutreffend sind – wovon ich erst einmal ausgehe –, dann läge der Anteil jetzt bei 22 oder 23 %. Das entspricht im langjährigen Schnitt dem Anteil, den die Bundesrepublik Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung über 40 Jahre mit gewissen Schwankungen aufgewiesen hat. Insofern wäre es nur eine Rückkehr zu Niveaus, die in der Vergangenheit schon erreicht worden sind. Insoweit ist der Erklärungswert für die konkrete Haushaltspolitik nicht so groß.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja!)

Ich will als Letztes noch etwas zum Thema Flüchtlingspolitik sagen, weil Herr Hauk da jetzt rückfällig geworden ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon wieder? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist ja unglaublich!)

Da will ich jetzt erst einmal über die Fakten reden. Tatsache ist: Im Jahr 2010 wurden etwa 850 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben. Das war in der Regierungszeit der CDU-FDP/DVP-Regierung. Im Jahr 2014 waren es etwa 900.

(Abg. Peter Hauk CDU: Von wie vielen? Von wie viel Ausreisepflichtigen? Das ist der entscheidende Punkt! – Gegenruf des Ministers Reinhold Gall: Jetzt wird es gefährlich!)

– Passen Sie auf! Damals gab es mehr Geduldete als heute.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Zahl der Abschiebungen in Baden-Württemberg hat zugenommen, die Zahl der Geduldeten hat abgenommen. Diese Zahlen zeigen die Fakten auf.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Äpfel mit Birnen verglichen!)

Das ist, glaube ich, kein Grund, um sich aufzuregen.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir werden es überprüfen!)

Jetzt komme ich zum heutigen Stand. Sie haben gesagt, es gebe etwa 14 000 abgelehnte Asylbewerber. Die Zahlen des Innenministeriums sagen aus, dass über 12 000 dieser Personen nicht abgeschoben werden können, weil es eine Reihe von rechtlichen Regelungen gibt, die eine Abschiebung unmöglich machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche?)

Das sind humanitäre Gründe, das sind Vorgaben aus dem Zuwanderungsgesetz, das sind Bleiberechtsregelungen, das ist die gesetzliche Altfallregelung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie einmal eine Ausschussanfrage!)

Deshalb warne ich Sie: Bauen Sie an dieser Stelle keinen Popanz auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Obwohl ich Sie jetzt zum zweiten Mal zu diesem Thema gehört habe, fehlt mir ein klares Bekenntnis von Ihnen, dass es auch bei abgelehnten Asylbewerbern individuell begründete, humanitär begründete Abschiebehindernisse gibt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Nennen Sie die Fälle!)

– Kranke Leute, die nur hier behandelt werden können,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie die Zahlen!)

Kinder, die hier zur Schule gehen oder in Ausbildung stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Es war bisher geübte Praxis – auch unter Ihrer Regierung, auch in anderen Ländern –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

dass diese individuellen Abschiebehindernisse gelten. Sie müssen sagen, ob Sie diese Praxis aufrechterhalten wollen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie viele sind das? Nennen Sie Zahlen!)

oder ob Sie sie beenden wollen. Wenn Sie es beenden wollen, dann sagen Sie es offen. Aber dann werden Sie erneut – so, wie im Wahlkampf 2011 – das Land spalten und nicht die Gesellschaft zusammenführen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Guter Minister! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen die Zahlen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Abg. Peter Hauk CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das jederzeitige Rederecht, das die Regierung hat, haben die Landtagsabgeordneten zumindest heute auch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er will immer das letzte Wort haben!)

Drei kurze Bemerkungen:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erstens noch einmal zum Thema „Kreditermächtigungen der Vorjahre“: Wenn Sie diese Kreditermächtigungen nicht in Anspruch nehmen wollen, Herr Finanzminister, dann erklären Sie das hier an diesem Rednerpult.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso denn?)

Es geht nicht um bereits zugesagte Bewilligungen aus Programmen, die finanztechnisch abfinanziert werden müssen, sondern es geht um Kreditermächtigungen des laufenden Doppelhaushalts 2013/2014. Wenn Sie diese nicht in Anspruch nehmen wollen, dann sagen Sie das, und dann ist das Thema erledigt. Sie haben das nicht erklärt. Daraus müssen wir das Schlimmste folgern.

(Minister Dr. Nils Schmid: Sie wollen es den Hochschulen nehmen!)

Zweitens zum Thema Nullneuerschuldung: Sie haben wieder Äpfel mit Birnen verglichen. Sie haben nämlich die Jahre 2005/2006 als Einstiegsmaßstab genommen, in denen wir nach der Depression erstmalig wieder steigende Steuereinnahmen hatten. Was war die Folge? Wir hatten eine Nullneuerschuldung in den Jahren 2008 und 2009 bei gleichzeitiger Rezession mit einem Absinken des Bruttoinlandsprodukts allein in Baden-Württemberg um 7,5 %; die Steuereinnahmen sind noch drastischer zurückgegangen. Dann haben Sie von dem Aufschwung profitiert und im Vollzug der Haushalte 2011 und 2012 die Nullneuerschuldung geschafft. In Ordnung. Aber das war doch nicht die Leistung dieser grün-roten Landesregierung.

(Abg. Claus Schmiedel und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Von wem denn sonst?)

Das war ein Windfall-Profit aus der guten konjunkturellen Entwicklung. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Finanzminister, jetzt erklären Sie mir einmal die Logik, die dahinter steht, nachdem Sie vorher hier gesagt haben, steigende Steuereinnahmen habe es in der Vergangenheit gegeben und gebe es auch jetzt. Jetzt erklären Sie mir einmal die Logik.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beschränkung der Redezeit!)

Wenn das „Ihre“ Nullneuerschuldung war, warum schaffen Sie es bei steigenden Steuereinnahmen 2013, 2014, 2015 und 2016 nicht, die Nullneuerschuldung zu erreichen?

(Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

Das ist doch die Frage. Wenn das damals „Ihre“ Nullneuerschuldung war, die auf der Basis des Handelns der alten Regierung erwirtschaftet wurde, dann frage ich mich, warum jetzt keine Nullneuerschuldung erreicht wird.

Als Letztes komme ich zum Thema Abschiebungen. Ich wollte dieses Thema nicht in den Mittelpunkt stellen. Aber anscheinend ist die Landesregierung unwillig und schiebt sogenannte individuelle Abschiebehindernisse vor, um nichts zu tun.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Florian Wahl: Jetzt geht's los!)

– Lassen Sie es mich kurz begründen. In Baden-Württemberg gibt es über 14 000 Ausreisepflichtige. Unter „Ausreisepflichtige“ sind all diejenigen zu verstehen, die kein behördlich zugesagtes Asyl- und Bleiberecht in Deutschland haben und damit auch keine Duldung in Deutschland haben.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Für diese Leute schreiben die Kollegen Briefe!)

Jetzt geht es auch um die Frage: Wie verfahren wir mit denen? Wie verfahren wir mit den Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten? Übrigens galt diese Regelung in den Jahren, auf die sich die von Ihnen zitierten Zahlen beziehen, unter einem CDU-Minister noch nicht.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Wie verfahren wir denn mit denen? Was passiert mit den Menschen aus Serbien und Bosnien-Herzegowina? Sie werden mir doch nicht erklären wollen, dass bei 12 000 von 14 000 Ausreisepflichtigen ein individuelles Abschiebehindernis vorliegt. Wenn doch, dann erklären Sie es hier dem Landtag. Die Zahlen wüssten wir gern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir wissen!)

Das glauben wir Ihnen nicht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Peter Hauk)

Deshalb fordern wir Sie einfach auf, nicht nur auf der großen politischen Bühne bürgerlich zu glänzen, sondern auch zu handeln. Ihren Worten folgen keine Taten. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16, Drucksache 15/5959, und Haushaltsbegleitgesetz 2015/16, Drucksache 15/5960 – zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten in die Mittagspause bis 15:15 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:12 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:18 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir fahren fort mit **Punkt 2** der Tagesordnung:

Regierungsbefragung

Das erste Thema lautet:

M u s i k h o c h s c h u l e

Es wurde angemeldet von der Fraktion der CDU.

Zur Erläuterung darf ich Frau Abg. Kurtz ans Rednerpult bitten.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Ich habe eine Frage zu den Musikhochschulen. Wir hatten das Thema Musikhochschulen ja auf der Tagesordnung der Sitzung vom 25. September. Damals ist dieser Tagesordnungspunkt gegen den Willen der Opposition von der Tagesordnung genommen worden. Wir hatten also in dieser Sitzung keine Gelegenheit, nach dem aktuellen Stand der Reform, die Sie ins Auge gefasst haben, zu fragen. Auch im Haushaltsplanentwurf können wir keine Änderungen bei den Haushaltsansätzen für die Musikhochschulen erkennen.

Im Bericht zum Staatshaushaltsplan verweisen Sie auch auf das für den 17. November vorgesehene Abschlussforum. Möglicherweise wollen Sie dort die Öffentlichkeit darüber informieren, zu welchem Schluss Sie gekommen sind.

Andererseits nehmen wir Medienberichte zur Kenntnis, nach denen der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Schmiedel, exklusiv den Bürgermeister von Trossingen informiert, dass der Bereich der Schulmusik an der Musikhochschule Trossingen verbleiben könne. Wir lesen sogar, dass an allen Musikhoch-

schulen weiterhin die Ausbildung von Musiklehrern stattfinden soll.

Deswegen meine Frage: Sehen Sie sich vielleicht in der Lage, uns heute, wenige Tage vor dem 17. November, an dem Sie uns allen verraten wollen, zu welchem Schluss Sie bei dieser Diskussion, die inzwischen anderthalb Jahre währt, gekommen sind, hier im Parlament darüber aufzuklären, was Sie mit den Musikhochschulen vorhaben?

Die zweite Frage: Gibt es noch weitere partielle und exklusive Informationen von Bürgermeistern oder Musikhochschulrektoren, von denen wir hier im Landtag keine Ahnung haben? Es wäre sehr nett, wenn Sie uns hier auch informieren würden. Ich kann doch davon ausgehen, dass Sie jetzt Bescheid wissen und dass es eigentlich korrekt wäre, auch uns hier in diesem Haus zu informieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bürgerfreundlich zum Landtag!)

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Frau Ministerin Bauer ans Rednerpult bitten.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Angesichts des überbordenden Interesses an diesem Thema könnten wir es vielleicht –

(Abg. Walter Heiler SPD: Wir sind interessiert! Sonst wären wir ja nicht da!)

– Genau. Vielleicht verstehen Sie, wenn ich Sie um etwas Verständnis dafür bitte, dass ich die Rede, die ich am Montag kommender Woche im Zusammenhang mit der Abschlussveranstaltung halten möchte – Sie haben die Einladung hoffentlich erhalten; falls nicht, sind hier noch welche zu haben –, heute hier nicht halten möchte. Denn sonst müsste ich es am Montag nicht mehr tun.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir könnten Ihnen noch ein paar Tipps geben!)

– Die Tipps nehme ich gern individuell entgegen. Aber Sie müssen schon verstehen, dass wir bei dem Zeitablauf bleiben werden, der geplant, mit den Musikhochschulen vereinbart und verkündet worden ist. Deshalb werden wir die Ergebnisse des Dialogprozesses „Zukunftskonferenz Musikhochschulen“ am Montag der Öffentlichkeit vorstellen und nicht heute.

Wenn es zu diesem Thema in letzter Zeit einige Telefonate zwischen Herrn Schmiedel und einem oder mehreren Bürgermeistern gab, sollte man Herrn Schmiedel dazu fragen. Es liegt nicht in meiner Hand, zu beurteilen, welche Einzelgespräche es mit Bürgermeistern gab oder gibt. Aber ich glaube, auch Sie kennen das aus dem politischen Geschäft. Es kommt vor, dass sie einen hin und wieder anrufen und einen Zwischenstand wissen wollen, und dann muss man schauen, wie man damit korrekt umgeht.

Deswegen kann ich das nicht kommentieren. Ich bin immer noch im Gespräch mit den Rektoren der Musikhochschulen,

(Ministerin Theresia Bauer)

wie wir die Vereinbarung konsentieren; deswegen kann ich Ihnen im laufenden Regierungshandeln vorab keine Berichte zu dem geben, was wir am Montag besprechen werden.

Das war auch der Grund, warum wir nach einer ausführlichen Anhörung, die wir im Juli dieses Jahres hier im Landtag hatten, in der wir ausführlich die verschiedenen Positionen der Musikhochschulen und der verschiedenen Gruppenvertreter – auch von außerhalb Baden-Württembergs – diskutiert haben, nicht im September schon wieder einen Zwischenstand mitgeteilt haben, sondern auch ein wenig Zeit gegeben haben, alles zu besprechen und zu verarbeiten, sodass es in ein Endprodukt für das weitere Vorgehen fließen kann, das möglichst breit getragen ist.

Ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass wir am Montag der Öffentlichkeit ein tragfähiges, ambitioniertes Konzept vorstellen können, das zeigt, dass der intensive Diskussionsprozess, den wir aufgesetzt haben und der seit einem halben Jahr läuft, sich bewährt und sich gelohnt hat. Wir reden heute über die Herausforderungen und die Aufgaben der Musikhochschulen anders, als es vor über einem Jahr noch der Fall gewesen ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist wahr!)

Das ist gut. Zu welchen Schlussfolgerungen wir gemeinsam gekommen sind, wird Gegenstand der Gespräche in der nächsten Woche sein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Abg. Heberer das Wort geben.

Abg. Helen Heberer SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Frau Ministerin, ich habe in der letzten Zeit sehr viele Rückmeldungen hinsichtlich des Prozesses, der angestoßen wurde, was die Neustrukturierung und die Umgestaltung der Musikhochschulen in Baden-Württemberg betrifft, bekommen. Meines Wissens ist es das erste Mal, dass das in dieser Form stattgefunden hat. Die Rückmeldungen der an diesen fünf Symposien und Fachforen Beteiligten waren durchweg positiv.

Wie bewerten Sie diesen Prozess? Denn Sie müssen Schlüsse daraus ziehen und daraus künftige Handlungsmaximen entwickeln. Wie sieht dieser Prozess aus Ihrer Sicht aus?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: In der Tat sind auch die Rückmeldungen, die ich erhalte, weit überwiegend positiv. Ich finde, der erste Beleg ist, dass über diese fünf Konferenzen hinweg wirklich eine hohe Beteiligung vorhanden war und ein hoher Anteil der Studierenden und der Hochschulcommunity, aber auch der Öffentlichkeit an den Debatten teilgenommen hat. Das zeigt, dass es spannende Fragen waren, die wir aufgeworfen haben.

Ich bekomme auch die Rückmeldung, dass schon heute in den Musikhochschulen ein Prozess eingesetzt hat, gemeinsam darüber nachzudenken, wohin man sich entwickeln will. Das ist meines Erachtens ein bisschen vergleichbar mit den Debatten um die Exzellenzinitiative, bei der man gesehen hat, dass ein Prozess angestoßen worden ist, in dessen Rahmen sich die Hochschulgemeinschaft als Ganzes überlegt: Wer sind wir, welche Aufgaben haben wir, und worauf wollen wir uns ver-

ständigen? Dieser Prozess ist begonnen worden, und ich freue mich sehr, dass dies gelungen ist.

Ich finde auch, dass wir bei den verschiedenen Konferenzen an einigen Punkten durchaus einen Konsens erzielt haben, was die künftigen Aufgaben und Herausforderungen angeht.

Ich möchte einmal ein Beispiel nennen. Es besteht Übereinstimmung darin, dass sich das gesellschaftliche Umfeld in den letzten Jahrzehnten – wir reden über längere Zeiträume – gewandelt hat und dass wir heute weniger feste Stellen in Chören und Orchestern vorfinden. Die Studierenden bzw. die Absolventen der Musikhochschulen müssen sich heute stärker als früher mit dem Thema Freiberuflichkeit ausekennen, sie müssen damit klarkommen. Viele von ihnen müssen verschiedene Standbeine miteinander in Übereinstimmung bringen. Deswegen ist das Thema Freiberuflichkeit in den Curricula, in der Ausbildung, in dem Studium an den Musikhochschulen fester zu verankern. Es besteht Übereinkunft zwischen allen, dass man da mehr tun muss.

Ein weiterer Konsens, der sich herauskristallisiert hat, ist, dass es wichtig ist, weniger als vielleicht bislang die Solistin oder den Solisten als die klassische Absolventin oder den klassischen Absolventen einer Musikhochschule im Blick zu haben und sehr viel stärker auf Ensemble- oder Orchesterspiel im Allgemeinen vorzubereiten. Dafür braucht man eine etwas anders gelagerte Qualifikation. Die Themen „Pädagogik und Didaktik der Musikvermittlung“ insgesamt müssen eine größere Rolle spielen, weil das die Felder sind, in denen heute ein größerer Anteil der Absolventen Beschäftigung finden wird.

Es ist in den Konferenzen auch sehr deutlich geworden, dass es Bereiche gibt, die in ihrer Bedeutung immer weiter wachsen. Ein wichtiges Stichwort war die professionelle Anleitung und Begleitung des Bereichs Amateurmusik, also Chorleitung, Ensembleleitung als eigene Tätigkeitsfelder. Das ist von wachsender Bedeutung. Auch das ist ein Ergebnis, das wir in den Fachkonferenzen festhalten konnten.

Ein weiteres Thema, das auch verschiedene Konferenzen durchgezogen hat, ist die Frage: Wie gehen wir mit dem Thema Interkulturalität um? Eine Musikhochschule ist ein hochgradig internationaler Ort. Musik als weltverbindende Angelegenheit kann man dort in einer besonderen Art und Weise leben, aber man muss das auch mit Inhalten füllen. Deswegen ist der Anspruch, Interkulturalität als Konzept in den Musikhochschulen besser zu verankern, inklusive der Thematik Sprachkompetenz. Kommunikationskompetenz der Studierenden untereinander und mit ihrem Lehrkörper spielt eine Rolle und wird sich auch in den Schlussfolgerungen niederschlagen.

Das waren ein paar Beispiele, um zu beleuchten, dass es viele gemeinsame Einsichten in das gibt, worüber wir künftig verstärkt nachdenken müssen.

Es gibt meines Erachtens auch die gemeinsame Einschätzung, dass wir dann, wenn wir unsere kleinen Musikhochschulen – das ist ja eine Besonderheit der baden-württembergischen Musikhochschullandschaft; mit fünf Musikhochschulen haben wir mehr als andere Länder – mit ihren vergleichsweise kleinen Einheiten sichtbar machen und zukunftsfähig aufstellen wollen, um in den Kategorien von Exzellenz nachzudenken, nicht an jedem Standort alles machen können, sondern ver-

(Ministerin Theresia Bauer)

stärkt auf Profilbildung, auf das Herausarbeiten der eigenen Stärke, auf das Zusammenarbeiten im Sinne von mehr Arbeitsteilung setzen müssen. Auch das hat sich als Erkenntnis durchgesetzt. Das baut – das ist eine wichtige Einschätzung – auf der Erkenntnis auf, dass jede Musikhochschule so etwas wie einen Kern haben muss, der an jedem Standort unverrückbar vorgehalten wird.

(Abg. Helen Heberer SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, schon in der Konzeption steht der Auftrag, dass die Musikhochschulen Profile ausbilden sollen. Ich freue mich wirklich, dass das Ministerium jetzt eine eineinhalbjährige Fortbildung hinter sich hat. Diese ganzen Foren waren ja ein ziemlich teurer Prozess. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich habe das Gefühl, Sie haben aus der Not eine Tugend gemacht. Sie haben im Sommer 2013 im Anschluss an die Empfehlung des Rechnungshofs, wie man in Zukunft mit den Musikhochschulen verfahren sollte, einen Vorschlag gemacht und damit eine ziemliche Bauchlandung hingelegt. Dann kamen Sie auf die Idee, diese Foren einzurichten.

Ich muss Ihnen sagen: Diese Foren waren nicht immer so toll. In Freiburg sollte es um die Schulmusik gehen. Es ging aber überhaupt nicht darum. Der Unmut war sehr groß. Dem ersten Forum in Mannheim wurde eindeutig bescheinigt, dass es am Thema vorbeigegangen sei. Ich würde deshalb sagen, dass Sie sich dessen nicht unbedingt so rühmen sollten. Ich muss hier für die CDU ausdrücklich Unmut artikulieren, denn im Grunde waren es Showveranstaltungen, die Sie da gemacht haben. Sie lassen sich dort vortragen – natürlich in aller Öffentlichkeit –, aber Entscheidungen werden dann hinter verschlossenen Türen gefällt.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Eine Frage bitte!)

Offensichtlich schaffen Sie nicht einmal die Abstimmung mit dem Koalitionspartner.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Wo ist die Frage, Frau Kurtz?)

Wenn Sie sich hier jetzt damit herausreden, dass Herr Schmiedel Ergebnisse des Regierungshandelns verkündet, und Sie mir nicht darauf antworten können, wie das zustande kommt, finde ich das sehr seltsam.

(Zuruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Also noch einmal die Frage: Gedenken Sie tatsächlich, das Parlament ausschließlich über dieses öffentliche Forum am 17. November zu informieren, und finden Sie es tatsächlich in Ordnung, dass Sie im September diesen Antrag, den wir im Ausschuss noch offen hatten, absetzen ließen? Wie möchten Sie denn den demokratischen Prozess, der sich in diesem Land eigentlich immer noch mit dem Parlament abspielen sollte, irgendwie einhalten? Oder ist der jetzt völlig abgelöst von öffentlichen Veranstaltungen?

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Meine Güte!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Abgeordnete, Sie sind sicherlich eine erfahrene Abgeordnete, seit drei Jahren in der Opposition tätig. Sie sind auch Sprecherin Ihres Arbeitskreises. Einen Antrag im Wissenschaftsausschuss kann die Wissenschaftsministerin nicht absetzen. Das hat sie auch nicht getan. Das macht schon der Ausschuss selbst. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich meine, Sie müssten verfahrenssicher genug sein, um mir so etwas nicht zu unterstellen. So etwas ginge gar nicht, und so etwas würde ich nie im Leben tun.

Jetzt noch einmal zurück zu der Frage: Was haben diese Veranstaltungen gebracht? Wir haben offensichtlich unterschiedliche Rückmeldungen bekommen. Es gehört in einer Demokratie vielleicht dazu, dass man unterschiedliche Dinge hört oder heraushören will. Es war jedenfalls keine Fortbildungsveranstaltung für das Ministerium. Dafür waren viel zu viele Leute da. Es wäre schön, wenn ich so viele Mitarbeiter im Ministerium hätte und sie so oft zu einer Tagesveranstaltung abstellen könnte.

Es war offenkundig ein großes Interesse an diesen Veranstaltungen vorhanden, sonst wären nicht jeweils zwischen 200 und 400 Personen gekommen, die einen ganzen Tag investiert haben, um verschiedene Fragen zu diskutieren. Solche Fragen waren z. B., welche Rolle künftig die Pop- und die Weltmusik spielen sollen, welche Bedeutung die Amateurmusik hat usw. Sie waren bei den meisten Veranstaltungen anwesend. Ich bin nicht unzufrieden mit dem Verlauf. Es hat ein anhaltend großes Interesse gegeben.

Lassen Sie mich, um zum Ausgangspunkt zurückzukommen, noch etwas zu dem Vorschlag sagen, der zusammen mit den Rektoren – nicht im Konsens, aber zusammen mit den Rektoren – vor einem Jahr als Antwort auf die Empfehlung des Rechnungshofs präsentiert wurde. Lassen Sie mich einfach noch einmal rekapitulieren, was da passiert war.

Wir standen vor der Situation, dass nach einem Jahrzehnt des unregulierten Wachstums der Musikhochschulen – an den verschiedenen Standorten unterschiedlich stark –, ohne ihnen zusätzliche Ressourcen zu geben – das war die Ausgangslage; 1998 hatte die alte Regierung Zahlen festgelegt –, die Studienqualität nicht besser wurde und übrigens auch die Situation der Beschäftigten darunter gelitten hat. Wir standen also nach einem Jahrzehnt des ungezügelter, unregulierten Expansions vor der Situation, dass der Rechnungshof gesagt hat: „Das geht so nicht weiter. Wir schlagen vor, den Rasenmäher einzusetzen und bei allen etwas zu kürzen. Wir nehmen die vermeintlich ökonomischsten Musikhochschulen, also die, die pro Student bzw. Studentin am wenigsten Geld zur Verfügung haben, als Maßstab für eine gute Musikhochschule.“ Das war der Weg, den der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Das war die Bedrohung, wie es die Musikhochschulen auch selbst formuliert haben. Darauf brauchte es eine Antwort.

Die Antwort, die wir unter dem Slogan „Exzellentes Vollangebot in Baden-Württemberg bei Profilierung der einzelnen Standorte“ gegeben haben, dieses Konzept ist in diesem Jahr der Debatten in vollem Umfang bestätigt worden. Genau dieses Konzept werden wir anwenden. Wir schauen auf die Qualitätsverbesserung. Wir wollen das Vollangebot im Land Baden-Württemberg halten. Wir werden nicht an jedem Standort alles machen. Wir werden aber jeden Standort besser ma-

(Ministerin Theresia Bauer)

chen, indem Stärken herausgearbeitet werden, ein Kernangebot garantiert wird und ansonsten arbeitsteiliger und synergetischer gearbeitet wird – in dem Sinn, dass nicht alles fünfmal im Land vorgehalten werden muss.

Diese Devise ist die Antwort. Sie ist die Alternative zum unregulierten Wachstum und zu der vom Rechnungshof vorgeschlagenen Kürzung nach der Rasenmähermethode. Dieses Modell hat sich in vollem Umfang durchgesetzt. Wir werden jetzt im Detail einige andere Facetten, einige andere Verfahren erleben, die sich im Laufe des Jahres herausgestellt haben und mit denen ich außerordentlich zufrieden bin. Ich halte sie für tragfähig und für sinnvoll. Alle miteinander unterstreichen, dass die Devise, die Qualität in den Vordergrund zu stellen, richtig war. Qualitätssicherung an fünf Standorten ist nicht einfach. Dies geht nur, wenn man Profile, Leuchttürme, Unterschiede herausarbeitet und nicht an allen Standorten alles macht. Nach dieser Devise wird das Konzept nächste Woche auch präsentiert werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Kern das Wort.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Frau Ministerin, teilen Sie die Auffassung, dass es im Nachhinein betrachtet richtig war, seinerzeit nicht dem Rechnungshofsvorschlag zu folgen, diese relativ gleichmäßige Kürzung bzw. Rückführung durchzuführen, sondern stattdessen die Qualität der Lehre und des Angebots in den Musikhochschulen, den Bedarf und dergleichen abzuprüfen, zu untersuchen und jetzt, zu den Haushaltsberatungen hin, eine Lösung vorzuschlagen? Würden Sie unterschreiben, dass dies der richtige Weg gewesen ist?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank. – In der Tat glaube ich, wie bereits angedeutet, dass es richtig war, dem Rechnungshof in diesem Punkt eine sehr dezidierte Absage zu erteilen. Denn der Vorschlag des Rechnungshofs war qualitätsgefährdend.

Die Qualität war bereits durch dieses Jahrzehnt des Wachstums ohne zusätzliche Finanzen bedroht. Wir haben nun in vielen Debatten gemeinsam eine Konzeption erarbeitet, die auf Differenzierung setzt. Diese Differenzierung sieht auch Bestandssicherung vor, sodass keine Debatte darüber aufkommt, welcher Standort überlebensfähig ist. Bestandssicherung, Differenzierung, das Ausarbeiten der Stärken und eine stärkere Arbeitsteilung, das ist die richtige Antwort. Sie ist notwendig, um die Musikhochschulen in eine gute Zukunft zu führen.

Darüber hinaus haben wir in der Tat noch ein paar Felder entdeckt, bei denen wir sagen: Hier muss in Zukunft wirklich mehr gemacht werden. Wir müssen verstärkt Zukunftsaufgaben in den Blick nehmen. Auch dies muss gestemmt werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Heberer das Wort.

Abg. Helen Heberer SPD: Frau Ministerin, ich habe noch eine Frage zu dem Prozess. Am Anfang, am Ausgangspunkt der ganzen Unternehmung, gab es recht unterschiedliche Standpunkte aufseiten der fünf Rektoren. Wie bewerten Sie den Prozess mit Blick auf die fünf Hochschulrektorinnen und -rektoren? Gibt es hier gemeinsame Nenner? Besteht die Aussicht,

dass sich das Land sicher sein kann, dass man in der musikalischen Ausbildung an einem Strang zieht und sich gegenseitig befruchtet? Wie bewerten Sie dies? Sie haben ja immer wieder sehr eng mit den Rektoren zusammengearbeitet.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: In der Tat gab es eine Phase, in der die Beziehung der Rektoren untereinander sehr strapaziert war.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Ich glaube, dass diese Zeit überwunden ist. Die Rektorinnen und Rektoren sind in einem engen Gespräch miteinander. Da besteht auch heute nicht überall Konsens. Es wäre auch merkwürdig, wenn man in allen Punkten übereinstimmen würde. Es ist aber nicht so etwas wie eine Lagerbildung zu erkennen. Man redet vielmehr in der Sache miteinander. Der Bereich der gemeinsamen Einschätzung ist tragfähig, ist weit genug, um miteinander in eine gute Zukunft zu gehen.

Denn dieses Konzept der Differenzierung funktioniert nur dann, wenn man kooperiert. Die Frage, welche Fächer, welche Spezialisierung man im Land nur noch einmal bzw. zweimal anbietet, bedeutet, dass man immer miteinander im Gespräch bleiben muss. Man muss schauen, dass das Vollangebot im Land gewährleistet ist. Es kann also z. B. nicht jeder an derselben Stelle sagen: Wir schenken uns das Fach Harfe. Deswegen muss die Kooperationsfähigkeit notwendigerweise hinzukommen, wenn wir auf ein Konzept der Differenzierung und der Arbeitsteilung setzen. Mein Eindruck ist, dass die Rektoren das sehr gut hinbekommen. Der Gesprächskontakt ist eng genug. Auch bei aller Anstrengung, die das in Zukunft bedeutet, werden wir diesen Prozess miteinander weiter voranbringen.

Ich kann schon einmal sagen, dass wir nächste Woche nicht am Endpunkt einer Debatte ankommen werden. Wir werden vielmehr definieren, in welchem Rahmen und mit welchen Leitplanken der weitere Entwicklungsprozess stattfinden soll.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, könnten Sie hier bei der Frage hinsichtlich der Musiklehrer für Klarheit sorgen? Denn in der Presse ist ziemlich uneindeutig darüber spekuliert worden. Wird es denn jetzt an allen Standorten eine Musiklehrerausbildung geben, oder sprechen Sie nur ein grundsätzliches Angebot aus und behalten sich vor, später zu entscheiden, welcher Standort den Zuschlag für die Schulmusikausbildung bekommt, je nachdem, ob dann verschiedene Bedingungen, die Sie noch stellen werden, erfüllt werden?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: In der Zeitung war in der Tat nachzulesen, dass Schulmusikausbildung grundsätzlich, so wie heute schon, an jedem Standort angeboten werden kann. Der Studiengang kann überall angeboten werden, sofern eine Konzeption vorliegt, die belegt, dass die Reform der Lehrerbildung, die sich gerade in der Umsetzung befindet, jeweils vor Ort abgebildet und umgesetzt werden kann.

Es ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit, dass diese Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Dafür brauchen wir noch

(Ministerin Theresia Bauer)

ein wenig Zeit. Die Reform der Lehrerbildung wird gerade erst ausbuchstabiert. Dies ist auch keine harmlose Ansage. Für Musikhochschulen ist es gar nicht einfach, diese Reform umzusetzen. Deswegen werden sie auch die nötige Zeit bekommen, um diese Konzeption zu erarbeiten. Dann sieht man weiter.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Fragen vor. Dieses Thema ist damit beendet.

Ich rufe das zweite Thema auf. Es wurde von der Fraktion GRÜNE angemeldet.

ÖPNV-Pakt für die Region Stuttgart

Ich erteile Herrn Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema „ÖPNV-Pakt für die Region Stuttgart“ für die Regierungsbefragung angemeldet.

Wir haben vernommen, dass das Kabinett gestern hierzu einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat. Herr Minister, uns würde interessieren, welche Sonderrolle die Region Stuttgart im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs einnimmt und wie Sie sich hier engagieren. Denn wir sehen die Notwendigkeit, die Verkehrsprobleme in der Region Stuttgart zu lösen und dabei auf einen starken öffentlichen Nahverkehr zu setzen. Mich würde interessieren, welche konkreten Verbesserungen für die Fahrgäste zu erwarten sind.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Hermann an das Rednerpult bitten.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat gestern einen Gesetzentwurf verabschiedet, der nun ins parlamentarische Verfahren geht. Im Wesentlichen beinhaltet er die Absprachen, die Verständigung zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt und den Landkreisen in dieser Region.

Wie Sie vielleicht verfolgt haben, haben wir damit einen langjährigen Streit beendet. Es gab eine Auseinandersetzung darüber, wer eigentlich für bestimmte Verkehrsfragen in dieser Region zuständig ist. Wie Sie wissen, ist der Verband Region Stuttgart – dieser verfügt übrigens über ein Parlament – als besondere Einrichtung im Land gegründet worden, um die Verkehrsprobleme in der Region besser zu lösen. Der Verband Region Stuttgart ist zuständig für die S-Bahn. Für die Busse sind aber nach wie vor die kommunalen Aufgabenträger zuständig. Im Zuge der rechtlichen Änderungen durch die Europäische Union, die es notwendig machen, eine allgemeine Vorschrift zu erlassen, wenn es Tarife gibt, die angewendet werden sollen und die ausgeglichen werden müssen, kam es zu einem Streit zwischen dem Verband Region Stuttgart, der dies für sich beansprucht hat, und den Landkreisen, die dies als ihr Recht angesehen haben.

Mein Ansatz für diese Gespräche und diesen Kompromiss war, dass es doch eigentlich um die Fahrgäste geht. Es geht doch darum, dass wir Staus in der Region abbauen. Wie muss

eigentlich ein Konzept aussehen, um den Verkehr in dieser Region nachhaltig besser zu gestalten?

Auch die Frage, ob es eine besondere Region ist, ist berechtigt. Ja, es ist eine besondere Region, weil sie natürlich hochgradig verdichtet ist, weil es sehr viel Verkehr und auch viel Pendlerverkehr in dieser Region gibt, was viele Staus verursacht.

Aus genau diesen Gründen haben wir an dem alten Gesetz weitergearbeitet und uns gefragt, wie wir den Verband Region Stuttgart stärken, ein besseres Angebot in der Region vorhalten und gleichzeitig die Kompetenzen der Landkreise bewahren können.

Herausgekommen ist ein Konzept der Verständigung. Die Landkreise bemühen sich, ihre Busverkehre in den nächsten Jahren so mit der S-Bahn zu vertakten, dass es funktioniert. Bisher war es so, dass die Landkreise in Randbereichen nicht angemeldet haben – jedenfalls nicht in dem Takt, in dem die S-Bahn etwa am Wochenende oder abends zu späten Stunden angekommen ist. Jetzt haben die Landkreise zugesagt, dies in den kommenden Jahren einzurichten.

Dem Verband wiederum wurde die zusätzliche Kompetenz eingeräumt, sogenannte Expressbuslinien einrichten zu können. Was sind das für Buslinien? Sie dürfen den vorhandenen Busverkehrslinien keine Konkurrenz machen, die im kommunalen Bereich an jeder Haltestelle halten. Expressbuslinien sind vielmehr eine Art S-Bahn auf der Straße, und zwar dort, wo es keine S-Bahn gibt. Das ist wichtig: Sie verkehren dort, wo es keine S-Bahn gibt.

In Stuttgart läuft das gesamte S-Bahn-System sternförmig auf den Hauptbahnhof zu. Es gibt in der Region allerdings auch viele Verkehre, die tangential ablaufen. Denken Sie beispielsweise an die Relation Leonberg–Vaihingen–Flughafen. Diese Strecke ist mit dem ÖPNV schwer und mit der S-Bahn sogar sehr schwer zu bewältigen. Sie müssten erst in die Stadt hineinfahren und dann aus der Stadt herausfahren. Es gibt viele solcher Relationen. Für diese tangentialen Linien, die auch Kreisgrenzen überschreiten, hat der Verband nun die Kompetenz bekommen, Expressbuslinien einzurichten, die nur an großen Umsteigestellen und Mittelzentren halten und schneller als ein normaler Stadtbuss fahren.

Für die Fahrgäste ist das natürlich ein neues Angebot. Sie kommen direkter z. B. zum Flughafen oder – jetzt nehme ich eine Tangente als Beispiel – von Fellbach nach Ludwigsburg. Es gibt also verschiedene Strecken, die die Fahrgäste damit schneller bewältigen können.

Darüber hinaus wollen wir die in Spitzenzeiten überlasteten S-Bahnen durch die Busse ein Stück weit entlasten.

Letzter Punkt: Es geht nicht nur um den ÖPNV. Der Verband Region Stuttgart hat zusätzlich die Kompetenz bekommen, den Umsteigeverkehr, das Vernetzen der verschiedenen Verkehrsarten zu organisieren und zu koordinieren, beispielsweise die Park-and-Ride-Plätze in der Region zu bewirtschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Minister, ich habe eine Frage zum ÖPNV-Pakt. Es ist in der Zielsetzung vorgesehen, dass etwa 20 % mehr Fahrgäste den ÖPNV nutzen sollen. Wir alle wissen allerdings, wie voll schon heute die S-Bahnen und Busse sind. Ist dieses Ziel mit den angedachten Maßnahmen – Stichwort Expressbusse – zu erreichen?

Sie haben auch gesagt, dass Mindeststandards definiert werden. Das ist eine neue Form. Das heißt, es könnte auch sein, dass das Land die Standards in Zukunft reduziert, sodass man die Kommunen stärker zur Kasse bitten könnte. Was können wir uns unter einer Definition der Standards vorstellen?

Eine Antwort auf diese Frage ist für die Kommunen und Kreise, die derzeit sehr mit den Sozialausgaben zu kämpfen haben, sehr wichtig. Schließlich befürchten sie, dass neue Kosten auf sie zukommen könnten, wenn die Standards jetzt möglicherweise neu definiert werden.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Die Standards der Bedienung und der Qualität in der Region werden von der Region und nicht vom Land gesetzt. In den Landkreisen machen das die Landkreise natürlich selbst.

Der Streit resultierte eben daraus, dass es dort unterschiedliche Standards gab. Während ein Kreis beispielsweise festgelegt hat, dass dort abends ab 22:00 Uhr keine Busse mehr fahren, hat sich die Region entschieden, dass die S-Bahnen bis spät in die Nacht fahren, und zwar auch am Wochenende.

Um diese Angleichung der Standards geht es. Wir haben in der Moderation darauf hingewirkt, dass die Standards zusammenpassen. Die Kreise, die Landeshauptstadt und der Verband haben sich darauf verständigt, diese Standards in den nächsten Jahren anzugleichen. Wir senken also keine Standards ab, sondern heben die Standards gemeinsam auf ein höheres Niveau.

Jetzt zur Frage, wie man noch mehr Fahrgäste für den ÖPNV gewinnen kann, obwohl die Straßenbahnen, die S-Bahnen und die Busse schon heute übervoll sind. Gerade deswegen haben wir uns überlegt, was wir tun müssen, wenn wir zwar mehr Fahrgäste im ÖPNV wollen, diese aber nicht hineinzwingen wollen; wir wollen schließlich keine Viehwaggons aus diesen Stadtbahnen und S-Bahnen machen. So kam es zu dem zusätzlichen Busangebot, welches weitere Kapazitäten bietet.

Sie müssen sich das einmal vor Augen halten: Wenn Sie nicht mehr mit der S-Bahn erst nach Stuttgart Hauptbahnhof müssen, um dann wieder mit der S-Bahn aus Stuttgart herauszufahren, sondern direkt den tangentialen Expressbus nutzen können, dann entlasten Sie die S-Bahn; denn Sie fahren tangential im Norden, im Süden oder im Osten an Stuttgart vorbei, weil Sie eigentlich gar nicht ins Zentrum möchten.

Außerdem – das muss ich noch nachschieben – geht es nicht nur um die S-Bahnen. Vielmehr hat sich das Land im Rahmen des Zielkonzepts 2025 – das realisieren wir jetzt mit den Ausschreibungen – dazu verpflichtet, zusätzlich sogenannte Metropolexpresszüge einzusetzen, die im Nahbereich, im Verdichtungsbereich im Halbstundentakt und darüber hinaus im Stundentakt fahren. Metropolexpresszüge sind Züge, die auch außerhalb des S-Bahn-Netzes fahren. Die Verkehrsregion ist

ja größer als der Verband Region Stuttgart. Daher haben wir diese Metropolexpresszüge geschaffen, die z. B. bis Tübingen, Aalen oder Heilbronn fahren. Sie haben außerhalb des S-Bahn-Netzes die gleiche Aufgabe wie die S-Bahn: Sie sollen gewissermaßen die Leute in der Region einsammeln und im S-Bahn-Bereich schnell befördern. Dann sitzen die Passagiere nicht endlos lange im Zug, sondern haben einen gewissen Zeitgewinn und können im Nahbereich in den größeren Stationen aus- und umsteigen.

Alles in allem ist damit eine deutliche Ausweitung des Angebots gegeben, und wenn wir das so ausweiten, dann wollen wir auch, dass mehr Fahrgäste dieses Angebot nutzen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hollenbach das Wort.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Minister, Sie sagen immer wieder: „Wir verbessern die Standards. Wir werden ein besseres öffentliches Verkehrsangebot installieren.“ Ist auch daran gedacht, die Geldströme zu ändern? Sprich: Wird sich das Land an diesen Mehrkosten – denn es wird mit Sicherheit einiges mehr kosten – beteiligen, oder verbleiben die Mehrkosten ausschließlich auf der kommunalen Ebene?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir haben natürlich darüber geredet, wer was finanzieren muss. Schon heute bekommt der Verband Region Stuttgart Geld vom Land, damit er seine S-Bahnen bestellen kann. Das macht er aber in Eigenregie. Wir reden ihm nicht hinein, sondern das Geld wird pauschal überwiesen, und er entscheidet, was er damit macht.

Zukünftig wird der Verband, wenn er Expressbuslinien einrichtet, diese Expressbuslinien finanzieren müssen. Deshalb hat man sich darauf verständigt, dass die Verkehrsumlage dafür verwendet wird. Das heißt, letztendlich bezahlen es die Landeshauptstadt und die Landkreise in der Region. Sie bekommen für ihre Bürgerinnen und Bürger aber ein besseres Angebot.

Das Land hingegen ist zuständig für den Schienenpersonennahverkehr. Dieser wird im Moment ausgeschrieben. Wir glauben, dass wir durch den Einsatz der Mittel, die wir aus den Regionalisierungsmitteln beibringen, und durch das Ausschreibungskonzept das Angebot insgesamt finanzieren können.

Im Übrigen darf ich an dieser Stelle noch einmal auf mein Mantra hinweisen: Wir brauchen auf Bundesebene endlich Klarheit, wie es mit den Regionalisierungsmitteln weitergeht, damit wir auch noch in den nächsten Jahrzehnten Schienenpersonennahverkehr bestellen können. Es ist immer noch so, dass die Bundesregierung und vor allem der Bundesfinanzminister nicht bereit sind, obwohl es schon zwei Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und schon mehrere Beschlüsse von Verkehrsministerkonferenzen gab. Wir brauchen endlich eine Lösung, weil die bisherige Regelung Ende des Jahres ausläuft.

Es ist ein Skandal, wie ich finde, dass der Bundesfinanzminister gewissermaßen wie ein Pokerspieler sagt: „Ich mache da nichts. Ich will das mit allen anderen Finanzfragen verdealen.“ Das ist zum Schaden des Verkehrs und der Menschen.

(Minister Winfried Hermann)

Wir müssen im Grunde auf einer sehr fragilen Basis handeln, weil wir nur vermuten können, dass wir Geld bekommen. Aber wie viel genau, das wissen wir nicht. Ich kann Sie nur bitten, bei Ihrer Bundestagsfraktion und bei der Bundesregierung, die Sie ja mit Ihrer Partei unterstützen, einmal dafür zu werben, dass es da endlich vorangeht.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Tschenk das Wort.

Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Herr Minister, Sie haben sich für diese ÖPNV-Reform sehr engagiert. Deswegen meine erste Frage: Worin besteht konkret das Interesse des Landes an dieser Reform?

Die zweite Frage: Welche Rolle ist dem Regionalverband dabei zugeordnet?

Vielen Dank.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Das Land hat ein großes Interesse daran, dass es im Ballungsraum, im Agglomerationsraum Stuttgart ein funktionierendes Verkehrssystem gibt. Sehr viele Menschen haben hier Arbeit. In diesem Raum wird ein Großteil der Wirtschaftskraft des Landes realisiert. Er ist sozusagen das Zentrum der Exportwirtschaft in Baden-Württemberg. Es muss das Interesse des Landes sein, dass es in diesem Raum ein funktionierendes Verkehrssystem gibt. Wir können nicht zuschauen, dass die Busse übertoll werden und es trotzdem noch zu Staus auf der Straße kommt. Da muss man etwas tun.

Um die Verkehrsprobleme besser angehen zu können, hat man vor 20 Jahren den Verband Region Stuttgart gegründet. Aber 20 Jahre nach dieser Gründung müssen wir sagen: Er reicht nicht aus, weil die Verkehrsströme in dieser Region größer und breiter sind und mehr erfassen. Auch waren die Kompetenzen des Verbands Region Stuttgart sehr beschränkt.

Deswegen waren übrigens auch alle in der Regionalversammlung vertretenen Fraktionen – mit Ausnahme der Freien Wähler – daran interessiert und haben gesagt: „Wir brauchen dringend mehr Kompetenzen für den Verband Region Stuttgart.“ Die Mehrheit in der Regionalversammlung hätte am liebsten sämtliche Busverkehre mit übernommen, weil man meint: Aus einem Guss wird es besser, deswegen sollte das Ganze in einer Hand liegen.

Das war einer der Konflikte, die wir dadurch gelöst haben, dass wir anerkannt haben: Die Landkreise und die Landeshauptstadt waren nicht bereit, das abzugeben. Dafür hatten sie auch gute Gründe. Deshalb habe ich gesagt: Daran rühren wir nicht. Aber was wir verbessern können, sind die Kooperation und die Koordination. Es darf doch nicht wahr sein, dass man in einem Raum wohnt, in dem sozusagen im Umkreis von wenigen Kilometern nach unterschiedlichen Standards und Regimen gearbeitet wird. Auch nehmen die Menschen die Grenzen formaler Art nicht genauso wahr, wie das manchmal die Politik tut.

Noch einmal: Der Verband Region Stuttgart ist, glaube ich, wirklich wichtig, was die Lösung der Verkehrsprobleme in dieser Region anlangt. Es ist höchste Zeit, dass diesem Verband auch einige zusätzliche Kompetenzen gegeben werden. Dafür schafft das vom Kabinett auf den Weg gebrachte Gesetz eine neue Grundlage.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Minister, ich begrüße es außerordentlich, dass der Regionalexpress mit den Regionalexpresszügen auch das Umland der Metropolregion erreicht.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag eine Aussage zur Tarifvielfalt und zu den 22 Verkehrsverbänden gemacht. Ist im nächsten Schritt jetzt angedacht, auch die Schnittstellen ein Stück weit abzugleichen, z. B. die Schnittstellen Lauffen/Kirchheim, Kirchheim/Region Stuttgart, Lauffen/Region Heilbronn-Franken, sodass für die Nutzer eine durchaus bestehende Schwelle gesenkt wird? Haben Sie da noch etwas vor? Das wäre, denke ich, ein gutes Mittel, um noch mehr Menschen in die Bahn zu bringen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Mit diesem Punkt sprechen Sie in der Tat ein richtiges Problem an, das wir in Baden-Württemberg insgesamt haben. Wir haben 22 Verbände und deswegen auch sehr viele verbundüberschreitende Verkehre und Grenzen, die das Ganze stören. Denn man müsste theoretisch manchmal für eine Strecke von 10, 15 km drei Karten lösen. Deswegen haben die Verbände selbst schon Anschlusstickets geschaffen. Die Verbände sind übrigens primär zuständig – nicht das Land.

Wir, das Land, wollen das aber gern steuern und begünstigen. Denn aus meiner Sicht ist die bestehende Struktur von gestern; sie passt nicht zur Mobilitätskultur und zu den Mobilitätsbedürfnissen der heutigen Zeit. Deswegen haben wir in den Koalitionsvertrag auch die Idee eines Landestarifs eingebracht. An ihm haben wir auch schon ziemlich lange gearbeitet. Aber ich muss sagen: Wir werden ihn in dieser Legislaturperiode nicht verwirklichen können. Wir sind da immer noch in der Vorbereitungsarbeit.

Ich sage Ihnen auch, warum. Beteiligt sind verschiedene schwierige Partner: Die Bahn ist beteiligt, die kommunalen Landesverbände sind beteiligt; das geht weiter über die einzelnen Verbände und reicht bis hin zu den einzelnen Unternehmen. Nicht alle leiden darunter, sondern manche profitieren auch davon. Die Schwierigkeit ist jetzt, eine Lösung zu finden, die kundengerecht ist. Das muss nämlich eine Lösung sein, die Verbundgrenzen überschreitet. Daran arbeiten wir auf jeden Fall.

Das Ziel bleibt, dass wir eine solche Lösung hinbekommen. In der Metropolregion haben wir sie erreicht. Dort gibt es ein Tagesticket für 23 €, mit dem man in der ganzen Region fahren kann. Das ist allerdings nur mit einer Tageskarte und noch nicht mit Einzelfahrscheinen möglich.

Ich will Ihnen noch einmal verdeutlichen, warum das so schwierig ist. Wenn Sie etwa einen Landestarif einrichten – sozusagen verbundübergreifend –, dann muss dieser im Land an jeder Bushaltestelle, in jedem Bus, in jeder S-Bahn, in jeder Stadtbahn gelten. Er muss überall gelten, durchgesetzt sein und in den Maschinen hinterlegt sein. Deswegen ist der Aufwand schon ziemlich hoch.

Wir arbeiten hart an einer solchen Vereinigung. Mein Ziel bleibt ein einziger Tarif in Baden-Württemberg, der überall

(Minister Winfried Hermann)

gilt und mit dem man auch die Verbundgrenzen überschreiten kann.

Perspektivisch möchte ich auch eine elektronische Abrechnung in dem Sinn, dass man zukünftig nur eine einzige Karte benötigt, es dann beim Einsteigen piept und beim Aussteigen wieder piept. Man muss dann weder Waben noch Zonen kennen noch Automaten bedienen können. Für mich ist das ein ÖPNV von gestern, der uns leider noch lange erhalten bleibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, in dem ÖPNV-Pakt steht das Ganze auch unter Finanzierungsvorbehalt. Wenn ich Ihre Worte jetzt richtig aufgenommen habe, dann liegt der Anteil des Landes im Bereich der Metropolexpressbahnen.

Jetzt gibt es auch Stimmen, die sagen, das Land feiere sich mit dem ÖPNV-Pakt, trage aber im Grunde selbst keine großen Anteile an der Finanzierung. Die zusätzlichen Kosten entstehen in erster Linie zunächst einmal durch die Expressbusse. Diesbezüglich kann man in gewisser Weise sagen, dass sie auch die Bahnen entlasten, indem man Querachsen herstellen kann.

Insofern würde mich interessieren: Wie hoch schätzen Sie den Finanzierungsbeitrag, den das Land durch diese Anteile mit einbringt?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich stecke mir da keine Federn an, die mir nicht zustehen. Ich will Ihnen einmal die Ausgangsvoraussetzung nennen. Die Ausgangsvoraussetzung war, dass der Verband Region Stuttgart etwas wollte und die Landkreise etwas verhindert haben. Wir, das Land, hätten uns eigentlich zurücklehnen und sagen können: „Das ist euer Bier. Warum streitet ihr euch wie Kinder und einigt euch nicht?“ Das hat nicht stattgefunden.

Weil schließlich beide Seiten – sowohl die Landkreise als auch der Verband Region Stuttgart – mich gebeten haben, den Prozess zu moderieren, habe ich diese Aufgabe überhaupt angenommen. Wir sind dann im Verlauf der Diskussion dazu gekommen, dass wir gesagt haben: Eigentlich muss man das Ganze ein bisschen größer denken. Wir vonseiten des Landes haben nicht einfach gesagt: „Wir können das moderieren, und ihr zahlt.“ Vielmehr bieten auch wir einen Beitrag. Wir sehen, dass die Verkehrsregion größer ist als der Verband Region Stuttgart, und unser Beitrag sind diese Expresszüge.

Ich kann das gar nicht genau etatisieren. Denn wir schreiben das gerade erst aus. Somit wissen wir noch gar nicht genau, was wir dafür bezahlen. Aber im Großen und Ganzen würde ich sagen: Der größte finanzielle Beitrag wird eher vom Land kommen. Denn wir bezahlen die Expresszüge. Die Expressbuslinien in der Region zahlt der Verband per Umlage. Das sind zunächst einmal wenige, und die werden dann umgelegt.

Ich glaube also, dass der Anteil des Landes durchaus beachtlich ist.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal dargelegt haben, dass sich das Land mit den Expresszügen auch finanziell beteiligen wird. Das ist ja ein Teil des Pakts. So habe ich Sie verstanden.

Können Sie etwas darüber sagen, inwieweit das in den Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr eine Rolle spielt? Können Sie etwas dazu sagen, ob wir auf den Strecken in der Region Stuttgart, auf denen immer noch die Silberlinge unterwegs sind, besseres Wagenmaterial bekommen werden?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich kann die Frage mit einer Neuigkeit beantworten. Heute sind die Ausschreibungsunterlagen zu den Stuttgarter Netzen verschickt worden. Genau diese Expresszüge sind Teil des Angebots, das dann zu erbringen ist. Wir haben darin außerdem vorgeschrieben, welche Fahrzeuge dort fahren sollen. Dort werden auf jeden Fall keine Silberlinge fahren, sondern überwiegend neue Fahrzeuge. Das wird den Standard insgesamt natürlich erheblich anheben. Wir wollen die Qualität steigern, denn wir sehen den ÖPNV in Konkurrenz zu dem auch immer komfortabler werdenden Automobil.

Ich möchte Ihnen einige Eckpunkte nennen. Bei der Ausschreibung wird man z. B. selbstverständlich Barrierefreiheit vorschreiben sowie das doppelte Informationssystem für Augen und Ohren, sodass auch Menschen mit einer Behinderung bei einem dieser Sinne die Informationen wahrnehmen können. Außerdem werden wir die frei nutzbaren, beweglichen Flächen in den Abteilen, sprich die Abstellmöglichkeiten für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen und Fahrräder vergrößern und die Abteile auch mit Klappsitzen versehen, die genutzt werden können, wenn diese Fläche nicht für die genannten Zwecke verwendet wird. Darüber hinaus werden wir kostenlos WLAN anbieten und auf den langen Linien zudem auch immer Toiletten anbieten. Denn ich glaube, in einer alternden Gesellschaft kann man Züge nicht eine Stunde und länger ohne ordentliche Toiletten fahren lassen.

Das sind nur einige Beispiele für Standards, die wir setzen wollen und die alle erbringen müssen, die an dieser Ausschreibung teilnehmen möchten. Das sind zudem die neuen Standards für die Metropolexpresszüge, die im ganzen Land „Expresszüge“ heißen werden. Dieses Angebot gilt nicht nur für die Metropolregion Stuttgart, sondern für das ganze Land. Wir wollen die Oberzentren durch solche schnellen Nahverkehrszüge miteinander verbinden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hollenbach das Wort.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Herr Minister, Sie sagten soeben, das Land werde sich mit einem beträchtlichen Betrag an dieser Angebotsverbesserung beteiligen. Sie haben diese Aussage dann jedoch eingeschränkt, indem Sie gesagt haben, dass dies die Expresszüge betreffe. Wir reden doch aber über verschiedene Dinge. Wir reden über Expresszüge, über den Verkehr innerhalb der Region Stuttgart und über Regionalgrenzen überschreitende Verkehre. Sie haben zudem angedeu-

(Manfred Hollenbach)

tet, der Idealfall wäre – dem kann man beipflichten –, wenn wir einheitliche Tarife hätten; denn dann könnte man ein Baden-Württemberg-Ticket anbieten.

Glauben Sie denn, dass so etwas ohne die finanzielle Beteiligung des Landes möglich ist? Schließlich gibt es Verkehrsverbände, zu deren Finanzierung die Kommunen etwa 1 % ihrer Steuerkraft beisteuern, und es gibt Verkehrsverbände wie den in der Region Stuttgart, wo 5 bis 6 % der Steuerkraft der Kommunen zur Finanzierung des ÖPNV benötigt werden. Können Sie sich vorstellen, dass einer solchen Region zusätzliche Lasten auferlegt werden können – das ist der Fall, wenn die Angebote verbessert werden –, ohne dass sich das Land beteiligt, wenn es über die Region hinausgehende Verkehre geben soll?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich habe Ihre Frage eigentlich bereits beantwortet, sage es aber gern noch einmal. Für die S-Bahnen ist der Verband Region Stuttgart verantwortlich. Dieser bekommt pauschal vom Land das Geld aus den Regionalisierungsmitteln, um die S-Bahnen zu bestellen. Für den Busverkehr sind im Nahverkehr die Kommunen oder die Landkreise zuständig, die das aus ihrem Budget heraus finanzieren müssen. Das ist die Arbeitsteilung.

Wir, das Land, schreiben zusätzlich den Schienenpersonennahverkehr im ganzen Land aus, und alles, was in diese Region hineinfährt, geht sozusagen auf unsere Rechnung.

Sie haben mit einem gewissen Unterton gesagt: „Ihr wollt immer mehr, stellt dafür aber kein Geld zur Verfügung.“ Ich sage es noch einmal: Was wir an Zügen zusätzlich bestellen und verkehren lassen, zahlt das Land. Die Kosten für zusätzliche Expressbuslinien oder Stadtbusse, die andienen, muss entweder der Verband Region Stuttgart zahlen, oder die Landkreise müssen dafür aufkommen. Dazu haben sie sich verpflichtet.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass das Land Baden-Württemberg zur Bestellung von Nahverkehrszügen etwa 760 Millionen € aus Regionalisierungsmitteln und, weil dieses Geld nicht mehr reicht, den Rest aus Haushaltsmitteln – 84 Millionen € waren es in diesem Jahr – aufwendet. Es wird also noch etwas obendrauf gesetzt, damit viele Züge hier im Land fahren können. Deshalb kann überhaupt keine Rede davon sein, dass wir nichts täten und alle Kosten den Kommunen anlasteten.

(Beifall der Abg. Andreas Schwarz, Muhterem Aras und Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Wir wenden ein Vielfaches der Mittel auf, die die Kommunen und die Landkreise für den Schienenpersonennahverkehr ausgeben.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Tschenk.

Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Herr Minister, mich würde noch interessieren, wie dieses Konzept der Durchmesserlinien bzw. der Expresszüge konkret aussieht.

Meine zweite Frage – für die die Zeit, glaube ich, gerade noch ausreicht – lautet: Welche Rolle gedenkt denn das Land bei der Umsetzung dieses ÖPNV-Pakts künftig zu übernehmen?

Danke.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Die Expresszuglinien sind definiert. Wir haben vor einiger Zeit die Broschüre „Zielkonzept 2025“ herausgegeben, in der diese Expresszüge mit den entsprechenden Stationen und Haltepunkten aufgeführt sind.

Ich nenne Ihnen gern ein Beispiel. Ein solcher Zug wird natürlich an Bad Cannstatt nicht ohne Halt vorbeifahren, aber er wird nicht am Daimler-Stadion oder an einer anderen S-Bahn-Haltestelle, sondern vielleicht frühestens wieder in Esslingen und danach in Plochingen halten, also nur noch an ganz wenigen Umsteigestationen im Ballungsraum. Im Außenbereich hingegen werden Sie mehr Haltestellen wahrnehmen können.

Der Grundgedanke ist also, außerhalb des S-Bahn-Bereichs Fahrgäste einzusammeln wie eine S-Bahn und innerhalb des S-Bahn-Bereichs relativ schnell durchzufahren. Somit ist man insgesamt schneller, als würde man die gesamte Strecke nur mit der S-Bahn fahren. Sonst wäre es auch kein Expresszug.

Nun komme ich auf die Frage zu sprechen, wie wir diesen Pakt umsetzen wollen und sicherstellen, dass er umgesetzt wird. Man schließt solche Pakte schnell, und dann fragt nach einiger Zeit niemand mehr danach, weil es alle vergessen haben. Das ist eine Erfahrung, die ich auch schon öfter gemacht habe.

Deshalb habe ich allen Beteiligten vorgeschlagen, dass wir uns selbst dazu verpflichten, uns einmal im Jahr zu treffen. Bei diesem Treffen am Ende des Jahres muss jeder Beteiligte berichten, was er in seiner Verantwortung dazu beigetragen hat, dass man einen Schritt weitergekommen ist. Er muss aber beispielsweise auch darlegen, warum er nichts getan hat oder nicht vorangekommen ist. Dadurch wird Transparenz hergestellt, und die anderen Beteiligten können leichter nachsteuern und nachfragen bzw. einen gewissen Druck ausüben.

Beim ersten Treffen – das sage ich ganz offen – haben z. B. die Landkreise und die Regionen gefragt: Warum hat das Land noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt? Daraufhin haben wir gesagt: Wir sind fast fertig; aber wir hätten ihn gern schon in der Hand. Heute kann ich sagen: Es gibt ihn jetzt, und wir sind so weit.

Wir konnten wiederum bei den Landkreisen nachhaken, wie es mit den Andienungskonzepten aussieht. Daraufhin haben die Landkreise uns beispielsweise gesagt, das sei nicht so einfach, und der Verband Region Stuttgart hat geäußert, er habe sich das mit den Expressbuslinien leichter vorgestellt.

Wichtig ist aber, dass alle unter Beobachtung sind. Alle müssen ihren Teil dazu beitragen, damit es insgesamt besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist das Thema 2 beendet.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch genau zwei Minuten für die Regierungsbefragung. Die Fraktion der FDP/DVP hat auf die Benennung eines Themas verzichtet. Die Fraktion der SPD hat das Thema „Berufsorientierung an den Schulen“ angemeldet. Darf ich davon ausgehen, dass wir dieses Thema bei zwei verbleibenden Minuten nicht mehr anschneiden?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Okay!)

– Herzlichen Dank.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Grün-Rot baut die Kleinkindbetreuung weiter aus – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Der Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Debatte wurde zurückgezogen.

Deshalb rufe ich **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010 – Drucksache 15/5099

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Beratung dieses Antrags wurde zurückgezogen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Abgesetzt!)

– Aha. Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

So kommen wir schon zu **Tagesordnungspunkt 5**:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG) – Drucksache 15/5521

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Drucksache 15/5969

Berichterstatter: Abg. Jochen Haußmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache verzichtet wird.

Daher kommen wir gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5521. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Drucksache 15/5969. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegt der interfraktionelle Entschließungsantrag Drucksache 15/6110 (Modifizierte Fassung) vor. Diesen Entschließungsantrag werde ich nach der Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf zur Abstimmung stellen.

Nachdem der Gesetzentwurf im Sozialausschuss nicht kontrovers diskutiert wurde, schlage ich vor, die fünf Teile des Gesetzentwurfs mit insgesamt 58 Paragrafen gemeinsam zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ausnahmsweise!)

Wer den Teilen 1 bis 5 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/5521 mit den §§ 1 bis 58 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. November 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer diesem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Drucksache 15/5969, abzustimmen, der vorschlägt, den Antrag der Abg. Stefan Teufel u. a. CDU, Drucksache 15/5713, für erledigt zu erklären. – Sie stimmen dem zu.

Schließlich haben wir nun noch über den interfraktionellen Entschließungsantrag Drucksache 15/6110 (Modifizierte Fassung) abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, über diesen Entschließungsantrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer dem Entschließungsantrag Drucksache 15/6110 (Modifizierte Fassung) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesem Entschließungsantrag einstimmig zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung) – Drucksache 15/5637

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/6084

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Für die Fraktion

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zweite Lesung! Der Reihenfolge nach!)

der CDU erteile ich das Wort Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beginnend mit Februar 2005 behandeln wir nun zum wiederholten Mal einen Gesetzentwurf, mit dem begehrt wird, die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern. Zwischen diesem Zeitpunkt und heute haben sich zwei wichtige Dinge verändert – abgesehen davon, dass es 2011 einen Regierungswechsel hin zu Grün-Rot gegeben hat. Diese beiden Veränderungen sind, dass ab dem Jahr 2020 die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt und dass die Regierung jetzt einen Haushaltsentwurf für 2015/2016 vorgelegt hat, der vorsieht, ab 2016 keine neuen Schulden mehr zu machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur 2016!)

Mit dem Gesetzentwurf, der nun vorliegt, wird begehrt, dass die Schuldenbremse in die Landshaushaltsordnung geschrieben wird und ab dem 1. Januar 2016 Gültigkeit hat.

Wir haben heute früh von Herrn Rülke gehört, dass laut einem Zeitungsbericht die Regierung offenbar in der mittelfristigen Finanzplanung vorsieht, nach 2017 wieder Schulden aufzunehmen. Der Finanzminister hat heute früh nur dargestellt, dass es in der Finanzplanung möglicherweise eine noch zu deckende Deckungslücke gibt.

Wenn man es aber mit einer Vorziehung der Nullneuerschuldung auf 2016 ernst meint, dann kann man diesem Gesetzentwurf der FDP/DVP heute auch zustimmen.

Wenn es einmal eine Notsituation gibt und die Finanzlage des Landes erheblich beeinträchtigt ist, dann können – das sieht diese Formulierung auch vor – ausnahmsweise Schulden aufgenommen werden.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, diesem Gesetzentwurf heute nicht zustimmen können, dann wird deutlich, dass Sie sich die Möglichkeit offenhalten wollen, nach 2016 neue Schulden aufzunehmen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das heißt also, wer eine Haushaltspolitik will, die dauerhaft ohne neue Schulden auskommt, der muss dafür sorgen, dass diese grün-rote Regierung 2016 abgewählt wird; dann bekommen wir wieder eine solide Finanzpolitik,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe)

und dann kann auch dauerhaft ohne neue Schulden

(Zuruf von der SPD: Thema verfehlt!)

Finanzpolitik in Baden-Württemberg gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Hat der Kollege heute Morgen geschwänzt?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten jetzt in zweiter Lesung einen Gesetzentwurf, mit dem Sie die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufnehmen wollen. Ich habe schon in der Ersten Beratung gesagt, dass Sie nicht nur kopiert haben, sondern es sogar ein Plagiat ist, weil Sie nämlich letztendlich den Referentenentwurf aus dem Finanzministerium abgeschrieben haben. Aber sei es drum.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Dann können Sie ja zustimmen!)

– Es ist so. Sie haben das 1 : 1 übernommen. Das hat in der letzten Beratung auch der Staatssekretär gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Herr Kollege Herrmann, es ist nicht so, wie Sie sagen. Denn wenn Sie so solide gewirtschaftet hätten und die CDU wirklich etwas von nachhaltiger Finanzpolitik verstanden hätte, warum haben Sie dann – das frage ich mich – 43 Milliarden € offene Kreditmarktschulden aufgehäuft? Das sind nämlich Ihre Schulden; Sie haben sie uns hinterlassen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dafür zahlen wir jährlich 1,8 Milliarden € Zinsen. Das sind von Ihnen verursachte Zinsen, das sind Ihre Altlasten.

Wir haben nach wie vor ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden €.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ich dachte, das haben Sie geschlossen? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Legen Sie einmal eine neue Schallplatte auf!)

Das ist auch in den Denkschriften des Rechnungshofs dargelegt. Sie wissen genauso gut wie ich, dass man 2,5 Milliarden € strukturelles Defizit nicht von heute auf morgen abbauen kann. Es geht nicht um die einmalige Nettonull, sondern es geht darum, langfristig, nachhaltig die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Anneke Graner SPD)

Sie rühmen sich damit – Ehrlich gesagt wäre es mir an Ihrer Stelle echt peinlich: 58 Jahre lang Regierungsverantwortung übernehmen und in 58 Jahren zwei Mal eine Nettonull hinbekommen,

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Diese Leier!)

und sich dann hinstellen und stolz darauf sein, dass man das geschafft hat.

Wir werden in dieser Legislaturperiode drei Mal eine Nettonull hinbekommen. Das ist schon etwas.

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Zurufe von der CDU)

Wir haben das strukturelle Defizit von 2,5 Milliarden € durch die bisher von uns eingeleiteten Maßnahmen um über 1 Mil-

(Muhterem Aras)

liarde € reduziert, und wir legen einen Plan vor, wie wir die Schuldenbremse 2020 einhalten werden. Das ist nachhaltige Finanzpolitik und nicht das, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Also bestätigen Sie, dass Sie nach 2016 wieder Schulden machen!)

– Herr Kollege Herrmann und Herr Kollege Rülke – vor allem Herr Rülke –, Sie haben heute Morgen in der Haushaltsdebatte gesagt, dass Sie 1 Milliarde € für Infrastruktur beantragen werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Nachher haben Sie die Chance, darzulegen, wie Sie diese 1 Milliarde € finanzieren wollen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Werden wir!
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gute Frage!)

wie Sie die sofortige Nettonull hinbekommen wollen. Wollen Sie die Stellen, die wir in der Steuerverwaltung geschaffen haben, streichen? Wollen Sie die Kita-Betreuung, die wir ausgebaut haben – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben zwei Möglichkeiten: jetzt weiter zu raten oder abzuwarten!)

– Moment. Wir haben von Anfang an gesagt – – Als wir die Regierung übernommen haben, haben wir einen Kassensturz gemacht. Die Faktenlage war: 43 Milliarden € Schulden, ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden €. Und es gilt die Schuldenbremse. Wir legen den Weg, wie wir die Schuldenbremse einhalten, klar, transparent dar. Wir haben auch gesagt, dass wir die Schuldenbremse einhalten werden und gleichzeitig investieren, sanieren und konsolidieren werden. Wir investieren in die Zukunft der Gesellschaft, in die Zukunft der Unternehmen im Land und in die Zukunft dieses Landes.

Das heißt Ausbau von Kitas. 2010, im Jahr, bevor wir angetreten sind, wurden dafür 83 Millionen € ausgegeben. Wir erhöhen die Summe mit diesem Doppelhaushalt auf fast 800 Millionen €. Das ist fast eine Verzehnfachung.

Wir erhöhen die Mittel für die Infrastruktur – für den Straßenerhalt, für Brückensanierungen. Wir leben nämlich in einem Land, in dem die mittelständischen Unternehmen vor allem auf die Infrastruktur angewiesen sind. Auch das ist Schuldenabbau. Aber davon verstehen Sie nichts; Sie sehen nur die eine Seite der Bilanz.

Dann haben wir gesagt: Wir konsolidieren. Die Maßnahmen dazu haben wir eingeleitet. Diese Regierung wird Kurs halten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Wahlkampf ist erst 2016!)

Wir werden die Schuldenbremse einhalten, gleichzeitig in zukunftsfähige Aufgaben investieren und das strukturelle Defizit abbauen.

Ich bin gespannt, wie Sie dies mit den Mehrausgaben von 1 Milliarde €, die Sie beantragen wollen – bei inhaltlicher und

zeitgleicher Übertragung der Tarifabschlüsse auf Beamte und zig anderen Dingen –, hinbekommen wollen. Ich bin gespannt auf Ihre Streichvorschläge,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dürfen Sie auch!)

Haushaltsanträge und was Sie noch bringen werden.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal haben wir einen Antrag der FDP/DVP zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung auf der Tagesordnung. Das ist ein typischer Oppositionsantrag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das stimmt!
Als Sie in der Opposition waren, haben Sie das auch gemacht! – Zurufe von der CDU)

Man bringt ein Thema auf die Tagesordnung, von dem man in der eigenen Regierungszeit die Finger gelassen hat. Man muss sachlich nichts hinterlegen, man riskiert nichts, und man kann der Regierung Sand ins Getriebe streuen. Bei Ihren Ausführungen heute Morgen, Herr Dr. Rülke, hatte ich das Gefühl, es geht zwischendurch auch immer wieder darum, ein bisschen Radau zu machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer macht Radau?)

Die Schuldenbremse in der Landesverfassung ist eine Formalität. Materiell bringt sie uns bei der Konsolidierung der Haushalte keinen Schritt voran. Im Gegensatz zur Opposition hat die Regierung einen Plan entwickelt mit Orientierungsplänen – Finanzplan 2020 – und vor allem einem Abbaupfad. Sie hat Instrumente installiert, die Schritt für Schritt zum Ziel der dauerhaften Nullnettoneuverschuldung führen und auch Perspektiven aufzeigen, dass bereits ab 2020 – das haben wir heute Morgen vom Finanzminister gehört – Schulden zurückgezahlt werden können. Die Zahlen dazu sprechen eine deutliche Sprache.

Der ursprüngliche Abbaupfad sah so aus, dass wir 2014 noch 1,4 Milliarden € Schulden brauchten. Für 2015 waren 1,068 Milliarden € geplant, für 2016 840 Millionen €, 790 Millionen € für 2017, 238 Millionen € für 2018 und 180 Millionen € für 2019. Das war der Schuldenabbaupfad, den die Regierung entwickelt und im Finanzplan hinterlegt hatte.

Jetzt sieht er schon besser aus. Wir sind einen großen Schritt vorangekommen. Für 2014 sind 1,2 Milliarden € eingestellt, für 2015 die berühmten 768 Millionen €, von denen wir heute Morgen mehrfach gehört haben, für 2016 netto null. Wir haben im Jahr 2017 noch 490 Millionen € in der mittelfristigen Finanzplanung, 2018 einen kleinen Betrag von 250 Millionen €,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ah! Jetzt lassen Sie die Katze aus dem Sack!)

(Klaus Maier)

und das war es dann mit der Verschuldung. 2019 wird sie bei null liegen, 2020 kann man bereits tilgen. Wir haben den Abbaupfad gegenüber dem ursprünglichen Plan also schon deutlich reduziert. Das ist eine Verbesserung von 1,8 Milliarden €. Das ist solide Politik, auf die man sich verlassen kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ha!)

Das ist eine Politik, die auch, wenn es gut läuft, Möglichkeiten bietet, hier noch besser zu fahren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach so! Wenn es gut läuft!)

Aber uns kommt es auch darauf an, dass wir Aufgaben erfüllen. Die Aufgabenerfüllung ist wichtig. Die Regierung investiert beachtliche Summen in Kinderbetreuung, Bildung, Inklusion, Wissenschaft und Forschung, Umweltschutz und Sicherheit. Wir sind gute Partner der kommunalen Familie und geben hierfür 2015 insgesamt mehr als 11 Milliarden € aus.

Wir werden unserer Verantwortung für die Flüchtlinge gerecht, und wir nehmen in diesem Zeitraum mehr Geld in die Hand, um die Pensionsrücklagen aufzufüllen, als die Summe aller Kredite, die noch in den Büchern stehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn es gut läuft!)

Die Regierung trägt auch die Verantwortung für das Vermögen des Landes. Mit der Sanierungsrücklage haben wir ein wirkungsvolles Instrument zur Beseitigung von Schäden an Straßen und Gebäuden des Landes geschaffen. Dieses Instrument müssen wir auch als eine Möglichkeit sehen, die implizite Verschuldung abzubauen.

Klar ist: Wir stehen auch zu diesen Ausgaben; sie bringen unser Land voran.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn es gut läuft!)

Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Da ist sie richtig verankert. Dazu stehen wir, und auf ihre Einhaltung arbeiten wir erfolgreich und zielstrebig hin.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn es gut läuft!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten zu Beginn der Legislaturperiode Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Es ging darum, die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufzunehmen. Das Angebot der Regierung war: Wir nehmen sie mit Wirkung 2020 in die Landesverfassung auf. Unser Kompromissvorschlag – wir waren der Meinung, es ginge sofort – richtete sich auf 2016. In der Phase dieser Verhandlungen, Frau Kollegin Aras, hat das Finanzministerium einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeitet. Den Gesetzentwurf haben wir übernommen, weil wir Vertrauen in die Arbeit der Beamten des Landes Baden-Württemberg haben.

Ich weiß nicht, was es daran zu kritisieren gibt. Im Gegensatz zu manchen anderen haben wir auch nie behauptet, wir hätten das nicht übernommen. Wir haben also nicht versucht, irgendwelche Plagiate zu vertuschen.

Im Übrigen haben wir schon mehrfach Erfahrungen mit Vorschlägen gemacht, die Sie in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben und die wir gut fanden, beispielsweise die Direktwahl der Landräte oder ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir haben entsprechende Gesetzentwürfe eingebracht – die Sie dann immer mit der scheinheiligen Begründung abgelehnt haben, es sei zwar Ihre eigene inhaltliche Intention, aber die Gesetzesvorschläge seien handwerklich schlecht.

Dieses Argument haben wir Ihnen genommen, indem wir nun Ihre eigenen Gesetzestexte vorgeschlagen haben. Im vergangenen Jahr haben Sie deren Übernahme mit der Begründung abgelehnt: „Wir wollen erst 2020 keine neuen Schulden machen, deshalb ist es nicht unsere politische Zielsetzung, bereits 2016 eine Schuldenbremse in die Landesverfassung zu schreiben.“ Das ist völlig legitim. Wir halten das für falsch, aber Sie haben die politische Mehrheit. Es ist Ihr Recht, diese Mehrheit so zu nutzen, dass Sie sagen: Wir machen bis 2020 neue Schulden.

Nun gab es in diesem Sommer eine veränderte Situation; ich habe es heute Morgen dargestellt. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat auf einmal erklärt, er mache ja mit bei dem Vorschlag des Finanzministers, 2016 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, aber nur, wenn das keine Eintagsfliege sei und wenn auch in den Folgejahren ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung vorgelegt würden. Jetzt räume ich gern ein: Wenn ich so klug gewesen wäre wie heute, dann hätte ich den Gesetzentwurf, über den wir jetzt abstimmen werden, nicht eingebracht. Ich habe nämlich einen Denkfehler gemacht: Ich habe dem Wort des Ministerpräsidenten vertraut.

(Zuruf: Oh!)

Ich habe geglaubt – Sie mögen mich für naiv halten, aber es war nun einmal so –, wenn der Ministerpräsident erklärt: „Wir wollen nach 2016 keine neuen Schulden machen“, dann möchte er nach 2016 auch keine neuen Schulden machen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja wohl klar!)

Jetzt haben wir aber erfahren – zunächst durch die „Stuttgarter Zeitung“, die Ihre mittelfristige Finanzplanung offensichtlich früher zu Gesicht bekommt als das Parlament –,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

dass Sie in den Jahren 2017 bis 2019 doch wieder vorhaben, neue Schulden zu machen. Offenbar haben Sie das Ganze dann wieder zurückgezogen und etwas frisiert, damit es nicht ganz so dramatisch aussieht. Aber der Kollege Maier hat ja im Rahmen dieser Debatte bestätigt, dass es genau so ist, dass Sie in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung wieder neue Schulden planen. Ich will das gar nicht kritisieren. Das ist Ihr gutes Recht als Regierung. Aber das hätten Sie gleich sagen können. Dann hätten wir uns diese Debatte gespart und hätten den Gesetzentwurf nicht eingebracht. Dann wäre klar gewesen,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

dass Sie ihn ablehnen. Insofern habe ich volles Verständnis für Ihr heutiges Abstimmungsverhalten.

Allerdings lernen wir drei Dinge aus diesem ganzen Sachzusammenhang. Erstens: Ihre Nullneuerschuldung 2016 ist eine Eintagsfliege, die nur zum Ziel hat, im Wahljahr einen ausgeglichenen Haushalt ohne Aufnahme neuer Kredite vorzulegen, um damit gut auszusehen. Das Zweite, was wir lernen, ist, dass Sie, für den Fall, dass Sie wiedergewählt werden, Ihre Verschuldungspolitik fortsetzen. Das Dritte, was wir lernen, ist, dass man dem Wort des Ministerpräsidenten nicht vertrauen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Rust.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir heute Morgen schon über vier Stunden Haushaltsdebatte hatten und auch das Thema der Verschuldung intensiv diskutiert haben, nachdem wir uns mittlerweile in der sechsten Lesung dieses Gesetzentwurfs befinden, weil er schon dreimal hier vorgelegt und mit jeweils zwei Lesungen behandelt wurde, möchte ich mich sehr kurz fassen und noch einmal auf zwei Dinge eingehen.

Erstens eine Richtigstellung: Der Ministerpräsident – das hat er mir gerade noch einmal bestätigt – hat nicht gesagt, dass es keine Eintagsfliege sein soll und die Neuverschuldung dauerhaft auf null sein soll, sondern dass sich die Neuverschuldung innerhalb eines Rahmens von maximal einer halben Milliarde bewegen soll. Das wird der Fall sein. Wenn Sie zitieren, dann bitte richtig, Herr Rülke. Aber das erwarte ich von Ihnen mittlerweile gar nicht mehr.

Das Zweite, worauf ich noch hinweisen möchte:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn wir über Schulden diskutieren – auch das ist heute Morgen, glaube ich, sehr deutlich geworden –, gibt es keine guten oder schlechten Schulden. Es gibt jedoch verschiedene Arten von Schulden – so, wie jeder Kaufmann in einer kaufmännischen Buchführung rechnet. Diese haben wir noch nicht beim Land; wir werden 2016 eine Vermögensrechnung, einen ersten Schritt hin zu einer kaufmännischen Buchführung, vorlegen. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir ehrlich sagen: Es gibt noch andere Arten von Schulden. Das sind etwa fehlende Pensionsrückstellungen – jeder Betrieb muss beispielsweise Rückstellungen für Betriebsrenten bilden –, das ist aber auch der Sanierungsstau bei unseren landeseigenen Gebäuden, der laut Rechnungshof ein Volumen in Milliardenhöhe ausmacht, oder bei unseren landeseigenen Straßen mit einem Volumen von ebenfalls mehreren Hundert Millionen Euro.

Wir sollten uns klarmachen, dass es mehrere Arten von Schulden gibt und dass man sich an der Zukunft versündigt, wenn man z. B. bei den Investitionen oder bei den Sanierungen spart. Wenn man sich die Zahlen anschaut, dann sieht man, dass das in der Vergangenheit einfach so war. Der Rechnungs-

hof hat nicht umsonst bestätigt, dass wir einen Sanierungsstau in Milliardenhöhe bei den landeseigenen Gebäuden haben und dass wir einen Sanierungsstau von Hunderten Millionen Euro bei den Landesstraßen haben. Das hat er nicht aus der Luft gegriffen. Deshalb bitte ich darum, dass wir in Zukunft sehr genau darauf achten.

Wir haben eine Kreditmarktverschuldung; daran werden wir, die Politik, momentan in allererster Linie gemessen. Aber es gibt noch weitere Faktoren, die man nicht gegeneinander auspielen darf. Ich sehe die Briefe, auch von vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, vor mir, in denen geschrieben steht: „In der Hochschule XY besteht dringender Sanierungsbedarf.“ „Im Finanzamt XY besteht dringender Sanierungsbedarf.“ „Das Polizeirevier ist in einem schlechten Zustand.“ Wir kennen, glaube ich, in jedem unserer Wahlkreise mindestens ein landeseigenes Gebäude, bei dem ein massiver Sanierungsstau vorliegt.

Deshalb bitte ich Sie, das eine nicht gegen das andere auszuspielen. Das ist heute Morgen passiert, das darf nicht passieren. Auch ein Sanierungsstau bei unseren landeseigenen Gebäuden ist eine Verschuldung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen auch diese Verschuldung abbauen und dürfen nicht wie das Kaninchen auf die Schlange nur auf die Kreditmarktverschuldung schauen.

Das möchte ich für die weiteren Beratungen, auch was den Haushalt angeht, zu bedenken geben. Wir legen nämlich gerade in Bezug auf diese implizite Verschuldung, diesen Sanierungsstau in dem nächsten Doppelhaushalt ein sehr ehrgeiziges Programm vor, und ich bin mir ziemlich sicher, dass alle Kolleginnen und Kollegen dieses ehrgeizige Programm unterstützen werden und den Abbau dieser Verschuldung mit uns gemeinsam fortführen. Denn der Abbau dieser impliziten Verschuldung ist mindestens genauso wichtig wie der Abbau der Kreditmarktverschuldung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5637. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/6084, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen aufrufe? – Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/5637 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Somit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes – Drucksache 15/5718

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/5939

Berichterstatter: Abg. Thomas Blenke

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5718. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 15/5939. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. November 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Feiertagesgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt worden und Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz – BWPatMobG) – Drucksache 15/5757

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Drucksache 15/5970

Berichterstatterin: Abg. Dr. Marianne Engeser

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Dr. Engeser.

Abg. Dr. Marianne Engeser CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas, und es ist Normalität, dass wir unsere europäischen Nachbarn besuchen, um einzukaufen, um essen zu gehen, um die Haare schneiden zu lassen. Jetzt, durch das baden-württembergische Patientenmobilitätsgesetz, wird dies auch auf den Bereich der medizinischen Versorgung ausgedehnt.

Hier profitiert nicht nur der kleine Grenzverkehr. Es ist bestimmt auch für andere interessant, die längere Reisen auf sich nehmen, um gezielt medizinische Behandlungen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Die EU-Richtlinie, die mit dem heute zur Beratung stehenden Gesetzentwurf umgesetzt werden soll, gibt diese Veränderungen vor. Ihr Ziel ist es zum einen, die Abrechnungen durch die Krankenkassen verbindlich zu regeln, zum anderen, den Patienten bessere Informationen zukommen zu lassen und die Haftpflichtversicherung zu regeln.

Der erste Aspekt ist für uns in Deutschland nicht von großer Bedeutung, da er durch unsere nationale Gesetzgebung bereits abgedeckt ist. Andere Länder haben dies jedoch noch nicht in ihren Gesetzgebungen. Dadurch eröffnen sich nun für deren Patienten neue Möglichkeiten, z. B. in Baden-Württemberg.

Die Aufgabe der Informationspflicht kommt einer nationalen Kontaktstelle zu, die seit Oktober 2013 der GKV-Spitzenverband wahrnimmt. Somit haben die Patienten und Gesundheitsdienstleister die Möglichkeit, sich zu informieren. Auch die Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung wurde in diesem Gesetz vorgesehen, die aus unserer Sicht den Gesundheitsdienstleistern keine allzu großen Lasten auferlegt. Der Gesetzentwurf ist zudem eng an den Vorgaben der EU-Richtlinie ausgerichtet.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion ist für die Umsetzung der Patientenmobilitätsrichtlinie und stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Mielich.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Patientenmobilitätsgesetz ist ein sehr sinnvolles Gesetz, weil es für mehr Verbraucherschutz und für mehr Patientensicherheit insgesamt sorgt. Das wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Mit diesem Gesetz wird eine Informationspflicht installiert. Das bedeutet, dass Patientinnen und Patienten, die im Ausland medizinisch versorgt werden wollen und können, das Recht erhalten, zu erfahren, was passiert und ob die Behandlung, die sie dort erfahren, optimal ist oder ob eine andere Möglichkeit gewählt werden könnte.

(Bärbl Mielich)

Das Einzige, worum es in puncto Umsetzung der Patientenmobilitätsrichtlinie letztlich noch ging, war die Frage der Haftpflichtversicherung. Dies ist jetzt durch eine Reform des Heilberufe-Kammergesetzes der Landesärztekammer geregelt. Damit wird dafür gesorgt, dass es eine engmaschige Überprüfung für den Fall gibt, dass Ärztinnen oder Ärzte keine Haftpflichtversicherung haben. Das Regierungspräsidium Stuttgart kann in einem solchen Fall aufgefordert werden, die Betriebserlaubnis zu entziehen.

Dies ist also ein Gesetz, das für Sicherheit sorgt, das für Transparenz sorgt und das im Sinne des Verbraucherschutzes von uns sehr begrüßt wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetz setzen wir eine EU-Richtlinie um – nicht mehr und nicht weniger. Wir schaffen dadurch eine klare Regelung für alle EU-Bürger bezüglich ihrer Patientenrechte bei einer Behandlung im EU-Ausland. Das bedeutet eine Vereinheitlichung von Standards; niemand muss mehr sein Recht einklagen. Aber auch die Gesundheitsdienstleister gewinnen dadurch Rechtssicherheit.

Wir stimmen dem zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Walter Heiler SPD: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort – – Entschuldigung. Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Er kann auch gut für die Landesregierung sprechen!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident! So weit ist es noch nicht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Noch nicht? – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich bekomme Bauchschmerzen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine beiden Vorrednerinnen und mein Vorredner haben die Thematik sehr ausführlich dargestellt. Ich kann da überhaupt nichts mehr hinzufügen. Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird diesem Gesetzentwurf zustimmen, da wir damit EU-Recht in unser Rechtssystem übernehmen.

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Sozialministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem gemeinsamen Europa ohne Grenzen werden Gesundheitsdienstleistungen immer häufiger nicht nur im jeweiligen Heimatland, sondern auch in anderen Mitgliedsstaaten der EU in Anspruch genommen. Deshalb war es notwendig und richtig, die Vorgaben der europäischen Patientenmobilitätsrichtlinie umzusetzen. Das haben wir getan.

Meine Vorredner, die Mitglieder des Sozialausschusses sind, haben die wesentlichen Inhalte bereits dargestellt. Es handelt sich hier um ein vom Umfang her überschaubares neues Gesetz. Ein bereits vorhandenes geeignetes Gesetz, in das die notwendigen Regelungen hätten eingefügt werden können, gab es bislang nicht. Deswegen haben wir uns mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eng an die Vorgaben der Richtlinien angelehnt, unter Klärung der offenen Fragen wie beispielsweise der Haftpflichtfragen.

Wenn es auch nur ein kleiner Beitrag ist, so gehen wir, meine ich, mit der Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf hier im Landtag einen weiteren Schritt in ein gemeinsames Europa, auch im Bereich Gesundheit.

Herzlichen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5757. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Drucksache 15/5970. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich bitte damit einverstanden zu sein, dass ich die Abstimmung über die fünf Paragraphen des Gesetzentwurfs zusammenfasse. – Sie sind einverstanden.

Ich rufe auf

§ 1 bis § 5

Wer den §§ 1 bis 5 des Gesetzentwurfs zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetzentwurf einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. November 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz – BWPatMobG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz im Ganzen einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes – Drucksache 15/5789

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/6048

Berichterstatter: Abg. Wolfgang Reuther

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Reuther das Wort.

Abg. Wolfgang Reuther CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat zusammen, um über das Grundgesetz zu beraten. Am 23. Mai 1949 wurde selbiges verabschiedet – neun Monate später. Am 22. Juni 2012 traten die Regierungsfaktionen zur ersten Sitzung mit den Nutzerverbänden zur Beratung dieses Gesetzentwurfs zusammen. Heute erhält das geplante Gesetz die letzte Ölung – 29 Monate später. Nun könnte man sagen, unsere parlamentarischen Vorfahren hätten eine schludrige Arbeit abgegeben. Die Frage ist aber auch: Hatten diese eventuell einen Plan im Sack? Hatten sie einen Kompass?

Denn uns hat überrascht, dass trotz der 29 Monate in der Nacht vor der letzten Beratung im Ausschuss sechs Änderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf eingebracht wurden. Diese stammten aber alle von den Regierungsfaktionen; kein einziger davon kam von der Opposition. Da fragen wir uns natürlich schon: Ist dies ein Misstrauensvotum gegen die eigene Regierung, oder woher rührt denn das?

(Beifall bei der CDU)

Zeitgleich meldete die Europäische Kommission Bedenken bezüglich des geplanten Gesetzes an.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist für uns Ausdruck konzeptionsloser Flickschusterei. Wir wären froh gewesen, wenn zumindest diese 29 Monate ausgereicht hätten.

Der erste Entwurf wurde von den Nutzerverbänden komplett verrissen. Dann wurde nachgebessert. Der zweite Entwurf reicht ihnen ebenfalls nicht aus. Der Landesjagdverband erwägt sogar einen Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Die Natur- und Tierschützer haben uns jüngst dokumentiert, dass sie von diesem Entwurf gar nichts halten. Deshalb lehnen wir auch diesen zweiten Entwurf komplett ab.

(Beifall bei der CDU)

Es gab nur kosmetische Änderungen, um die Kritiker milde zu stimmen. Die Änderungen führen jedoch lediglich zu einer zusätzlichen Verkomplizierung dieses ohnehin völlig überfrachteten Gesetzeswerks.

Dieser Entwurf reiht sich allerdings ein in eine Reihe von Gesetzen, wie wir sie von dieser Landesregierung kennen, die zu einer Ökologisierung weiter Teile unseres gesellschaftlichen Lebens führen

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Genau!)

und die durch eine vollständige Überreglementierung die individuelle Freiheit bei uns deutlich einengen und beschränken. Das tragen wir nicht mit.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein Misstrauen gegen die Jäger ist dieses Gesetz!)

Die Bedeutung der Jagd wird in diesem Gesetz völlig überhöht – zumindest in ihrer Wirkung auf die Biodiversität und den Erhalt von angepassten, stabilen und gesunden Wildtierpopulationen. Das führt bewusst zu falschen Schlussfolgerungen. Die bedeutende Rolle des Tourismus sowie die Rolle einer extensiven Zersiedelung unseres Landes sowie einer exzessiven Freizeit- und Landnutzung werden hier faktisch ausgeklammert. Hier liegen jedoch die wahren Ursachen für die Missstände in unseren Naturräumen und für das Artensterben. Die Ursachen liegen nicht bei den Jägern – so, wie es von Ihnen immer wieder suggeriert wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Jäger werden hier gezielt diskreditiert als blindwütige Hunde- und Katzenkiller. Der Schutz wildernder Hunde und verwilderter Hauskatzen sowie der Schutz invasiver Neozoen, aber auch heimischer Raubwildarten durch eine Einschränkung einer wirksamen jagdlichen Regulierung wird über die gesetzlichen Forderungen in Bezug auf die Biodiversität und den Artenschutz gestellt. Der Tierschutz greift hier speziell und nicht mehr generell. Er orientiert sich an dem Kuschetier der Whiskas-Werbung. Das schafft nämlich genau die Reaktionen der Öffentlichkeit, die Sie anstreben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist dieser Shitstorm von selbst ernannten Tierschützern vom Wochenende. Diese Büchse der Pandora haben Sie mit dieser Diskussion über das Landesjagdgesetz eröffnet.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Exakt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Absichtlich!)

Es geht hier gar nicht um ein neues Jagdgesetz. Es geht letztlich um den Alleinvertretungsanspruch gewisser Interessensverbände in allen Angelegenheiten des Natur- und Tierschutzes.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Hierbei stören die Jäger nur. Aber da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

(Wolfgang Reuther)

Zahlreiche der vorgesehenen Bestimmungen sind völlig praxisfremd und dokumentieren auch den Verhinderungswillen dieses Gesetzgebers. Ein Fütterungsverbot bzw. eine Fütterungsmöglichkeit erst bei einer Reviergröße von 2 500 ha ist einfach nicht machbar. Die Regelung eines Abstands von 200 m bei der Bejagung von Schwarzwild in den Jagdruhezeiten ist ebenfalls nicht machbar.

(Abg. Hans-Peter Storz SPD: Das war eine Forderung der Jäger!)

Besonders gravierend sind aber die eigentumsrechtlichen Belange. Hier müssen wir ganz deutlich sagen: Die Grundbesitzer werden hier immer unter den Generalverdacht einer völlig exzessiven Land- und Naturnutzung gestellt. Das tragen wir ebenfalls nicht mit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Hier wird – das wurde heute früh auch durch unseren Fraktionsvorsitzenden betont – wieder einmal eine Kultur des Misstrauens etabliert. Das kann so nicht laufen. Dies spaltet die Gesellschaft. Viele Reglementierungen in diesem Gesetz zeugen von einer gestörten Beziehung des Gesetzgebers zum Privateigentum.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält zahlreiche Verbote, Verpflichtungen und Ermächtigungen. Dies ist eine Bevormundung der Jäger sowie eine Reglementierung und Gängelung selbiger. Das ist ein besonderes demokratisches Grundverständnis. Damit nimmt man den Jägern die Lust am Jagen. Somit löst sich auch das Problem in der Diskussion über die Jagd. Stellen Sie sich vor, es ist Jagd, und keiner geht hin – Halali, Jagd vorbei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Als im letzten Jahr der Landtag des Saarlands ein neues Landesjagdgesetz verabschiedet hat, haben 1 000 der 3 000 im Landesjagdverband Saarland organisierten Jäger mit Trillerpfeife, Jagdhorn, Jagdhund und Warnweste vor dem Landtag des Saarlands demonstriert.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Warum?)

– Aus Protest. – Dieses Jagdgesetz hatte die schwarz geführte Landesregierung des Saarlands vorgelegt.

Überträgt man diese Verhältnisse auf Baden-Württemberg, müssten heute von den 30 000 im Landesjagdverband Baden-Württemberg organisierten Jägern theoretisch 10 000 Jäger im Schlossgarten stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn Sie einmal nach draußen schauen, werden Sie feststellen, dass dort kein einziger Jäger steht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die haben eine andere Protestkultur als die Grünen!)

Da fragt man sich doch: Warum steht denn dort kein Jäger?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil 2016 Landtagswahlen sind!)

Das hängt u. a. auch damit zusammen, dass in den zweieinhalb Jahren der Gesetzesarbeitung die Landesregierung von Baden-Württemberg die Politik des Gehörtwerdens

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Überhört!)

in einer Art und Weise betrieben hat, wie es sie bislang nie gab,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das stimmt! Das hat es noch nie gegeben!)

indem sie zweieinhalb Jahre lang alle Verbände, die mit Wildtieren zu tun haben – vom Ökologischen Jagdverband bis zum Landesjagdverband, Tierschutzverbände, Jagdgenossenschaften, Waldbesitzerverbände –, mit eingebunden hat, um genau die Grundstückseigentümerrechte, die Sie angeschnitten haben, Herr Kollege Reuther, zu wahren. Der Slogan, den ich hierzu geprägt habe, war: „Alle müssen Federn lassen, aber keinem wird das Fell über die Ohren gezogen.“

Genau deswegen protestiert jetzt niemand draußen. Denn vor Ihnen liegt der Entwurf des modernsten Landesjagdgesetzes, zu dem es bisher in ganz Deutschland keine Nachahmer gibt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mir wäre es lieber, wir hätten das beste!)

Es ist uns gemeinsam gelungen, den Tierschutz, den Naturschutz, wildtierökologische Interessen, aber vor allem auch Interessen der jagdlichen Tradition auf höherer Ebene miteinander zu verbinden. Das ist, meine Damen und Herren, wie ich meine, einer der größten Erfolge dieser Landesregierung in den letzten dreieinhalb Regierungsjahren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Mit dem Entwurf des Gesetzes zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes halten wir das grünste, nämlich das nachhaltigste und auch das ökologischste Jagdgesetz in den Händen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Jetzt hören Sie einmal zu; dann verstehen Sie es vielleicht besser.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nein! So einen Blödsinn versteht man nicht!)

Dieses ruht aus meiner Sicht im Wesentlichen auf vier Säulen. Dazu gehört durchaus das Fütterungsverbot, aber auch die Wildtierruhe, das Schalenmodell und das Wildtiermanagement.

(Reinhold Pix)

Das Schalenmodell wurde übrigens vom Landesjagdverband sehr gelobt. Es ist also keineswegs so, wie von Ihnen dargestellt, dass alle Inhalte des Gesetzentwurfs verrissen würden, sondern es wurde selbst vonseiten des Landesjagdverbands anerkannt, dass hier durchaus viele Aspekte gelungen sind, die einem modernen Wildtiermanagement entsprechen.

Schauen wir uns einmal das Wildtiermanagement genauer an. Ich möchte es einmal unterteilen in den Wildtierbericht, der alle drei Jahre anzufertigen ist, die Wildtierbeauftragten auf Landkreisebene und das Wildtiermonitoring, das auf unterster Ebene gemeinsam mit Naturschutzverbänden, aber vor allem mit den Jägern erbracht wird. Dieses Wildtiermonitoring ist deshalb sehr wichtig, weil die Verantwortung, die die Jägerinnen und Jäger in Zukunft übernehmen, aber auch ihre Kompetenz verstärkt nachgefragt wird, was insgesamt auch zu einer größeren gesellschaftlichen Anerkennung führt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen:
Bravo!)

Der Gesetzentwurf ist vor allem auch deshalb grün, weil die Wildtierruhe – die durch die Regelung eines Abstands von 200 m zum Waldsaum zwar gewisse Einschränkungen erfahren hat, im Übrigen aber standhaft genug sein wird – so geregelt ist, dass die jagdlichen Interessen und die Interessen der Naturschützer und Tierschützer miteinander im Einklang sind.

Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich dem Ministerium. Namentlich möchte ich an dieser Stelle den Amtschef Wolfgang Reimer nennen, der den Moderationsprozess sehr kompetent geleitet hat und es sehr gut verstanden hat, die unterschiedlichen Interessen, die zeitweilig sehr weit auseinanderlagen, zusammenzuführen. Ich möchte mich aber auch bei den Verbänden bedanken, vor allem beim Landesjagdverband, der es, auch wenn die Wogen etwas hochgegangen sind, verstanden hat, sich auf sachlicher Grundlage mit den Problemen, die uns vor allem beim Thema Wildtierökologie beschäftigen, auseinanderzusetzen, sodass wir hier zu einem vernünftigen Gesetz kommen.

Schauen wir uns einmal die Populationsentwicklung des Schwarzwilds an.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Ich habe hierzu eine Grafik mitgebracht. Sie zeigt die Entwicklung ab dem Jahr 1955, dem Jahr, in dem ich geboren bin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das müssen wir ausrechnen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Offensichtlich hat man es bis 1993, also bis vor etwa 20 Jahren, geschafft, ...

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: ... durch traditionelle jagdliche Praxis die Wildtierdynamik zu beherrschen. Dann ging die Schwarzwildpopulation aber steil nach oben. Die Wildtierstrecke bei Schwarzwild hatte im vorletzten Jagdjahr mit 70 000

Tieren den absoluten Höhepunkt erreicht. Dies macht uns eigentlich klar ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Pix, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: ... – letzter Satz, Herr Präsident –, dass dringend Handlungsbedarf geboten ist. Dieser Verantwortung haben sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gestellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe von den Grünen: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe

(Zuruf von der SPD: Jägerinnen und Jäger!)

Kolleginnen und Kollegen! Kollege Reuther, in einem hatten Sie recht: Dieses Gesetzgebungsverfahren ist sicher eines der aufwendigsten in dieser Legislaturperiode. Aber es zeigt natürlich die Unterschiede zwischen Ihnen und uns beim Regierungsverständnis. Sie haben es deutlich gemacht: Sie haben bislang einen Plan vorgegeben. Wir hingegen suchen das Gespräch mit den Betroffenen, und das braucht einfach Zeit. Darum dauert es etwas länger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Wolfgang Reuther CDU sowie Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich selbst habe mehrere Tausend Mails von unterschiedlichen Absendern aus Deutschland zu diesem Thema bekommen, habe zahlreiche Gespräche mit den verschiedenen Verbänden, mit Vertretern der Jäger, der Naturschützer und des Forsts, geführt. Das zuständige Ministerium hat im Vorfeld Anhörungen durchgeführt, Termine veranstaltet, und es gab ein Beteiligungsportal des Landes, das intensiv genutzt wurde. Wir stehen also am Ende eines umfangreichen Beteiligungs- und Diskussionsprozesses, in dem wir alle Seiten unvoreingenommen angehört haben.

Die Positionen der verschiedenen Verbände – ich habe es letztes Mal schon gesagt – waren zum Teil diametral entgegengesetzt. Dann kamen auch noch die Emotionen der Einzelnen hoch, die vielfach mit Herzblut und Leidenschaft dabei sind. Ich habe in den Gesprächen viel Sachkunde, aber auch streitbaren Kampfgeist für die Sache erlebt. Wir haben engagiert diskutiert, aber jetzt gründlich abgewogen, und ich bin der Meinung, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieses Gesetz fordert von allen Beteiligten Kompromisse. Es geht bei den einzelnen Regelungen nicht um Gewinner und

(Hans-Peter Storz)

Verlierer, sondern darum, dass wir ein Gesetz haben, mit dem alle Beteiligten arbeiten können und das eine moderne Grundlage für die Jagd bietet.

Lassen Sie mich einige Aspekte noch einmal anschauen. Warum machen wir das Gesetz überhaupt? Tierschutz hat jetzt aus gutem Grund Verfassungsrang, und nicht nur Änderungen im Europarecht geben dem Naturschutz einen höheren Stellenwert. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs gibt den Eigentümern das Recht, die Jagd auf ihren Grundstücken zu billigen oder zu verbieten. Und nicht zuletzt haben die Länder seit der Föderalismusreform einen eigenen Gestaltungsauftrag erhalten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was ist uns besonders wichtig? Jagd soll als wichtige Tätigkeit zur Wildregulierung, als Eigentumsrecht sowie als kulturelle Betätigung erhalten bleiben. Ordnungsgemäße Jagd ausübung ist eine nachhaltige Beschaffung von hochwertigen Lebensmitteln und ersetzt in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft den nicht mehr funktionierenden eigenen Naturhaushalt, in dem genug Raubtiere andere Wildbestände regulieren.

Als Zweites werden Jagd und Naturschutz mehr als bisher miteinander in Einklang gebracht. Jäger und andere Naturschützer werden in beiderseitigem Interesse besser kooperieren. Dies soll nicht nur beim geplanten Wildtiermonitoring der Fall sein, sondern auch bei Projekten – ich habe sie das letzte Mal vorgestellt –, wie sie etwa unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel im letzten Sommer besucht hat. Von diesen Beispielen wird es künftig sicher mehr geben.

Unser Wald soll umgebaut werden. Wir haben immer noch zu viele Fichtenforsten in Monokultur. Daraus sollen gemischte Bestände mit Tannen und Buchen werden, die sturmfester, trockenresistenter, kurz: hochwertiger sind. Wenn jedoch überhöhter Rot- oder Rehwildbestand die jungen Tannen und Buchen am Aufwuchs hindert, gelingt das nicht. Deshalb haben wir die Regulierungen zur Pachtdauer, zur Schadenserfassung durch das forstliche Gutachten, zur Fütterung, aber auch zur Abschlussplanung überarbeitet.

Der Tierschutz wird an mehreren Stellen verbessert. Ich nenne das Verbot der Totschlagfallen und der Baujagd im Naturbau, die höheren Anforderungen an die Jagdhundeausbildung, das grundsätzliche Verbot des Abschusses von Hunden und Katzen sowie die zweimonatige allgemeine Wildruhe.

Jedes neue Gesetz bringt auch neue Aufgaben. Wir schaffen aber in der Mehrheit Bürokratie ab, z. B. die aufwendigen Abschusspläne, die sich nicht bewährt haben, und die Jagdbehörde wird der Verwaltungsstrukturreform angepasst. Die Fütterung wird künftig nur noch im Rahmen großräumiger Konzeptionen und damit vor allem beim Rotwild erlaubt sein. Wer zu viel füttert, erhält künstlich überhöhte Wildbestände und damit mehr Wildschäden. Klar ist, Wildtiere verhungern in Deutschland nicht. Die reine Korrumpierung, die wir für eine effektive Jagd brauchen, stand nie zur Debatte und ist weiterhin erlaubt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Problem der viel zu hohen Wildschweinbestände ist mit dem alten Jagdrecht offensichtlich nicht gelöst worden; Kollege Pix hat gerade darauf hingewiesen. Das liegt nicht zuletzt am starken Maisanbau. Hier helfen letztlich nur großräumige Drückjagden. Wir erhalten auch während der Wildruhe die Genehmigung zum Abschuss der Wildschweine.

Sie sehen ein modernes Gesetz, das alle Ziele und Interessen sorgfältig abgewogen und miteinander in Einklang gebracht hat. Die Einbeziehung der Fachleute war vorbildlich und hätte nicht intensiver sein können.

Herr Kollege Reuther, Ihr „Halali“ zeugt eher davon, dass Sie ein Fastnachter sind und vielleicht gestern die fünfte Jahreszeit angeblasen haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU schüttelt den Kopf.)

Wir glauben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Glauben heißt nicht wissen!)

ein Gesetz geschaffen zu haben, das künftig Tierschutz, Naturschutz und Jagd verbindet und dabei das Land für die Zukunft aufstellt. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Pix, zweieinhalb Jahre Diskussion, und dann so ein elendes, unbrauchbares Gesetz – das ist kein Schmuckstück.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

All das, was der Kollege gerade aufgezählt hat, hätte ohne Probleme in das bewährte, praxisnahe, bestehende Jagdgesetz integriert bzw. durch Fortschreibung teilweise eingebaut werden können. Dazu hätten wir all das nicht gebraucht.

Anlässlich der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs am Mittwoch, 8. Oktober dieses Jahres, habe ich vorgeschlagen, die dritte Lesung gleich mit zu machen, da ich befürchtete, dass er ohnehin von Grün-Rot durchgewinkt wird. Genau so kam es. Ein Blick in die Beschlussempfehlung zeigt, dass lediglich eine Handvoll Ergänzungen – die den Gesetzentwurf aber auch nicht akzeptabel machen – nachgeschoben wurden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Kleinreden!)

Diese kosmetischen Ergänzungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem vorgelegten neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetz ein gutes, bewährtes und praxisorientiertes Jagdrecht auf dem Altar von Ideologie und Tier- und Naturschutz geopfert wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Was Sie heute beschließen, ist faktisch die Abschaffung des bewährten Jagdrechts durch die Unterordnung unter das Natur- und Tierschutzrecht. Gleichzeitig entmündigen Sie, meine Damen und Herren von Grün-Rot, das Parlament durch zahlreiche Ermächtigungen des Jagdministeriums und lassen die wichtigsten Entscheidungen nach Ideologie sowie nach Lust und Laune des jeweiligen Jagdministers treffen. Als Parlamentarier frage ich Sie, ob wir als vom Volk gewählte Parlamentarier uns so entmündigen lassen sollten.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Der Tierschutz ist seit dem Jahr 2000 in Artikel 3 b der Landesverfassung verankert und seit 2002 in Artikel 20 a des Grundgesetzes. Mir ist in den letzten zwölf bis 14 Jahren keine erfolgreiche Verfassungsklage gegen das Bundes- oder Landesjagdrecht bekannt, in der festgestellt worden wäre, dass dieses Fachrecht gegen die Verfassung verstoßen hätte. Dieses Argument zählt also nicht, Herr Kollege. Bei einer Novellierung wäre eine Fortschreibung neuer Erkenntnisse und Rechtsempfindungen ohne Probleme möglich gewesen.

Bei der Anhörung zu dem überarbeiteten Gesetzentwurf am Dienstag, 9. Oktober 2014, also einen Tag vor der ersten Lesung, waren alle zwölf gehörten Experten mit dem Ergebnis nicht zufrieden.

Dass natürlich weltfremde Wünsche wie neun Monate Jagdruhe oder totales Verbot der Fuchsjagd – wir haben die vielen Mails gesehen – nicht in das neue Jagdgesetz einfließen können, war den seriösen Natur- und Umweltschutzverbänden auch klar.

Das neue Jagdgesetz ist inkonsequent. Denn es verlangt Jagdruhe, lässt aber weiterhin Tag und Nacht Jogger bzw. Biker im Wald herumtollen – ohne Rücksicht auf die Natur. Die Wildschadensregelung fehlt völlig. Unzureichend ist auch die Seuchenprävention durch die Neuregelung der Fuchsjagd. Eine Zumutung ist die Bürokratie bei der Fallenjagd. Wo sind die Konsequenzen im Schalenmodell für Biber und Kolkrabe? Bürokratie wurde nicht ab-, sondern aufgebaut.

Das neue Gesetz von Grün-Rot ist voller Ideologien, voller Misstrauen gegen den kundigen Jäger, und vor allem verstößt es eklatant gegen Eigentumsrechte. Das Jagdrecht ist in Deutschland ein an Grund und Boden gebundenes Eigentumsrecht. Es steht unter dem Schutz von Artikel 14 des Grundgesetzes.

Verbieten, Bevormunden, Vorschreiben, Gängeln – wir Liberalen haben ein anderes Weltbild von mündigen Bürgern, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Dass eine Anpassung an neue Rechtsentwicklungen durch eine Fortschreibung des geltenden und bewährten Landesjagdgesetzes voll und ganz genügt hätte, sage nicht nur ich, sondern das wurde auch von allen drei kommunalen Landesverbänden bei der Anhörung bestätigt.

Dass nicht nur der Landesjagdverband, der nicht 300, sondern 30 000 Heger, Pfleger und Jäger vertritt, aufgrund einer Vielzahl von Forderungen, auf die nicht eingegangen wurde, dieses Gesetz ablehnt, sondern dass es auch eine gemeinsame Resolution der beiden Bauernverbände, der Forstkammer, des

Verbands der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer gegen dieses ideologisch geprägte bürokratische Monster gibt, ist schon bezeichnend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion lehnen dieses ideologisch orientierte und für die Praxis wenig taugliche Gesetzeswerk ab, weil es die kundigen Jäger und Heger bevormundet und gängelt, weil es Eigeninitiative und Ehrenamt bestraft, weil es keine Wildschadensregelung vorsieht, weil es durch viele Ermächtigungen am Landtag vorbei der Exekutive Tür und Tor öffnet, weil es Bürokratie nicht abbaut, sondern Bürokratie mehrt, weil es für den ländlichen Raum insgesamt schädlich sein wird und weil es die im Grundgesetz verankerten Eigentumsrechte mit Füßen tritt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die soeben aufgezählten Argumente gegen dieses Gesetzeswerk werden die Mehrheit, Grün-Rot, vermutlich nicht daran hindern, zuzustimmen. Aufgabe des neuen Landtags 2016 wird in den ersten hundert Tagen sein, dieses praxisuntaugliche Gesetz zu korrigieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe:
Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD:
Da lachen ja die Hühner!)

Meine Damen und Herren, wir von der FDP/DVP-Fraktion lehnen dieses Gesetz in Gänze ab. Für meine Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung über das Gesetz im Ganzen. Die erforderliche Unterstützung, Herr Präsident, durch fünf Abgeordnete ist gewährleistet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

(Zuruf von der CDU: Er hat es schwer! – Unruhe)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute können wir mit dem Gesetz für das Jagd- und Wildtiermanagement in Baden-Württemberg ein modernes Jagdrecht auf den Weg bringen. Das alte Jagdrecht in Baden-Württemberg stammt aus einer Zeit, bevor sich vieles verändert hat.

Inzwischen haben wir im Grundgesetz das Staatsziel Tierschutz verankert, inzwischen hat die Landesverfassung uns allen einen Auftrag zur Achtung der Tiere als Mitgeschöpfe ins Stammbuch geschrieben. Das europäische und das Bundesnaturschutzrecht haben sich deutlich weiterentwickelt. Das führt dazu, dass wir nun auch im Jagdrecht diese neuen Herausforderungen angehen müssen, den Umgang mit Wildtieren in Baden-Württemberg mit einem modernen Gesetz auf Basis der heute geltenden gesellschaftlichen, tierschutz-, na-

(Minister Alexander Bonde)

turschutz- und jagdrechtlichen Vorstellungen weiterzuentwickeln.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir passen das Jagdrecht damit den Veränderungen in der Umwelt und der Gesellschaft an. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Jagdgesetzes ist doch auch in den Debatten mit Händen zu greifen. Es gibt in unserer Gesellschaft inzwischen Vorstellungen, die es nicht mehr tragfähig machen, dass beispielsweise Katzen und Hunde frei zum Abschuss stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer macht denn so was, Herr Minister? Mir ist kein Fall bekannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Einsatz von Totschlagfallen ist mit heutigen gesellschaftlichen Vorstellungen zum Tierschutz nicht mehr vereinbar. Deshalb handeln wir mit diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den Grünen)

Das Gleiche gilt auch bei den notwendigen neuen Regelungen zur Fütterung, Regelungen, die Auswüchsen hier einen Riegel vorschieben und die sicherstellen, dass Wildtiere genau das sind und sein können: Wildtiere.

Mit dem Gesetzentwurf gehen wir an einer Stelle einen neuen Weg, nämlich mit den Elementen des Schalenmodells und des Wildtiermanagements. Das ist ein neuer Kerngedanke des Gesetzes. Damit wollen wir die Zusammenarbeit von Jagd und Naturschutz in Zukunft stärken und herauskommen aus der Diskussion, in der bei unterschiedlichen Interessenlagen über die gleichen Tiere als von „Mein Tier, dein Tier“ gesprochen wird. Wir wollten, dass man hier gemeinsam vorangeht, dass Vertreter von Jagd, Naturschutz und Tierschutz an einem Tisch gemeinsam offen über einen angemessenen Umgang mit Wildtieren diskutieren und dass über das Schalenmodell eine Lösung bewusst im Jagdgesetz erfolgt.

Weil das ein innovativer, neuer Ansatz ist – der übrigens von unterschiedlichen Seiten begrüßt wurde –, sind wir nicht einfach an eine Fortschreibung des alten Gesetzes herangegangen, sondern gehen hier einen Weg, von dem wir glauben, dass er ein guter Weg ist, weil er Dinge, die zusammengehören, zusammenbringt und die Jagd gerade auch in ihrer Hegefunktion, also auch in ihrer Bedeutung für den Naturschutz, ernst nimmt und mitnimmt.

Weitere Kernziele neben der Stärkung und der Umsetzung der Verfassungsaufträge, die ich angesprochen habe, neben der Berücksichtigung der aktuellen wildökologischen Erkenntnisse hatte ich bereits bei der Einbringung hier vorgestellt. Ich will noch einmal daran erinnern, was im Gesetzentwurf darüber hinaus noch an wichtigen Neuerungen enthalten ist: Umsetzung des erfolgreichen Projekts „Rehwildbewirtschaftung ohne behördlichen Abschussplan“, also das Projekt RobA, jetzt auch in der Fläche zu verankern, damit Bürokratie abzubauen, die notwendige gesetzliche Verankerung des Generalwildwegeplans vorzunehmen, aber mit der Einführung des Wildtiermonitorings hier auch neue Wege zu gehen.

Ich will schon einmal deutlich sagen: Die vielen Änderungswünsche vonseiten der Verbände machen deutlich, dass alle Verbesserungen am bisher geltenden Jagdrecht gesehen haben. Dass sich jetzt nicht alle damit zufriedengeben, liegt in der Natur eines Kompromisses. Aber es ist ein guter Kompromiss, der die notwendigen Veränderungen praxistauglich umsetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das im Entwurf vorliegende Gesetz wird auch einen Beitrag leisten, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, indem wir Anforderungen an Jagdmunition formulieren. Das ist ein Schritt, den wir übrigens schon zu Beginn der Legislaturperiode für den Staatswald umgesetzt haben. Wir haben damals, in Einigkeit mit dem Landesjagdverband, angekündigt, mit einer entsprechenden Übergangsfrist dieses Thema auch im Landesjagdgesetz anzugehen. Die Natürlichkeit und die Hochwertigkeit des regionalen Produkts Wildbret stehen dabei für uns im Fokus.

Herr Abg. Reuther, weil Sie die EU-Kommission angesprochen haben, will ich sagen: Die Bemerkung der EU-Kommission, die unser Gesetz damit inzwischen notifiziert hat, dass sie Verfahrensänderungen nach der Chemikalienverordnung REACH sieht, teilen wir nicht. Sie würde übrigens auch bestehende Regelungen wie den Einsatz von Bleischrot an Gewässern, die schon Bestandteil der heutigen Gesetzgebung sind, betreffen, und es fällt auf, dass die EU-Kommission diese nie kritisiert hat. Das steht auch im Einklang damit, dass wir hier keinen bestimmten Stoff angehen, sondern Gesundheitsgefahren, die von Rückständen ausgehen, zu reduzieren versuchen.

Schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigen die Diskussionen im Zusammenhang mit der Novellierung von Naturschutz- und Jagdgesetzen in anderen Bundesländern, aber auch die Diskussion im Bund über die Anpassung des Bundesjagdgesetzes, dass wir in Deutschland eine gemeinsame Einschätzung haben. Auch die Diskussion in der Agrarministerkonferenz und die Aufforderung der Mehrheit der Länder an den Bund, in Sachen Einsatz von Bleimunition und anderen gefährlichen Munitionsarten einzuschreiten, machen deutlich, dass es hier einen Handlungsbedarf gibt.

Erlauben Sie mir, dass ich noch das Thema Ermächtigungen aufgreife. Bereits heute enthält das bisherige Jagdgesetz eine Reihe von Ermächtigungen, auf deren Basis dieses Gesetz schon über Verordnungen der Landesregierung und des Ministeriums weiter ausdifferenziert wird. An dieser Struktur haben wir nichts verändert. Insofern verstehe ich das Argument, hier würde der Landtag aus dem Spiel genommen, nicht. Kritisiert wurde beispielsweise die Ermächtigung, dass die Landesregierung weitere Arten in das Jagdgesetz aufnehmen kann. Diese ist jedoch Bestandteil des alten Gesetzes, das von denjenigen, die darin jetzt eine Entmachtung des Landtags sehen, mit verabschiedet worden ist.

In einem zweiten Punkt will ich auch noch einmal deutlich sagen: Das Eigentumsrecht wird durch die Regelungen nicht eingeschränkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ja, bitte.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Minister, danke, dass Sie die Frage zulassen.

Ich bitte um Ihre Einschätzung: Unter dem alten Landesjagdgesetz gab es zwar Diskussionen zwischen den Interessenverbänden, aber wenn man an die Basis gegangen ist, hat man eigentlich immer ein positives Miteinander erlebt. Die Bauern haben gesagt: „Na ja, die Jäger insgesamt sind zwar schwierig, aber meine Jäger sind in Ordnung.“ Hat man die Jäger befragt, hieß es häufig: „Na ja, die Bauern insgesamt sind zwar schwierig, aber meine Bauern sind in Ordnung.“ Jetzt haben wir zwei Jahre – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Glück, kommen Sie bitte zur Frage.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ich bitte um Ihre Einschätzung. Nun haben wir zwei Jahre harter Diskussionen hinter uns. Jetzt meine Frage: Würden Sie mit dem Wissen von heute, dass Ihr Gesetz inhaltlich weitgehend gerupft wurde und dass es so viel Streit vor Ort gab, wo es vorher keinen Streit gab, das ganze Thema wieder so angehen? Anders gefragt: War es jetzt wirklich all das wert?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Abg. Glück, ich habe dargestellt, weshalb wir – wir, die Regierung, und Sie, der Gesetzgeber – hier gefordert sind, dem, was im Grundgesetz verankert wurde, dem Staatsziel Tierschutz, auch nachzukommen. Ich bin der Auffassung, dass ein solches Staatsziel nicht eine Veranstaltung für Sonntagsreden ist, sondern sich im konkreten gesetzgeberischen Handeln niederschlagen muss.

Zu der Behauptung, dass es keine Debatte über die Jagd in Baden-Württemberg gegeben habe, bevor dieses Gesetz in die Diskussion kam: Ich weiß nicht, in welcher Nische dieser Gesellschaft Sie sich exklusiv aufhalten, wenn Sie diese Einschätzung vertreten. Der erste Landesjägertag, zu dem ich eingeladen wurde, als ich frisch Minister geworden war, hat über das Thema „Gesellschaftliche Stellung der Jagd und unterschiedliche Anforderungen an die Jagd“ diskutiert. Die Jäger haben dort mit einem dazu eingeladenen Professor darüber diskutiert, wie man die gesellschaftliche Rolle der Jagd stärken kann, weil sich die Erwartungen verändert haben und auf einmal vieles, was früher normal war, so umstritten ist.

Selbstverständlich also standen hier die Jagd und die gesellschaftliche Veränderung, die rechtliche Veränderung, die verfassungsrechtliche Veränderung im Zentrum der Diskussion. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Glück, das kam nicht aus dem Nichts, sondern das spiegelt genau die Situation wider.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Weil Sie von der FDP/DVP das angesprochen und es irgendwie bis heute nicht verstanden haben, sage ich noch einmal: Eigentum verpflichtet selbstverständlich. Wir schaffen die Jagd als Eigentumsrecht keineswegs ab. Das ist überhaupt nicht der Charakter dieses Gesetzes. Aber selbstverständlich unterliegt auch ein Eigentumsrecht wie die Jagd anderen Fragen, unterliegt es auch schon heute den Regelungen in der Naturschutzgesetzgebung, in der Tierschutzgesetzgebung und vielem mehr. Das ändert sich nicht durch dieses Gesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deshalb: Die Ziele und Grundgedanken des Gesetzentwurfs tun der Jagd, tun dem Wild, tun der Natur in Baden-Württemberg gut. Ich bin davon überzeugt und werbe für die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Wir setzen damit die notwendige Modernisierung in der Jagd, die notwendige Modernisierung im Tierschutz und im Naturschutz praxistauglich um. Das stärkt uns in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Schöne Worte!)

Ich bin überzeugt: Diejenigen, die Leidenschaft für die Jagd haben, werden sie durch dieses Gesetz nicht verlieren, aber die Akzeptanz für diese Leidenschaft wird gestärkt, weil sie einen rechtlichen Rahmen erhält, der modernen Anforderungen gerecht wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5789. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 15/6048. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit verschiedenen Änderungen in Artikel 1 und in der Anlage zu § 7 Absatz 1 und 3 zuzustimmen.

Ich werde den Antrag auf namentliche Abstimmung an den Schluss stellen, weil er sich ja auf das Gesetz im Ganzen bezieht.

Ich rufe auf

Artikel 1

Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWMG)

Sind Sie damit einverstanden, dass ich Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 15/6048, insgesamt zur Abstimmung stelle? – Dies ist der Fall.

Wer Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

(Präsident Guido Wolf)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Nationalparkgesetzes

Wer Artikel 2 des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Wer Artikel 3 des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. November 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die nach § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch mindestens fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetz zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer es ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte den Schriftführer, den Kollegen Burger, den Namensaufruf vorzunehmen, beginnend mit dem Buchstaben S.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe während der Abstimmung bitten.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, befindet sich noch jemand im Saal, der noch nicht aufgerufen wurde und jetzt noch abstimmen könnte? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die namentliche Abstimmung beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich kann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung, das mir nunmehr vorliegt, bekannt geben:

An der Abstimmung haben sich 133 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

Dem Gesetz ist auf diese Weise mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*

Mit J a haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bäbbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Anneke Graner, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hidir Gürakar, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Sabine Wölffe.

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Elke Brunnemer, Klaus Burger, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Bettina Meier-Augenstein, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Profrock, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Jutta Schiller, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Niko Reith, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

*

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
– Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/5933**

(Präsident Guido Wolf)

Sowohl Frau Ministerin Bauer als auch die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen sind damit einverstanden, ihre Reden, soweit diese vorliegen, zu Protokoll zu geben. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5933 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft und vorberatend an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen und Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

*

Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Absatz 3 GesChO

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Der wesentliche Inhalt des vorliegenden Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften sind Verbesserungen der Besoldung unserer Professorinnen und Professoren. Anlass ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und eine darauf beruhende Änderung der „Besoldungslandschaft“ im Bereich der W-Besoldung auch in anderen Bundesländern. Dies schafft eine neue Wettbewerbssituation in der Konkurrenz um die besten Köpfe.

Unser Ziel ist, dass wir mit dieser Reform im Bund-Länder-Vergleich auch weiterhin ganz vorn bleiben werden.

Lassen Sie uns kurz zurückblicken: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 14. Februar 2012 festgestellt, dass die W-2-Besoldung in Hessen nicht den Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation entspricht. Demnach sei das W-2-Grundgehalt zu niedrig.

Der hessische Landesgesetzgeber hatte daher den Auftrag, bis zum 1. Januar 2013 verfassungskonforme Regelungen zu treffen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gilt zwar unmittelbar nur für das Land Hessen. Sie hat jedoch Konsequenzen für die Besoldungsregelungen aller Länder.

Wir wollen das bewährte System der W-Besoldung mit festen Grundgehältern und variablen Leistungsbezügen beibehalten. Die Grundgehälter bleiben – wie bisher – fixe Beträge. Wir führen nicht wieder ein System von „Erfahrungsstufen“ ein wie einige andere Länder. Das halten wir nicht für wissenschaftsadäquat. Wir erhalten die Orientierung an Leistung und Wettbewerb.

Dabei muss schon das Grundgehalt leistungsorientiert ausgestaltet sein und den typischen Anforderungen an das Professorenamt entsprechen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben, und dies ist wichtig in der Konkurrenz um die wissenschaftlichen Talente.

Daher haben wir die Grundgehälter deutlich erhöht. Baden-Württemberg bleibt damit ein absolut attraktiver Standort für das Spitzenpersonal.

Mit dieser Reform sind wir auch im Wettbewerb mit anderen Ländern bei der Gewinnung von Professorinnen und Professoren weiterhin konkurrenzfähig. Darüber hinaus stärkt Baden-Württemberg als einziges Land bundesweit die Junior-

professur und damit den wissenschaftlichen Nachwuchs. Auch das ist wichtig im Wettbewerb um die Nachwuchstalente.

Für die Umsetzung der Reform nehmen wir frisches Geld in die Hand. Das Land stellt dauerhaft zusätzlich rund 10 Millionen € pro Jahr zur Verfügung. Damit werden die Besoldungsdurchschnitte erhöht, die Grundlage der Berechnung des Vergaberahmens sind.

In einigen anderen Ländern wurde die Reform dagegen kostenneutral umgesetzt, das heißt zulasten der Haushalte der Hochschulen.

Die zusätzlichen Mittel erlauben eine Erhöhung der Grundgehälter von W 1, W 2 und W 3. In W 2 wird das Grundgehalt um rund 750 € pro Monat erhöht, in W 3 um rund 500 € pro Monat. Allerdings – dies möchte ich hier offen ansprechen – werden bisherige Leistungsbezüge teilweise in Grundgehalt umgewidmet.

Trotz all unserer Bemühungen sind die vorhandenen finanziellen Ressourcen begrenzt. Wir bewegen uns dabei in einem Spannungsfeld von Anhebung des Grundgehalts einerseits und Erhalt der besonderen Leistungsanreize andererseits. Daher haben wir die Umwidmung von Leistungsbezügen so gering wie möglich gehalten. Sie beträgt maximal 50 % und ist auf den Erhöhungsbetrag des jeweiligen Grundgehalts beschränkt. Zudem werden alle Leistungsbezüge in die Umwidmung einbezogen.

Es findet keine Differenzierung nach der Art des Leistungsbezugs statt, sei es Berufsleistungsbezug, besonderer Leistungsbezug oder Funktionsleistungsbezug.

Ohne die teilweise Umwidmung der Leistungsbezüge wären nicht ausreichend Mittel für die neu berufenen Professorinnen und Professoren vorhanden gewesen. Damit hätte es eine deutliche Ungleichbehandlung zwischen vor und nach der Reform berufenen Professorinnen und Professoren gegeben, die wir vermeiden wollten. Dennoch – das möchte ich betonen – verdient kein Professor, Rektor oder Kanzler durch die Umwidmung weniger als vorher.

Unser besonderes Augenmerk liegt auf der Stärkung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Neben diesen Änderungen hebt Baden-Württemberg mit dieser Reform auch die Besoldung der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren deutlich an, und zwar um 300 € pro Monat. Zusätzlich heben wir die Obergrenze der Zulagen für Juniorprofessuren an: von bisher 600 € pro Monat auf die Höhe des Grundgehalts in W 1. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit, dass diese Zulagen auch aus Mitteln privater Dritter gewährt werden können. Damit wird gerade die Anfangsphase der wissenschaftlichen Karriere attraktiver gestaltet.

Die Anhebung der W-2- und W-3-Grundgehälter erfolgt rückwirkend zum 1. Januar 2013. Diesen Zeitpunkt hat das Bundesverfassungsgericht für Hessen gefordert. So wurde dies auch in anderen Ländern umgesetzt.

Rückwirkend erfolgt in Baden-Württemberg auch eine Anhebung der Besoldungsdurchschnitte. Damit stehen den Hochschulen für die rückwirkenden Besoldungserhöhungen ausreichend Mittel zur Verfügung.

(Ministerin Theresia Bauer)

Die Anpassungen bei der W-1-Besoldung greifen rückwirkend zum 1. Januar 2014. Die Grund hierfür ist, dass W 1 nicht von dem erwähnten Urteil des Bundesverfassungsgerichts erfasst war. Wir haben uns als einziges Land bewusst dafür entschieden, auch die Juniorprofessuren in die Reform einzubeziehen.

Die Reform der W-Besoldung ist eine gute Botschaft für die Wissenschaft im Land. Wir können dadurch weiterhin die besten Köpfe ins Land holen, wovon schließlich alle profitieren. Baden-Württemberg wird beim Grundgehalt in der W-Besoldung auch in Zukunft in der Spitzengruppe aller Länder bleiben. Durch die Beibehaltung der Leistungsanreize setzen wir weiterhin auf Wettbewerb. Zusammen mit der Erhöhung der Grundfinanzierung unserer Hochschulen schaffen wir beste Bedingungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Herzlichen Dank.

Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir, die CDU-Fraktion, begrüßen es, dass nun endlich die Grundgehälter der Professorinnen und Professoren erhöht werden sollen. Dies ist ein wichtiger Schritt für den Erhalt des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg.

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur W-Besoldung hat sich in zahlreichen Bundesländern schon viel getan. Nachdem Baden-Württemberg die Anhebung der W-Besoldung bereits im Dezember 2013 angekündigt hatte, hat es die grün-rote Landesregierung fast ein gutes Jahr später nun endlich auch geschafft: Der Entwurf für das Änderungsgesetz liegt vor.

Wir müssen leider feststellen, dass die Professorinnen und Professoren in Baden-Württemberg diejenigen sind, die zusammen mit denen in Berlin und im Saarland am längsten über ihre tatsächliche künftige Besoldung im Ungewissen gelassen wurden. Baden-Württemberg bildet gemeinsam mit Berlin und dem Saarland das unrühmliche Schlusslicht im Bundesvergleich – ausgerechnet das Musterländle, das so gern mit seiner Vorreiterstellung als moderner Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort wirbt, lässt den wissenschaftlichen Nachwuchs warten und im Ungewissen.

Frau Ministerin, mit solch zögerlichem Handeln, mit diesem Tempo, das Sie vorlegen, werden Sie es schaffen, dass Baden-Württemberg seine Attraktivität für Professoren gänzlich verliert, diese sich für einen Lehrstuhl außerhalb Baden-Württembergs entscheiden, in andere Bundesländer oder ins Ausland abwandern. Ich frage mich schon, wie Sie die Professorinnen und Professorinnen in unserem Land so lange in der Luft hängen lassen konnten, gleichzeitig aber mit Überzeugungskraft propagieren, dass es sich lohnt, sich für den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg zu entscheiden.

Denn eines ist für uns, die CDU-Fraktion, klar: Mit Ihrem jetzigen Entwurf für die Reform der W-Besoldung haben Sie eine hübsche Verpackung gewählt. Wer sich den Inhalt genauer anschaut, der ist alles andere als begeistert. Warum? Perspektivisch hat die geplante Reform zur Folge, dass vielfach die Grundgehaltserhöhung in beträchtlichem Umfang aus den Mitteln, die bislang für die Vergabe von Leistungsbezügen zur Verfügung standen, finanziert werden muss.

Bei der Reform wird außer Acht gelassen, dass durch die vorgesehene Konsumtion der Leistungsbezüge in Berufungszusagen eingegriffen wird, die nach der Systematik der W-Besoldung die Leistung des einzelnen Hochschullehrers honorieren sollen. De facto hätte der Gesetzesentwurf in der jetzigen Fassung zur Folge, dass Professoren mit langjähriger Berufserfahrung im Vergleich mit neu berufenen nach Inkrafttreten der Reform bei den Leistungsbezügen systematisch schlechtergestellt sind.

Auch die Frage der Auswirkungen der Reform auf die Ruhegehälter ist bislang noch nicht befriedigend geregelt. Das Gesetz ist diesbezüglich noch unausgegoren. Frau Ministerin, wir fordern Sie auf: Bessern Sie an dieser Stelle bitte nach; andernfalls ist die Reform der W-Besoldung eine echte Mangelpackung.

Mit der Regelung höherer Bezüge geht eine Reduktion der Regelgrenze für die Ruhegehaltsfähigkeit von unbefristeten Leistungsbezügen bis zur Höhe von bisher 40 % auf 21 % des jeweiligen Grundgehalts in W 2, bis 28 % des jeweiligen Grundgehalts in W 3 einher, soweit diese mindestens zwei Jahre lang bezogen worden sind.

Auch bei der bisherigen möglichen Ruhegehaltsfähigkeit von befristeten und unbefristeten Leistungsbezügen kann es zu einer Reduzierung kommen. Nehmen wir beispielsweise die Hochschulen für angewandte Wissenschaften: Gerade für die HAWs bringt die Reform auch finanzielle Schwierigkeiten mit sich, da diese Hochschulart viele Programmmittel („Hochschule 2012“) eingeworben hat.

Aus diesen Mitteln werden zu einem sehr großen Anteil befristete Professorenstellen finanziert, die selbstverständlich auch alle diese Besoldungserhöhung erhalten werden. Dies muss dann aber aus den Programmmitteln selbst finanziert werden. Dies geht somit wieder zulasten von Sachmitteln und Mitarbeiterstellen, die ebenfalls aus diesem Topf finanziert werden.

Nur die unbefristeten Professorenstellen werden künftig mit den zusätzlich veranschlagten rund 9,6 Millionen € und damit für die Hochschule kapazitätsneutral abgerechnet.

Insbesondere in der Frage der Leistungsbezüge unterscheidet sich die Position meiner Fraktion von der der Landesregierung deutlich. Bei den Leistungsbezügen zeigt sich einmal mehr, dass sich die Betroffenen von der Landesregierung in Ihren Anliegen nicht ernst genommen fühlen und nicht gehört wurden.

Diejenigen Professorinnen und Professoren, die diese Zulagen aufgrund ihrer Leistungen erhalten haben, sehen sich gegenüber denjenigen im Nachteil, die bislang – aus welchen Gründen auch immer – einen weiten Bogen um Leistungszulagen gemacht haben. Die größten Profiteure einer solchen Neuregelung sind im Ergebnis also diejenigen, die keinen zusätzlichen Dienst für ihre Hochschule oder die Studierenden erbracht haben.

Grün-rot verabschiedet sich vom Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“. Stattdessen sind die Fleißigen die Dummen, weil ihnen ihre zusätzliche Leistung nun verrechnet wird.

(Andreas Deuschle)

Die Reform wird auch nicht dazu genutzt, den angewachsenen Unterschied der Professorenbesoldung zwischen Baden-Württemberg und Bayern wieder zu verringern. Der Unterschied liegt bei Fachhochschulprofessoren auch nach der geplanten Neuregelung laut VHW bei 6 %. Dies wirkt sich bereits heute als Wettbewerbsnachteil bei der Berufung junger Professorinnen und Professoren aus.

Die Prozedur bei der Umwidmung von bisher gewährten Leistungsbezügen führt zu einer Ungleichbehandlung verschiedener Arten von gewährten Leistungsbezügen in Abhängigkeit davon, zu welchem Zeitpunkt diese gewährt wurden.

Meine Damen und Herren, unstreitig befinden wir uns im Ländervergleich immer noch im Spitzenfeld, aber das darf uns nicht genügen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir uns am Spitzenreiter messen und uns an unserem Nachbarland Bayern orientieren.

Bayern hat sich für das Dreistufensystem in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 entschieden. Beim bayerischen Modell verringern sich die Leistungsbezüge um den Betrag der Grundgehaltserhöhung, insgesamt jedoch höchstens in Höhe der Hälfte der monatlichen Leistungsbezüge, die bereits am 31. Dezember 2012 dem Professor zugestanden haben. Bei der W-2-Besoldung beträgt die Sonderzahlung (Weihnachts-geld) 65 % der durchschnittlichen Monatsbezüge pro Jahr.

In diesem Punkt sind wir uns alle einig: Wenn Baden-Württemberg als Wissenschaftsstandort konkurrenzfähig bleiben und auch in Zukunft für Nachwuchswissenschaftler und Spitzenkräfte im Bereich Forschung und Lehre attraktiv bleiben soll, ist es höchste Zeit, das Niveau der Besoldung unserer Professorinnen und Professoren auf ein angemessenes Maß anzupassen. Eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 ist zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle sollten wir uns nochmals den Zweck und Sinn der Leistungsbezüge klar-machen: Leistungsbezüge sind nicht zuletzt der Ausdruck einer Wertschätzung und Anerkennung für besondere Leistungen im Bereich von Forschung und Lehre.

Bei der ganzen Diskussion um die W-Besoldung ist uns, der CDU-Fraktion, ein Punkt besonders wichtig, und daran halten wir fest: Leistung muss sich auch weiterhin lohnen. Das Leistungsprinzip muss weiterhin gewahrt bleiben. Für die Zukunft Baden-Württembergs als Wissenschaftsstandort muss es uns diese Investition in unsere geistige, wissenschaftliche Elite wert sein. Vom Landtag muss das Signal ausgehen, dass sich Spitzenleistung und persönlicher Einsatz weiter lohnen.

Vom Landtag muss das Signal ausgehen, dass wir auf die Zukunft Baden-Württembergs als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort setzen, dass der Erhalt und der Ausbau der hohen Qualität von Wissenschaft, Forschung und Lehre für uns aller-oberste Priorität haben.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! In der heute anstehenden ersten Lesung dieses Gesetz-entwurfs möchte ich mich – auch mit Blick auf den Zeitrah-men der heutigen Sitzung – kurzfassen. Ich gebe gern zu: Es

hat etwas länger gedauert, als auch mir lieb gewesen ist, aber jetzt liegt ein Gesetzentwurf vor, der unsere baden-württem-bergischen Hochschulen deutlich und mutig voranbringt. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen, insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern. Lassen Sie mich daher die wesentlichen Punkte herausdeuten:

Erstens: Baden-Württemberg war schon bisher ein Land, das seine Professorinnen und Professoren überdurchschnittlich bezahlt hat. Mit der deutlichen Erhöhung der Grundgehälter bei der W-2-Besoldung, immerhin 5 532 €, und der W-3-Besoldung, rund 6 280 €, geht es wieder an die Spitze der Tabele. Und auch wenn das Gesetz länger gedauert hat – die Erhö-hung ist rückwirkend zum 1. Januar 2013 vorgesehen. Wir halten, was wir versprochen haben. Dafür nehmen wir auch noch einmal deutlich Geld in die Hand.

Zweitens: Baden-Württemberg setzt nicht nur bei der Höhe der W-2- und der W-3-Besoldung Maßstäbe, sondern geht auch bei W 1 voran, bei der Juniorprofessur. Im Landeshochschulgesetz haben wir mit dem Tenure-Track den Raum für planbare Karrierepfade eröffnet. Jetzt ziehen wir bei der Besoldung nach: Das Grundgehalt wird ab 1. Januar 2014 auf knapp 4 400 € angehoben, und, mindestens genauso wichtig, der Vergaberahmen für Zulagen wird von 600 € auf ein Grund-gehalt angehoben. Damit schaffen wir deutlich bessere Bedin-gungen für die besten Köpfe beim Nachwuchs. Das ist mir be-sonders wichtig.

Dritte gute Botschaft: Wir haben uns dafür entschieden, kein Stufenmodell einzuführen, sondern beim Modell der Leis-tungszulagen zu bleiben. Das setzt die richtigen Anreize.

Jede mutige Reform enthält auch Wermutstropfen. Das möch-te ich nicht verschweigen. Aktuell als das größte Problem er-scheint sicherlich die Anrechnung der bisher gezahlten Zula-gen. Eine Konsumtion von 50 % tut weh. Aber auch hier gilt: Schauen Sie sich um, wie es anderswo gehandhabt wird. Und berücksichtigen Sie: Zulagen können neu verteilt werden.

Ich bleibe dabei: Die Reform der W-Besoldung ist insgesamt ein gutes Paket. Wir setzen auf Wissenschaft und Forschung. Das heißt auch, dass gute Leute gut bezahlt werden müssen. Und hier handeln wir, hier bringen wir Baden-Württemberg nach vorn.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass die Wissenschaftlerin-nen und Wissenschaftler in Baden-Württemberg in allen drei W-Besoldungsgruppen höhere Grundgehälter bekommen, ist eine gute Nachricht für unseren Wirtschafts- und Wissen-schaftsstandort.

Die FDP/DVP-Fraktion hatte bereits im Vorfeld angekündigt, dass wir eine Erhöhung der W-Grundgehälter unterstützen. Wir brauchen schließlich attraktive Gehaltsstrukturen, wenn wir die besten Köpfe für unsere Hochschulen gewinnen und halten wollen. Mit Gehältern weit unter denen, die in der Wirt-schaft gezahlt werden, locken Sie keine hoch qualifizierten Akademiker in die Hochschulen, schon gar nicht solche mit Berufserfahrung.

Das Bundesverfassungsgericht hat genau dies im Jahr 2012 angemahnt. Im betreffenden Fall ging es zwar um das

(Dr. Friedrich Bullinger)

W-2-Grundgehalt in Hessen, das deutlich unter dem entsprechenden Grundgehalt in Baden-Württemberg lag. Dennoch ist es richtig, dass Baden-Württemberg hierauf reagiert und unter Beweis stellt, dass uns eine exzellente Forschung und Lehre etwas wert sind.

Ein wenig Rätsel gibt auf, dass die Wissenschaftsministerin für die Vorlage des Gesetzentwurfs so lange gebraucht hat. Erklärbar wird das durch die nun nicht mehr allzu ferne Landtagswahl, für die die Koalition zunächst einmal die Kriegskasse gefüllt hat und nun erst ausschüttet – damit die Erinnerung an ein paar Wohltaten von Grünen und SPD im Frühjahr 2016 noch frisch sein möge. Dies ist Stimmenkauf. Sachorientierte Politik sieht anders aus.

Dieses Vorgehen folgt einem, wie wir Liberalen finden, fragwürdigen Politikansatz, denn Politik sollte nach unserem Verständnis klare und faire Rahmenbedingungen schaffen und für eine auskömmliche Finanzierung sorgen, statt die Bürgerinnen und Bürger am „goldenen Zügel“ herumzuführen.

Meine Damen und Herren, im Fall der W-Besoldungserhöhung ist das Kriegskassengeld vernünftig angelegt. Es wird eine auf Dauer angelegte Stärkung der Gehaltsstrukturen vorgenommen, und die Erhöhung gilt korrekterweise auch rückwirkend ab dem 1. Januar 2013. Also kann hier gelten: Das Ergebnis zählt.

Allerdings hat die grün-rote Neuregelung nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion einen ungunstigen Pferdefuß. Idee der Umstellung von der Wissenschaftsbesoldung von C nach W war seinerzeit, den sogenannten Vergaberahmen für Leistungs- und Funktionszulagen zu erhöhen. Das heißt, durch ein niedriger angesetztes Grundgehalt sollte das einer Hochschule zustehende Budget vergrößert werden, mit dem sie hervorragende wissenschaftliche Leistungen und die Ausübung von Funktionen, z. B. in der Hochschulleitung, belohnen kann – gemäß dem liberalen Ansatz „Leistung soll sich lohnen“.

Die Grundgehaltserhöhung ist nun so angelegt, dass sie einen Gutteil des Vergaberahmens „auffrisst“, was bedeutet, dass die Zulagen um die Hälfte gekürzt werden. Auch schon laufende Zulagengewährungen werden zu 50 % auf die Grundgehaltserhöhung angerechnet, das heißt, um die Hälfte gekürzt. Herabgesetzt werden auch die Obergrenzen für die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen, nämlich von bislang 40 auf 21 % für W 2 bzw. 28 % für W 3 im Regelfall und im besonderen Fall von bislang 80 auf 55 bzw. 65 %.

Nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion gehören zu attraktiven Gehaltsstrukturen auch Anreize, die Leistungen belohnen. Wir Liberalen halten deshalb das Grundprinzip der W-Besoldung für zweckmäßig und bewahrenswert, dass zu einem attraktiven Grundgehalt Leistungszulagen hinzukommen, die ihrerseits attraktiv sind und wissenschaftliche Leistungen belohnen.

Wenn nun aber die grüne Wissenschaftsministerin die besseren Grundgehälter zu einem Gutteil dadurch finanziert, dass die Zulagen zu 50 % auf die Erhöhung der Gehälter angerechnet und damit entsprechend „aufgefressen“ werden, dann geht sie dem wesentlichen Grundgedanken der W-Besoldungsordnung, dem Leistungsprinzip, ans Leder.

Zweifelhaft ist aus unserer Sicht auch das Argument, dass man Nachwuchswissenschaftler eher durch ein etwas höheres, aber später unveränderliches Grundgehalt anlockt – und vor allem hält – als durch realistische Aussichten auf Zuverdienste bei guten Leistungen.

Wir Liberalen halten es nicht nur für unredlich, sich mit einer Erhöhung der Grundgehälter zu brüsten, die zu einem Gutteil durch die Kürzungen bei den Zulagen kompensiert wird, sondern auch für einen Angriff auf das Leistungsprinzip, den wir in dieser Form nicht mittragen wollen.

Wir werden deshalb in den anstehenden Beratungen des Gesetzentwurfs den sicherlich nicht ganz einfachen Versuch unternehmen, diesen ungunstigen Pferdefuß noch loszubekommen. Das sind wir den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unserem Land im Sinne einer Anerkennung ihrer tagtäglichen Leistungen ganz einfach schuldig.

*

Präsident Guido Wolf: Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die nächste Sitzung findet morgen, 13. November 2014, um 9:30 Uhr statt. Meine Damen und Herren, wir beginnen um 9:30 Uhr mit der Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer. Ich darf Sie bitten, morgen pünktlich Ihre Plätze einzunehmen, damit wir vor vollem Haus mit der Gedenkveranstaltung beginnen können.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:43 Uhr